

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 13. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Korruption auf der ganzen Linie.

Den ganzen Sommer und Herbst hindurch währten die ungeheuerlichen Enthüllungen der bürgerlichen Presse über die Kolonialkorruption. Die freisinnige Presse gehörte damals zu den fanatischsten Enthüllern. Zentrum und Freisinn wett-eiferten in der Aufdeckung der Kolonialskandale. Bis ins Parlament hinein — man denke an die Reden des Abgeordneten Ablaß — erstreckte sich der Kampf des Freisinns gegen die Kolonialkorruption. Auch die höchst eigenartige Affäre Poddelski gehörte zu den Lieblingsgegenständen der freisinnigen Kritik. Die Korruption stank zum Himmel und drohte sich in einem ungeheuerlichen Zusammenbruch zu ent-laden. Da, in ihrer höchsten Not, machte die Regierung den schlaun Schachzug, einen den freisinnigen Korruptions-anklägern nahestehenden Vorkamerer ins Kolonialamt zu be-rufen — und mit einem Schlage verstrümmte die Kolonial-opposition und Kolonialkritik des Freisinns! Als dann einige Wochen später der Reichstag aufgelöst wurde, war das zärt-liche Verhältnis zwischen Regierung und den freisinnigen Korruptionsanklägern bereits derart gediehen, daß sich der Freisinn dem Regierungsblock mit Haut und Haaren ver-schrieb und Schulter an Schulter mit der Liebert-Garde des Reichstagsverbandes in der schamhaftesten Weise gegen die-jenige Partei kämpfte, die es mit dem Kampf gegen die Korruption einzig ernst nahm: die Sozialdemokratie!

Diesen Korruptionsfandalen sind jetzt unmittelbar nach der Wahl Enthüllungen gefolgt, die eine ungeheuerliche poli-tische Korruption der Regierung und der mit ihr verbündeten Parteien beweisen. Ein Zentrumblatt, der „Bayerische Kurier“, brachte vor einigen Tagen sensationelle Mit-teilungen über die Art, wie die Regierung in den Wahlkampf eingegriffen, sich zugunsten des Pottenstöttenblocks an dem Wahlkampf selbst beteiligt hat. Die Regierungsmenge brach zunächst in das bekannte Entrüstungsgeheul über einen an-geblichen Diebstahl aus, den das bayerische Zentrum-blatt begangen haben sollte, um sich in den Besitz der für die Regierung so vernichtenden Dokumente zu setzen. Als aber die Presse des Zentrums und der Sozialdemokratie un-befürchtet um das Entrüstungsgeheul der Korruptions-wähler den Inhalt der vom „Bayerischen Kurier“ veröffent-lichten Aktenstücke wiedergab, sah sich auch die freisinnige Presse genötigt, auf den Inhalt dieser Dokumente einer bei-spiellosten politischen Korruption einzugehen. Und der Re-gierung blieb nichts anderes übrig, als mit einer Er-klärung herauszurücken.

Diese von uns gestern wiedergegebene Erklärung vermag aber von den skandalösen Vorkommnissen auch nicht das kleinste Titelchen zu beschönigen! Auch nach den Erklärungen der Regierung bleibt die Tatsache bestehen, daß die Regierung die Wodparteien und ihre Hauptleute, in diesem Falle den Pottenverein, mit Geldmitteln unterstützt hat. Die Re-gierung erklärt nur, daß diese Mittel nicht einem staat-lichen Fonds entnommen seien, sondern daß sie der Re-gierung von Privaten zur Verfügung gestellt und dann nach Gutdünken zugunsten des Regierungsblocks verwendet worden seien. Die Regierung hat sich also zum Kommis-ge-wisser kapitalistischer Interessentengruppe ent-würdigt! Sie hat das Geld der weltpolitischen und schamacherischen Interessenten, vermutlich der Stämmlinge und Kühnemannern, durch ihre Vermittlung in die Wahlkassette des Pottenvereins geleitet! Die Regierung wird also jetzt von den Kapitalisten- und Schamacherkreisen ohne weiteres als ihr Mittelsmann betrachtet! Welch ein Fortschritt gegen-über dem Jahre 1898, wo der Zentralverband deutscher Industrieller sich noch darüber verwundert, daß ihn die Re-gierung um eine Unterstützung ihrer auf Arbeiternebelung hinauslaufenden Bestrebungen anging. Heute sind die Kapi-talisten- und Schamacherkreise so sehr von der unbedingten Palfsbereitschaft der Regierung zur Förderung ihrer Inter-essen überzeugt, daß sie der Regierung ohne weiteres Kredit gewähren, die Regierung als einen Wahlschutz zur Er-zielung schamacherischer Wahlen betrachten!

Und weiter! Nach den Enthüllungen des „Bayerischen Kurier“ hatte die Regierung nicht nur die ihr überwiesenen Geldmittel des Schamacherklingels, sondern auch aus Staatsmitteln bezahlte Arbeitskräfte für die Wahlagitatio-n des Pottenstöttenblocks zur Verfügung gestellt! Schmutzige Madenwerke, wie die Flugschriften „Die Lügen des Herrn Erz-berger“ und „Weiteres aus der kolonialen Lügenfabrik“ sind im Kolonialamt hergestellt worden. Und die offizielle „Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte nichts anderes zu erklären, als daß diese Broschüren weder vom Reichskanzler noch von der Reichskanzlei hergestellt worden seien. Das hatte das bayerische Zentrumblatt auch gar nicht behauptet! Es hatte vielmehr ausdrücklich erklärt, daß diese schmierigen Wahlmadenwerke im Kolonialamt hergestellt worden seien. Und diese Tatsache ist von der „Norddeutschen All-gemeinen Zeitung“ nicht bestritten worden!

Aber nicht nur die Regierung ist durch solch skandalöse Wahlmadenwerke in den Kampf der politischen Korruption hineingeknetet, sondern auch der Freisinn, der früher nicht genug über die Unterstützung der Reaktion durch die Re-gierung jekern konnte, hat sich diesmal die amtliche Protektion mit heißem Danke gefallen lassen! Nicht nur Herr Hermes

besah die politische Schamlosigkeit, sich seinen Wählern als Kandidat nach dem Herzen der Regierung vorzustellen, in Wort und Schrift die Kunde verbreiten zu lassen, daß der Kanzler des Deutschen Reiches den lebhaftesten Anteil an seiner Kandidatur nehme, sondern auch Herr Eichhoff pflog mit dem Wahlmacher des Pottenvereins, dem General-major Reim, langwierige Unterhandlungen darüber, ob die Regierung auch alles tue, um seine Wahl zu fördern. Mit freudigem Pochen seiner freisinnigen Mannesbrust empfing er die Versicherung des Herrn Reim, daß Fürst Bülow ihn für den „geeigneten Mann halte, die freisinnige Partei in dem nationalen Fahrwasser dauernd zu erhalten“. Und zwei Wochen später vernahm er freudig die abermalige Bot-schaft dieses Zwischenträgers, daß die „amtliche Wahlunterstützung“ für ihn „im Wahlkreise Penney-Neumarkt in jeder Weise sicher-gestellt sei“. Und Herr Eichhoff protestierte nicht etwa entrüstet gegen diese schmachvolle amtliche Wahlmaden, die, sobald sie früher zugunsten eines Konservativen geübt wurde, einen wahren Entrüstungsorkan in dem freisinnigen Blätterwalde entfesselte, sondern schmunzelnd, mit Tränen der Rührung nahm er diese Zusicherungen standalöfester amtlicher Wahlbeeinflussungen zu seinen Gunsten entgegen!

Das Schönste aber an der Sache ist, daß die freisinnige Presse sich am Tage vor dieser neuesten Enthüllung des trauten Korruptionsbundes zwischen Regierung und Freisinn darüber zu entrüsten wagte, daß die Regierung von Privatpersonen zu Wahlagitationszwecken Gelder empfangen und an den Potten-verein überwiesen habe! So schmachvoll ein solches Vorgehen der Regierung immer sein mag: noch unendlich schmachvoller und korrupter ist die Art, wie sich der Freisinn die amtliche Unter-stützung der Regierung erbettelt hat!

Das junkerlich-bureaunkräftige Deutschland war auch bisher schon wahrhaftig nicht das Reich der Gottesfurcht und der ehrbaren politischen Sitten, als das es so gern erscheinen wollte. Aber seit der Verbrüderung des ostelbischen Junker-tums mit dem bayerischen Freisinn begann die politische Korruption alles bisher gewohnte Maß zu übersteigen! Man muß schon die korruptesten Zeiten Frankreichs, die Ära des Bürger-königtums und des zweiten Kaiserreichs zum Vergleich heran-ziehen, um eine solche die Regierung und alle Schichten der herrschenden Klasse versenkende Korruption zu finden, wie sie sich durch diese neuesten Enthüllungen offenbart hat!

Die russische Revolution.

Neue Enthüllungen über den „Verband des russischen Volkes“. In Nr. 11 des „Proletarij“ (Organ des Petersburger und des Moskauer Komitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiter-partei), das illegal herausgegeben wird, finden wir neue inter-essante Enthüllungen über die Tätigkeit des Verbandes des russischen Volkes und über die Unterstützung, die ihm un-mittelbar von der kaiserlichen Familie erwiesen wird. „Die Dokumente“, so sagt die Redaktion, stammen aus vollkommen zuverlässiger Quelle, die Tatsachen, welche darin ent-halten sind, stehen außer jedem Zweifel. — Die Dokumente haben die Form eines Tagebuches. Wir zitieren im folgenden die interessantesten Stellen:

Am 6. Juni erhielt Dubrowin aus dem Munde der Kaiserin Alexandra Fedorowna, als er ihr vorgestellt wurde, die Bestätigung, daß ihm (Dubrowin) tatsächlich die Mittel für den Unterhalt des Verbandes des russischen Volkes im Betrage von 500 000 Rubel angewiesen seien, welche ihm dann auch von der Staatsrentei ausgezahlt wurden. . . . Vorher hatte Dubrowin schon durch Vermittlung des Herrn v. d. Launig 500 000 Rubel erhalten. . . . !

Wozu dieses Geld verwendet wurde, wer darüber verfügte und von wem es kam, das zeigen die folgenden Zeilen: „Am 27. Sep-tember waren vom Verband des russischen Volkes Wjelninskij und Feschatschij (Beamter im Verkehrsministerium) bei Stolypin, um ihn um Geld zu bitten. Stolypin gab ihnen aber nichts; er scheint es nicht zu wünschen, daß der Fiskus ihnen Subsidien gewähre. . . . Am 6. Oktober wurde die Fürstin Abamelet zu Stolypin geschickt, um ihn auf die dringende Geldnot aufmerksam zu machen. Stolypin lehnte ab. Die Fürstin gab aus eigenen Mitteln 1000 Rubel, wovon Wjelninskij 300 Rubel seiner persönlichen Schutzwache auszahlte. . . . Am 21. Oktober hat Wjelninskij seine Schutzwache aufgelöst, da er fürchtete, daß man ihn töten werde. . . . General Lawrow, Be-amer für besondere Aufträge im Verkehrsministerium, soll Ministergehülfe werden oder einen sonstigen hohen Posten be-kommen, da er eines der tätigen Mitglieder des Verbandes ist. . . . Am 29. Oktober sollen sich alle noch unbewaffneten Mitglieder des Verbandes und des Vereins der aktiven Bekämpfung der Revo-lution in der Zelatrininskajastr. 62 melden, wo Revolver und Dolche zur Verteilung gelangen werden. Zum 30. Oktober, an dem angeblich ein bewaffneter Aufstand stattfinden soll, werden auf diese Weise alle Mitglieder des Verbandes bewaffnet sein. Eventuell werden, falls die Revolution sich nicht regt, selbständige Aktionen vorgenommen werden. . . . Die Ermordung Herzen-keins wurde von Polowno (in der blauen Weste), dem Gehülfe des Chefs aller Kampforganisationen (Krasnowski) ausgeführt. Seine Helfer waren zwei halbwüchsige Burschen; der eine von ihnen — sein Name fängt mit W. an — hat Herzen-kein ermordet. Der Gendarm in Terjoki hatte von Purischje-witsch die Anweisung, Hilfe zu leisten! Wjelninskij und Dubrowin waren am 10. August beim Justizminister und baten ihn, den Gendarmen nicht zu verfolgen. . . . Wjelninskij erhält sein Gehalt von Herrn v. d. Launig; ausgehändigt wird es ihm von Swanow (Pseudonym); der wahre Name lautet Goldyrew, Gehülfe des Stadthauptmanns und Chef der Schutzwache bei der Stadthauptmannschaft. . . . Die Waffen für den Verband besorgt Valerian Kasarinow (Petersburger Seite, Großer Prospekt). Seine Frau führt nach

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsstelligen Nummern-gelbe oder deren Raum 50 Wg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Wg., „Kleine Anzeigen“, das erste (selb-gedruckte) Wort 30 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg., Stellengeluche und Schlo-ßen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Finnland und holt die Waffen. Zum 26. August hatte Kasarinow 500 Smiths und 200 Brownings beschafft. . . . Ueber 1000 Re-volver, System Rohan, hat der Verband vom Fiskus bekommen! . . . Professor Pessen sollte für 700 Rubel ermordet werden. Pro-fessor Mikjutow wurde stark verprügelt, doch ist der Verband damit nicht zufriedengestellt, da der Befehl ergangen war, Mikjutow zu töten! Man ist über den Preis nicht einig geworden. . . .

Die Zeitung verspricht, weitere Einzelheiten über die Tätigkeit des Verbandes, von der Regierung subventionierten Verbandes aus den Dokumenten zu veröffentlichen.

Die Wahlmänner.

Petersburg, 11. Februar. (B. T. V.) Nach den bis heute ein-gegangenen Meldungen sind insgesamt 4338 Wahlmänner zweiten Grades gewählt. Davon sind 1250 Konarajisten, 770 Gemäßigte, 1967 Angehörige der Linken, 320 Nationalisten, 528 Parteiloze und 213 von unbekannter Parteistellung. Der Oktoberistenführer Gutschkow, der in Moskau kandidierte, ist endgültig durchgefallen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar 1907.

Abgeordnetenhaus und Landarbeitermangel.

Die Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am Dienstag wurde zum weitläufigsten Teil durch eine interessante Debatte über die Leutenot auf dem Lande ausgefüllt. Anlaß dazu gab ein zum Extraordinarium des Etats der landwirt-schaftlichen Verwaltung gestellter nationalliberaler Antrag: die Regierung zu erfuchen, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der „inneren Kolonisation“ gegen die aus dem Land-arbeitermangel sich ergebenden Mißstände Abhilfe zu schaffen.

Es ist charakteristisch, welche Wandlung sich in wenigen Jahren in den Anschauungen der bürgerlichen Parteien voll-zogen hat. Noch vor gar nicht langer Zeit verlangte der Landtag energisch die Anebelung der ländlichen Arbeiter, und die Regierung beeilte sich dem auch, die berüchtigte Vorlage über die Bestrafung des Kontraktbruchs einzubringen. Befamlich ist die Vorlage infolge der Wachsamkeit der Sozialdemokratie nicht Gesetz geworden. Inzwischen scheinen sich nun einige der eifrigsten Käufer im Streite davon überzeugt zu haben, daß auf die bisher beliebte Weise dem ländlichen Arbeitermangel nicht abzuhelfen ist, sondern daß es dazu positiver Maßnahmen bedarf, und als eine dieser Maßnahmen erscheint ihnen die Förderung der „inneren Kolonisation“. Man will die An-siedelung von Arbeitern, namentlich auf dem Lande, in größerem Maßstabe betreiben, man will die Arbeiter an die Scholle fesseln, aber nicht etwa durch gute Behandlung, gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne, sondern indem man sie zu „Besitzern“ macht und sie hindert, sich fern von der Heimat bessere Arbeit zu suchen.

Das ist die Anschauung der großen Mehrheit des Land-tages und auch der Regierung, in deren Namen der neue Landwirtschaftsminister sich mit dem Antrag einverstanden erklärte! Der Nachfolger Poddelskis, Herr v. Arnim, geht sogar soweit, daß er es als eine Tat von sozialpolitischer Bedeutung, als eine „patriotische Aufgabe“ be-zichnet, aus dem besitzlosen, von der Heimat losgerissenen und darum auch mit dem Vaterlande nur lose verknüpften Arbeiter einen kleinen Besitz zu machen. Und er gibt sich der kühnen Hoffnung hin, daß dadurch die Kluft zwischen der kapitalkräftigen Industrie und dem besitzlosen, nomadenhaften Arbeiter einiger-maßen überbrückt wird. —

Auf einen ähnlichen Ton waren fast alle Reden gestimmt. Eine Ausnahme machte nur der freisinnige Abg. Gold-schmidt, der die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen, die Gewährung des Koalitions-rechts forderte und die geringen Landarbeiterlöhne sowie die jämmerlichen Wohnungsverhältnisse auf dem Lande für die Landflucht verantwortlich machte. Dadurch reizte Herr Goldschmidt die Konservativen, denen es naturgemäß doppelt unangenehm ist, wenn einer ihrer freisinnigen Bundesgenossen ihnen ihre Sünden vorhält und so den Frieden zwischen rechts und links stört. Der konservative Fraktionsredner, Abg. v. Vodelberg, meinte daher: Wenn die Herren hier schon anfangen, die Streitart zu schwingen, wie soll es dann erst im Reichstage werden mit der zukünftigen Zusammenarbeit? In diesen Worten liegt eine zwar unbeachtliche, aber durchaus treffende Kritik des wibernatürlichen freisinnig-konservativen Kompromisses.

Alle konservativen Redner sprachen sich mit aller Schärfe dagegen aus, daß den Landarbeitern das Koalitionsrecht ge-währt wird, weil sonst eventuell durch einen Streik „die ganze Ernte aufs Spiel gesetzt werden könnte!“ Den freisinnigen Klagen über die schlechten Wohnungen auf dem Lande be-gagnete Abg. Kretsch (l.) in nicht ungeschickter Weise mit einer Schilderung der Berliner Wohnungsverhältnisse, ins-besondere der Schmitterwohnungen auf den Kiefelfeldern!

Der Antrag der Nationalliberalen gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Zur „Mitläufer“-Frage.

Jede der „staatsverhaltenden“ Parteien nimmt für sich in An-spruch, der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen dadurch den schwersten Schlag versetzt zu haben, daß sie ihr die sogen. „Mit-läufer“ entzogen hat. Die Liberalen behaupten, daß die einseitige Klassenpolitik der Sozialdemokratie ihr die „gebildeten“ Mit-

Käuser, die akademische Jugend entzogen hat. Die landwirtschafterischen Blätter führen, ebenso wie Herr v. Oldenburg-Janusch in der gestrigen Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die Niederlage der Sozialdemokratie darauf zurück, daß von ihr die Kleinbäuerlichen „Mülläuser“ abgeschwenkt sind, weil die sozialdemokratische Presse in ihrem Unterstand gegen die hohen Schweinepreise geistert hat. „Das nationale Schwein hat die Sozialdemokratie zu Boden geworfen!“ rief Herr v. Oldenburg im Jirkus Busch. Nach der Ansicht der nationalliberalen Presse hat die Sozialdemokratie vornehmlich ihren Mandatsverlust dem Abfall der intelligenteren Industriearbeiter zu verdanken, da diese eingesehen hätten, daß sie selbst von der Sozialpolitik den größten Nutzen hätten. Die Mittelstandsvereiner dagegen behaupten, den größten Schaden hätte die Sozialdemokratie durch die Abschwenkung der Kleinbäuer und Handwerker erlitten, die durch die fortgesetzte Gründung der Arbeiter-Konsumvereine und die ewigen mit Streiks verbundenen Lohnerhöhungsforderungen der Arbeiter aufs höchste erbittert seien. Nun können auch noch die christlichen Arbeiterorganisationen und beanspruchen für sich das Hauptverdienst an dem „sozialdemokratischen Wahlskandal“. So heißt es z. B. im „Deutschen Metallarbeiter“, dem Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes:

„Dann aber vergesse man bei dem Zurückdrängen der Sozialdemokratie nicht das positive Verdienst der christlichen Arbeiterbewegung. Hunderttausende von deutschen Arbeitern haben sich von den sozialistischen Ideen freigemacht und eine eigene Bewegung geschaffen, die mit Nachdruck und Erfolg an der Hebung des Arbeiterstandes tätig ist. Damit ist der Bahn zerstört, als ob nur die sozialdemokratische Bewegung Arbeiterinteressen vertreten könne. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird auch für die Zukunft der einzige Faktor sein, der sich den roten Wogen als ein fester Damm entgegenstellt. Man gebe sich nur keiner falschen Täuschung hin, als ob die Sozialdemokratie niedergeboren sei. Sie ist nur zurückgedrängt und wird wieder aufwärts schnellen, wenn die Scharmacher Oberwasser bekommen und die Arbeiterchaft niedergeboren, unterdrückt und ausgebeutet wird. Fortführung der Sozialreform und Anerkennung des Arbeiterstandes als gleichberechtigt ist darum auch für die nächste Zukunft die brennendste Forderung aller wahren Freunde des Volkes und Vaterlandes.“

In gewisser Beziehung haben, wie zugegeben werden muß, alle diese Parteien recht. Der Verlust an „Mülläusern“ in den sogenannten akademischen Kreisen ist am geringsten anzuschlagen, denn in diesen Kreisen hat die Sozialdemokratie nie großen Anhang gehabt; und von jenen akademischen Anhängern, die nicht nur zu uns gekommen sind, um uns als Mittel für ihre besonderen Zwecke zu gebrauchen, sondern auf Grund ihres Studiums unserer wissenschaftlichen Literatur, ist kein einziger abgeschwenkt, denn noch viel ausgeprägter, viel schärfer als in unserer Zeitungsliteratur und in allen Kongress- und Agitationsreden kommt in den Schriften eines Marx, Engels, Kautsky, Mehring usw. der Klassenkampfstandpunkt zum Vorschein. Dagegen ist, wie genaue Beobachtungen beweisen, durchaus richtig, daß ein bedeutender Teil unserer bisherigen „Mülläuser“ aus dem Kleinbäuerstand, dem Kleinbäuer- und Handwerkerstand abgeschwenkt ist, und zwar tatsächlich aus den obengenannten Gründen. Für die Reformer des sozialdemokratischen Programms und der sozialdemokratischen Taktik, die, erzeugt über den Verlust einer Anzahl von Mandaten, eine gründliche Schwärzung nach rechts befühlten, ergibt sich also ein recht weites Feld für ihre Vorschläge. Es ist danach nur nötig, niemals mehr von Klassenkampf und Klassengegensätzen zu sprechen, für hohe Vieh- und Fleischpreise einzutreten, die Kolonialpolitik der Regierung zu akzeptieren, keine Konsumvereine mehr zu gründen, nicht mehr zu streiken, keine Lohnerhöhungsforderungen mehr zu stellen, die freien Gewerkschaften aufzulösen und deren Mitglieder zu veranlassen, sich den christlichen Gewerkschaften oder den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften anzuschließen. Vielleicht sind dann die Mülläuser, die am 25. Januar von uns abgeschwenkt sind und gegen uns gestimmt haben, befriedigt und schwenken wieder ein. Wir haben nur die eine Befürchtung — daß dann unsere Kerntruppe, die Klassenbewußte, intelligente Arbeiterchaft völlig abgeschwenkt wird! —

Der Dank des Regierungsspendiaten Eichhoff.

Herr Eichhoff hat, wie nunmehr definitiv feststeht, die Wahl in Lempe-Remscheid angenommen und damit sein Mandat für Mühlhausen-Langensalza niedergelegt. Der der Wahl sich Herr Eichhoff in den Blättern des letztgenannten Wahlkreises erklären, daß es ein Wahlschwindel sei, wenn von gegnerischer Seite erklärt würde, Eichhoff werde, wenn er zweimal gewählt würde, das Mandat in Mühlhausen-Langensalza nicht annehmen. Der Ausschuh der vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises ließ noch am 6. Februar beispielsweise in der „Sommerdaer Zeitung“ erklären:

„Von gegnerischer Seite versucht man es in letzter Stunde mit allen Mitteln die Wahl unseres Kandidaten Professor Richard Eichhoff zu hintertreiben.“

Unter anderem wird das Gerücht verbreitet, daß derselbe ein auf ihn fallendes Mandat in unserem Wahlkreise, wo er bereits zweimal gewählt wurde, nicht annehmen werde.

Demgegenüber erklären wir: „Es ist unwahr, daß Herr Professor Eichhoff sich verpflichtet hat, das Mandat in seinem heimatlichen Wahlkreise Lempe-Remscheid anzunehmen.“

Wir bringen dies hiermit zur Kenntnis seiner Wähler mit der dringenden Bitte, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern am Dienstag, den 6. Februar, zum dritten Male entschlossen einzutreten für ihren bewährten, bisherigen Vertreter im Reichstage, Herrn Professor Richard Eichhoff in Remscheid.

In einem anderen Blatte stand folgende Erklärung: „Erwiderung auf das gestrige konservative Eingeländ.“

Herr Professor Eichhoff hat positiv erklärt, daß er im Falle seiner Wiederwahl nur seinen bisherigen Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza, an dem er mit Leib und Seele hängt, vertreten wird. Sollte die Stichwahl auch in Remscheid für ihn günstig ausfallen, so wird er trotzdem auf das dortige Mandat verzichten.“

Herr Eichhoff hat sich trotz seiner „positiven Erklärungen“ nicht an sein Wort gebunden erachtet. Er hat seine liberalen Wähler in dreifacher Weise getäuscht. Diesen Wählern hat er von seinem Wortbruch durch folgende Mitteilung Kenntnis gegeben:

„In Übereinstimmung mit der Zentralkomitee meiner Partei habe ich es für eine nationale Pflicht gehalten, das Mandat des Wahlkreises Lempe-Remscheid anzunehmen.“

Wie aus den Enthüllungen des „Bayerischen Kurier“ hervorgeht, hielt Herr Eichhoff es auch für seine „nationale Pflicht“, sich die amtliche Wahlberechtigung im Kreise Lempe-Remscheid sowohl wie im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza zu sichern! Seine „nationale

Pflicht“ besteht jetzt darin, sich das Mandat in Lempe-Remscheid zu sichern, um womöglich, zum Dank für die ihm geleistete amtliche Wahlunterstützung, in Mühlhausen-Langensalza dem Konservativen das Mandat zuzuschlagen!

Nach dem oben gekennzeichneten scharfbollen Verhalten des Herrn Eichhoff möchten wir allerdings noch sehr daran zweifeln, ob die Freisinnigen des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza geneigt sind, auf dies faulere Pländchen des Herrn Eichhoff einzugehen!

Deutsches Reich.

Kolonialpolitik und Börsenspekulation.

Die Börse hat den Ausfall der Reichstagswahl mit Jubel begrüßt; denn er eröffnet eine neue Ära der Kolonialpolitik und damit die Aussicht auf allerlei schöne Profite. Nicht nur läßt sich bei den Anleihen zum Ausbau der Kolonien und der Kolonialbahnen sowie der Gründungen neuer Kolonialgesellschaften manch nettes Stämmchen verdienen, die Aktien und Obligationen solcher Gesellschaften eignen sich auch vorzüglich zu Spekulationspapieren. Die Verkauft, bereitet die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft bereits die Zulassung der Aktien der South West Africa Company zur Berliner Börse vor und im sogenannten freien Verkehr wird schon jetzt mit Hochdruck in diesen Shares spekuliert. Die „Presse“, schreibt darüber:

„Die South West Africa Company ist zwar keine deutsche Unternehmung, da sie ihren Sitz in London hat. Aber dafür läßt sie darauf hinweisen, daß mehrere Deutsche ihrem Direktorium angehören. Diese Frage wäre aber auch schließlich von untergeordneter Bedeutung, wenn nur die Verhältnisse der Gesellschaft an sich ganz einwandfrei wären. Hieran muß aber sogleich gewarnt werden. In der Hauptsache ist die Gesellschaft gegründet zur Ausbeutung von Mineralen in Damaraland; später hat sie auch Mineralrechte in einem Teile des Ombalandes hinzuerworben. In eine wirkliche Ausbeutung der Mineralen ist natürlich jetzt noch gar nicht zu denken, da diese Mineralien selbst, so viel wir wissen, überhaupt nicht existieren. Auch das neueste Kolonial-Handels- und Verkehrs-Buch für 1907 weiß nur davon zu berichten, daß die Diamin- und Eisenbahngesellschaft in ihrem Geschäftsbereiche Kupferlager „festgestellt“ hat. Von der South West Africa Company läßt sie also bei dieser Gelegenheit kein Wort verlauten. Infolgedessen hat die Gesellschaft bisher auch noch keine Dividende gezahlt. Trotzdem sind ihre Aktien in manchen ausländischen Börsenmärkten ein sehr willkommenes Spekulationsobjekt. Aus einer Zusammenstellung der Kurse ihrer Aktien an der Londoner Börse in den letzten sechs Jahren ergibt sich, daß in einzelnen Jahren Kurssteigerungen zwischen 8 Schilling 6 Pence und 30 Schilling 6 Pence vorliefen. Im Jahre 1906 bewegten sich die Kurse zwischen 9 Schilling und 24 Schilling 6 Pence.“

Nun haben wir gar keine Lust, berufsmäßigen Börsenleuten, die das Geld dazu übrig haben, das Vergnügen daran zu nehmen, in irgendwelchen Aktien zu spekulieren, deren realer Wert überhaupt gar nicht feststellbar ist. Wohl aber möchten wir im Interesse des Volkswohlfundes vor allem die kleinen Rentner davor warnen, sich mit diesem Papier abzugeben. Gerade aber auf die kleinen Leute ist es abgesehen, denn das zurzeit zwei Millionen betragende Aktienkapital, wovon 1,2 Millionen ausgegeben sind, ist in ganz keine Aktien zum Nominalwert von 1 Pfund Sterling geteilt worden. Dadurch sollen die Befitzer auch der kleinsten Vermögen angelockt werden, ihre Ersparnisse in den kolonialen Unternehmungen anzulegen. Bisher konnte die Verteilung der kleinen Leute nur inoffiziell geschehen, da nach den gesetzlichen Bestimmungen an deutschen Börsen nur Aktien von mindestens 1000 M. Nominalwert zugelassen werden dürfen. Jetzt aber wird dafür Propaganda gemacht, daß die Landesregierung von ihrer Befugnis Gebrauch macht, die dahin geht, ausländische Aktien, auch wenn sie auf einen geringeren Betrag lauten, an der Börse zuzulassen. Wir hoffen, daß der Bundesstaat Preußen diesem Entschluß keine Folge leisten wird. Denn für den Kleinkapitalisten ist es bei kolonialen Gründungen noch schwerer möglich als bei einheimischen Unternehmungen, sich persönlich über die Rentabilität und die Aussicht des von ihm gekauften Papiers einwandfrei zu informieren. Er wird vielmehr rettungslos die Leute derjenigen, die aus dem Auf- und Niedergehen solcher Kolonialpapiere Nutzen zu ziehen vermögen. —

Die konservativ-liberale Regierungsmehrheit.

Ein „Vertrauter“ des Fürsten Bülow hat einem Berliner Korrespondenten des „Tempo“ allerlei Mitteilungen gemacht. Danach wünscht Bülow nichts schneller, als sich eine „große und starke liberale Partei“ zu erhalten. Es sei allerdings richtig, daß er „keine ausschließlich liberale Politik“ treiben könne. Doch werde er sich bemühen, die „konservativ-liberale“ Majorität nach Möglichkeit zu erhalten. Er hoffe, daß der Liberalismus nun genug sein werde, „um nicht Zentrum und Konservative einander in die Arme zu drängen“. Der Einfluß des Zentrums sei gegenwärtig so gering wie möglich, und der Kaiser sei dem Zentrum noch weniger geneigt. Das erfreuliche Ergebnis der Wahlen und das Ziel seiner künftigen Politik sei eine nationale Majorität, d. h. eine solche, „die der Regierung nicht bei jeder Militär- und Kolonialausgabe Schwierigkeiten mache“.

Eine „konservativ-liberale“ Regierungsmehrheit konnte ehemals für ein tollkühneres Paradoxon gelten. Nach den letzten Wahlen des Reichstages allerdings halten wir eine solche Verbindung von Feuer und Wasser durchaus möglich. Derart nämlich, daß das Wasser des Liberalismus in der Flamme des Konservatismus vollständig verdunstet und nur der Konservatismus übrig bleibt. Die Warnungen an den Liberalismus, doch ja nicht Zentrum und Konservative einander in die Arme zu treiben, bedeutet ja nichts anderes, als daß Bülow dem Freisinn zumutet und zutraut, die agrarische Wirt- und Fleischwucherpolitik derart zu unterstützen, daß es dazu nicht erst der Zentrumshilfe bedürfe. Im übrigen soll die nationale Mehrheit dazu dienen, der Regierung alle Militär- und Kolonialforderungen mit solchem Entschlusse zu bewilligen, daß dagegen selbst das Zentrum dauernd ins Hintertreffen gerät.

Wir glauben es gern, daß der Kaiser einer derartigen Verbindung von „konservativ-liberalen“ Reichstagsmehrheit den Vorzug geben würde vor der Heranziehung des Zentrums, das bei aller Verschwiegenheit doch immerhin noch einige Gegenleistungen forderte. Wenn nicht alles trägt, ist der Freisinn bereit, unter Verleugnung aller Grundsätze des Liberalismus eine solche „konservativ-liberale“ Regierungsmehrheit zu sichern! —

Reichsverband-Schwindel.

Auch nach der Wahl setzt der Reichsverband sein niederträchtiges Schwindelgewerbe mit ungeschwächten Kräften fort und er findet auch nach wie vor in der bürgerlichen Presse willige Ablagerungsstätten für seine Lügenprodukte. Allen voran sind dabei die „Post“, die „Kreuzzeitung“, die „Norddeutsche Allgemeine“, das „Sprachrohr“ Bülows, und nicht zuletzt die gesamte Kreisblattpresse. Es ist nicht zu verkennen, daß die reichsverbandliche Lügenfabrik insofern mit einer gewissen Wirksamkeit arbeitet, als in vielen Fällen vermieden wird, bestimmte Angaben zu machen; das wäre auch sehr bedenklich,

da dann den Behauptungen nachgegangen und sie auf ihren wahren Wert geprüft werden könnten.

Wie gelogen wird, soll aber doch an einigen Beispielen gezeigt werden.

Die „Post“ brachte in ihrer Abendausgabe vom 7. Februar eine aus der gleichwertigen „Kreuzzeitung“ übernommene sensationelle Nachricht aus Groß-Lichterfelde, die bereits im „Groß-Lichterfelder Lokal-Anzeiger“, „Steglitzer Anzeiger“ und einer großen Reihe anderer reaktionärer Schmutzblätter Unterschulps gefunden hat.

Diese Nachricht, der schon von weitem die freche Lüge anzumerken ist, lautet folgendermaßen:

„Wie die Sozialdemokratie die Wähler terrorisiert, davon erzählt die „Kreuz-Ztg.“ aus Groß-Lichterfelde ein beinahe ungläubliches Geschichtchen. Dort wurde einem Tischlermeister von seinen Gesellen bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltage aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Arbeit einstellen. Da der Tischlermeister eilige Arbeit abzuleisten hatte und durch das Wegbleiben seiner Gesellen einen empfindlichen Schaden befürchten mußte, gab er dem Brude nach und blieb am Tage der Abstimmung zu Hause. Wegen solchen skandalösen Mißhandlung muß mit allen Kräften vorgegangen werden. Das anständige Publikum sollte die Arbeitgeber aller Art darin eifrig unterstützen. Solcher Gewalt kann nur mit Gewalt begegnet werden. Wo es irgend angängig ist, sollten sozialdemokratische Arbeiter und Gesellen systematisch ausgeholfen werden. Legt man nicht halb energisch Hand an, so wird es überhaupt zu spät, dem Terrorismus der „Genossen“, der immer toller wird, den Garaus zu machen. Uebrigens sind jene Gesellen nach § 240 des Strafgesetzbuches strafbar mit Gefängnis bis zu einem Jahre.“

Diese ganze Geschichte ist tatsächlich von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen.

Die Genossen in Groß-Lichterfelde haben sich der Mühe unterzogen, der Sache auf den Grund zu gehen und durch eingehende Nachfragen nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Unternehmern selbst das ganze Lügengewebe bloßzulegen.

In Groß-Lichterfelde gibt es 24 selbständige Tischler, von denen ein Teil überhaupt keine Gesellen beschäftigt.

Von diesen Tischlermeistern haben nun 29 laut Kontrolle der Listenführer ihr Wahlrecht ausgeübt, sie kommen daher für die Sache nicht mehr in Betracht. Zu allen übrigen Tischlermeistern des Ortes begaben sich Vorstandsmitglieder des Wahlvereins mit der verkleumdlichen Notiz in der Hand und ersuchten höflich im Interesse der Wahrheit um Auskunft, ob bei ihnen ein solcher Vorfall sich zugetragen hätte.

Sämtliche Unternehmer verneinten dies und einer davon machte seinem Unmut über diese Zeitungslüge mit dem Bemerkten, es sei eine Verleumdung für die Tischlermeister, sie in einer solchen Rolle darzustellen.

Daß diese ganze Gemeinheit sich aber nur gegen sozialdemokratische Arbeiter richtet, scheint er nicht gleich begriffen zu haben.

Daß von diesen Feststellungen irgend eine der Zeitungen, die diese Lüge mitbrachten — auch die „Norddeutsche Allgemeine“ — brachte in ihrer Sonntagsnummer die Schwindelnotiz —, Notiz nehmen wird, glauben wir nicht; dazu sind sie zu sehr politisch und moralisch verblümt.

Eine andere reichsverbandliche Lüge ist die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ebenfalls in ihre Sonntagsnummer vom 10. Februar übernommene Notiz, in der es heißt:

„Aus Spandau berichtet der „Anz. f. d. Havell.“ über ein verwerfliches Wahlmanöver, das am Dienstag von Gegnern des konservativen Reichstagskandidaten Pauli ausgeführt worden ist: Es wurden Stimmzettel verteilt, die nicht mit dem richtigen Vornamen August Pauli, sondern mit dem falschen Ernst Pauli oder Emil Paul bedruckt waren. Natürlich ist solch ein Wahlzettel unglücklich. Der Schwindel wurde erst gegen 1 Uhr im 1. Wahlbezirk entdeckt und es sind von der konservativen Parteileitung und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unverzüglich die nötigen Schritte getan worden.“

Daß der „Anzeiger f. d. Havelland“ wie das „Spandauer Tageblatt“ eine Erklärung der sozialdemokratischen Parteileitung bringen mußten, in der diese Behauptungen aber als unwahr und als Schwindelmanöver der Gegner bezeichnet wurden, verschweigt natürlich die „Norddeutsche Allgemeine“.

Ein anderer Schwindel, den die „Post“ verbreitete, war der, daß unsere Genossen in Ostbavland in der Stichwahl angeblich unter der Maske von Liberalen ein Flugblatt verbreiteten, in welchem die Liberalen aufgefordert wurden, für Liebrecht zu stimmen.

Die Wahrheit ist, daß unsere Genossen im Nachbarreise den bekannten Artikel Schwedlers aus dem „Berliner Tageblatt“ durch ein Flugblatt zur Kenntnis der liberalen Wähler brachten, wozu sie natürlich ein gutes Recht hatten. Wenn die Potsdamer Kolonialliberalen das Flugblatt und den Artikel als Schwindel angesehen haben sollten, so wäre das nur ein neuer Beweis für das niedere Niveau der „Liberalen“ in dieser Hochburg des Liberalismus. Ihre Borniertheit läßt es ihnen unmöglich erscheinen, daß es immerhin hier und da noch anständige und weitblickende wirkliche Liberaler gibt. —

Majestätsbeleidigung.

Die Scherl-Presse meldet: Im Sinne des bekannten Geburtstagsbeschlusses des Kaisers hat der Reichstanzler den Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit der Ausarbeitung eines Geheimschutzgesetzes beauftragt, durch den, soweit möglich, eine Einschränkung der Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erreicht werden soll. Der Entwurf soll dem Reichstage, wenn irgend angängig, noch in dieser Session vorgelegt werden.

Wenn der Geheimschutz im Sinne des bekannten Geburtstagsbeschlusses verfaßt sein sollte, wird er wohl nichts als ein neues Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie sein. Warten wir also ab, bis es eingebracht sein wird.

Offene Arbeiterfeinde.

Die Jirkusversammlung der Wandler fand am Dienstag eine Fortsetzung in der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Man sprach über die Reichstagswahl, über den „Reichsnotennote“, über die Diskontopolitik der Reichsbank und über die deutsche Sozialpolitik. Natürlich immer unter dem Gesichtswinkel einseitig agrarischer Interessen. Nach Referaten von v. Kardorff und Dr. Arendt wurde in der Frage der Diskontopolitik folgende Resolution angenommen:

Unter Aufrechterhaltung der am 14. Februar 1906 gefaßten grundsätzlichen Beschlüsse zur Umgestaltung des deutschen Bankwesens den Herrn Reichstanzler zu ersuchen: in Anbetracht der andauernd übermäßig hohen Diskontsätze der Reichsbank, welche Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft schwer treffen und den Staatskredit beeinträchtigen, sowie in Anbetracht der offenbar unzureichenden Metallbestände der Reichsbank unverzüglich eine Untersuchungskommission einzusetzen, um bei der bevorstehenden Erneuerung des Privilegs der Reichsbank eine durchgreifende Verringerung der unzulässig gewordenen Verhältnisse der Reichsbank herbeizuführen.

Dr. jur. v. Burgdorff referierte über die Wirkungen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Auch bei dieser Gelegenheit ließen die Herrschaften ihren Wünschen nach

einem neuen Sozialistengesetz die Fägel schießen. Die Agrarier wünschen „Sozialpolitik“ lediglich zur Umdeutung der Arbeiter. Schließlich befanden sie ihre Arbeiterfreundlichkeit durch Annahme dieser Resolution:

A. Es ist anzuerkennen:
1. die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgeetze (Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung), die Vereinfachung und die Verbilligung ihrer Verwaltung sowie die Vereinfachung des Streitverfahrens;
2. eine ausgiebige Erleichterung der in der A. G. Volkswirtschaft vom 17. November 1881 indizierten indirekten Steuerquellen in Verbindung mit geeigneten Repressivmaßnahmen gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ohne welche beiden Maßnahmen die sozialpolitische Fürsorge, zumal in der Gestalt, welche sie heute angenommen hat, als dem Sinne der A. G. Volkswirtschaft vom 17. November 1881 widersprechend und den Zwecken und Zielen derselben zuwiderlaufend angesehen werden muß.

B. Da der bislang beschrittene Weg sich zum Teil als gangbar nicht erwies, vielmehr der größte Teil der sozialpolitischen Fürsorge durch die Verbilligung unter der Arbeiterklasse hervorgerufen und eine unter solchen Umständen nicht zu rechtfertigende weitgehende Belastung vieler Kreise und Erwerbszweige herbeigeführt hat,

werden die verbündeten Regierungen ersucht, weitergehende Maßregeln solange zurückzustellen, bis

a) die A. G. Volkswirtschaft von 1881 mit den dort angeordneten und für unerlässlich erklärten Mitteln durchgeführt und
b) der Erfolg dieser Durchführung in dem von der A. G. Volkswirtschaft erhofften Sinne abgewartet worden ist; dagegen von einer Arbeitslosenversicherung aber Abstand nehmen zu wollen.

Nach dem Wahlausfall braucht man sich nicht zu wundern, daß die Reaktionskräfte also ungeniert mit ihren Herzenswünschen herausschlagen. Die Arbeiter haben hier in wünschenswertester Deutlichkeit das Programm ihrer Feinde vor sich.

Zunächst sollen die Rechte der Arbeiter in den Krankenkassen zerstört werden — deshalb die Verschmelzung der drei Arbeiterversicherungsgeetze. Dann sollen die Massen ausgiebig mit neuen indirekten Steuern belastet werden, schließlich die Arbeiterbewegung durch ein Sozialistengesetz gelähmt werden, und ehe nicht diese herrlichen Ziele erreicht sind, darf kein Schritt in der Sozialpolitik getan werden. Erst wenn die Arbeiterklasse entrechtet, geschwächt und geknebelt ist, wird ein bißchen, ein ganz kleines bißchen Sozialreform erlaubt — oder auch nicht —, eine Arbeitslosenversicherung darf auf keinen Fall darunter sein! Kollektive, denen auf Staats- und Volkskosten geholfen werden muß, gibt's nur auf Mittelstufen!

Die Arbeiterklasse wird diese offenen Vorkenntnisse schöner reaktionärer Seelen zu nützen wissen!

Nationalliberale Politik.

Die Nationalliberalen haben im Abgeordnetenhaus vier Anträge eingebracht, von denen zwei Dorseigen für die nationalliberale Politik der jüngsten Vergangenheit bedeuten. Die beiden ersten minder bedeutenden fordern Gleichstellung der Sekretäre bei den Land- und Amtsgerichten sowie der Staatsanwaltschaft mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung und allmähliche Erhöhung der Staatszuschüsse für die Handwerkerkammern. Der dritte aber erucht die Regierung,

mit Rücksicht auf die Verteuerung des Personenverkehrs durch die Einführung der Reichsfahrkartensteuer und die dadurch hervorgerufene Verschärfung in der Benutzung der einzelnen Wagenklassen auf einen angemessenen Ausgleich durch Ermäßigung der Eisenbahnpersonentaxe Bedacht zu nehmen.

Und der vierte stellt die Forderung, zur Befestigung der Notlage der durch die allgemeine und andauernde Verteuerung des Lebensunterhaltes, zumal der Lebensmittel, besonders schwer betroffenen Unterbeamten und der ihnen im Einkommen nahestehenden Beamtenklassen staatliche Mittel schleunigst bereit zu stellen.

Die Nationalliberalen waren es, die die Fahrkartensteuer in ihrer jetzigen Form und Höhe ausbeden, die die Verteuerung der Eisenbahnfahrt in erster Linie auf dem Gewissen haben — jetzt kommen sie mit einem Antrag, die Eisenbahn-Personentaxe herabzusetzen — mit einem Antrag im Dreifachenhause, wo er völlig aussichtslos ist, da der Regierung in den konservativen beider Fraktionen und in Teilen des Zentrums eine sichere Mehrheit gegen jede Verbilligung des Personenverkehrs sicher ist. Was die Nationalliberalen sehr wohl wissen! Und vor ihrem Fahrkartensteuerantrag im Reichstage wußten.

Der zweite Antrag gibt die Lebensmittelsteuer, die die Nationalliberalen während des Wahlkampfes nach Möglichkeit gelindert haben, zu. Für die Beamten wollen nun die Nationalliberalen einen Ausgleich herbeiführen — ob sie's vermögen bei der reaktionären Mehrheit im preussischen Parlament, ist noch eine Frage — wie die nicht minder hart betroffenen Arbeiter und Kleinbürger bei der von den Nationalliberalen mitverschuldeten Steuerung fahren, das kümmert sie weiter nicht. Noch kurz vor der Auflösung des Reichstages traten sie dort gegen jede einschneidende Maßregel zur Verringerung der Reichsnot ein!

So bewegt sich die nationalliberale Politik in kläglichsten Dilemmen. Und doch besetzt sie ein leitendes Gedanke. Die Nationalliberalen wollen agrarisch-reaktionäre Politik machen, vor erteilungsfähigen Wählern sich aber als Vertreter vollstimmlicher Maßregeln ipsezen können!

Ein prägelnder Schumann. Der Schumann Sogebredt kam zum Schützenfest 1905 in Weimar in Ausübung seines Berufes mit einem Schaubudenbesitzer in Streit. Bald entstand die schönste Holzerei. Der Schumann verbläute den Schaubudenbesitzer so gottschämlich, daß er dafür im Juli des vergangenen Jahres von der Strafkammer in Weimar zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Gericht ging damals von der Ansicht aus, daß das Publikum vor solchen Übergriffen geschützt werden müsse. Der Schumann legte jedoch gegen das Urteil Revision ein. Jedoch das Reichsgericht verwarf dieselbe. Der Schumann wälzte ruhig seines Amtes weiter. Jetzt ist er nun vom Großherzog von Sachsen-Weimar begnadigt worden, so daß er also die vier Monate nicht abzubringen braucht. Ob damit die Achtung vor der Autorität des Staates und seiner Einrichtungen erhöht wird, ist eine andere Frage.

Die verurteilte Hamburger Polizei.

Während die Strafkammer I des Landgerichts Hamburg im Prozeß gegen die der Verlesung der Polizei angeklagte bürgerliche Frauenrechtlerin Dr. Anita Augspurg die Maßnahmen der Polizeibehörde und das Verhalten der Polizeiorgane am Abend des „roten Mittwoch“ (17. Januar 1906) als völlig korrekt und den Umständen nach für angemessen erklärte, mißfiel auch das „Räumen“ der Wirtschaft von Lunau in der Niedernstraße billigte, „weil energisch hätte zugegriffen werden müssen, wofür man der Polizei dank schulde“, hat die Zivilkammer II in einem Kurkostenprozeß gegen die Polizeibehörde einen wesentlich anderen Standpunkt eingenommen: Eine Krankenkasse verlangte von der Polizeibehörde den Esch der Kurkosten für ein in der Lunauischen Wirtschaft widerrechtlich durch Polizeifabel verlesenes Mitglied. Die Beklagte ließ durch ihren Vertreter einwenden, daß die Verlesung nicht widerrechtlich, sondern in berechtigter Ausübung des Dienstes, um den Widerstand der gegen die Polizeimannschaften andringenden Gäste zu brechen, erfolgt sei. Auf Grund der Aussagen einer langen Reihe einwandfreier Zeugen gelangte das Gericht aber zu folgendem Urteil:

Die Polizeibehörde wird verurteilt, an die Klägerin die eingeklagte Summe von 10 M. für Kurkosten nebst 4 Proz. Zinsen zu zahlen und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Die „staatsretterische“ Tätigkeit unterschiedlicher Hamburger Polizeiorgane wird also nicht von allen Gerichten „dankebar“ anerkannt. — Kurz nach dem 17. Januar gerieten fast alle Personen in den Verdacht der Teilnahme an den Schoppenhauerfesten, die Verlesungen an dem Unglücksabend davongetragen haben. Deshalb ist es erklärlich, daß viele Verleser über ihre schmerzliche Verurteilung mit den Polizeifabeln sich auszuweihen, geschweige denn wegen widerrechtlicher Verlesung Schadenersatzansprüche gegen die Polizeibehörde geltend machten.

Scherl in Süddeutschland.

Die ewig hantlerotte Münchener „Allgemeine Zig.“, die bisher von süddeutschen Adligen (Parsberg u. a.) und Scharfmachern ausgehalten wurde, ist von Scherl übernommen worden. Die Verurteilung der öffentlichen Meinung ist damit wieder einen Schritt weiter gediehen. Allerdings kann Scherl nichts mehr an der gänzlich bedeutungslos gewordenen „liberalen“ Zeitung verderben, die schon lange eine Filiale preussischer Junkertums und eine bestellte Bekämpferin jeder sozial und demokratisch gerichteten Politik geworden war. Während ist es, daß die Scharfmacher und Magnaten, die das Blatt „kontrollieren“, ebendies versichern, daß ihnen ihr Einfluß auf die Haltung des Blattes gewahrt bleibt. Die Firma Scherl darf also für das vaterländische Unternehmertum vorläufig nur das Defizit zahlen. —

Ausland.

Schweiz.

Bravo!

Lausanne, 12. Februar. Das Bundesgericht behandelte in seiner heutigen Plenarsitzung eine Forderung Rußlands auf Auslieferung von drei nach Genf geflüchteten Georgiern, die beschuldigt werden, an der Wänderung der Staatskasse von Duschet im Kaukasus teilgenommen zu haben. Der Richterstatter, Bundesrichter Metz, stellte bei der Verhandlung fest, daß die Wänderung der Staatskasse von Duschet von der Kampforgansisation des Georgischen Bundes zu revolutionären Zwecken ins Werk gesetzt sei und es sich demnach um ein politisches Delikt handle, die Auslieferung sich daher nicht rechtfertigen lasse. Der aus 15 Mitgliedern bestehende Gerichtshof schloß sich dem Standpunkte des Richterstatters einstimmig an und wies den Auslieferungsantrag ab!

Die kleinen Länder — Schweden kürzlich in der Tscherniak-Affäre, jetzt die Schweiz — beschämen die großen Staaten, indem sie von Zeit zu Zeit wenigstens der Sprache des Kulturgewissens Gehör geben. —

Niederlande.

Die Demission.

Haag, 12. Februar. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident de Meester, daß infolge Ablehnung des Kriegsbudgets durch die Erste Kammer die Minister sich veranlaßt gesehen haben, der Königin ihr Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Die Sitzung der Kammer wird hierauf auf Antrag des Ministeriums auf unbestimmte Zeit vertagt. —

Montenegro.

Die Todesstrafe abzuschaffen (außer bei Fällen von Hochverrat) bezweckte eine Vorlage, die der Skupstina am 8. v. M. auf Veranlassung des Fürsten unterbreitet wurde. Die Skupstina nahm die Vorlage an!

In „Kulturstaaten“ wie Deutschland darf der Herrscher noch immer seines lieblichen Amtes walten. —

Persien.

Der neue Herr.

Teheran, 11. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Schah ließ heute Abend dem Parlament eine Kundgebung zugehen, in welcher er die „Erfüllung aller Wünsche des Volkes“ verspricht und auch ausdrücklich gestattete, daß die Regierung des Landes als eine konstitutionelle bezeichnet wird. Die Kundgebung des Schahs wurde nach Teheran telegraphiert, wo eine Volksmenge das Arsenal besetzt und die Bureaus der Verwaltung geschlossen hatte. Gegenwärtig ist die Ruhe dort vollständig wiederhergestellt. —

Es ist sehr tütig vom neuen Schah, daß er „seinem“ Volke gestattete, die Regierung als „konstitutionell“ zu bezeichnen. Aber das will nicht viel besagen; nennt sich doch z. B. die deutsche Regierungsform, ja sogar die russische auch „konstitutionell“. Aus der ganzen Fassung der Reuters-Depesche geht deutlich hervor, daß dem guten Schah die Angst um seinen Thron, die Furcht vor den gemeldeten Kundgebungen so freundliche Worte diktiert hat. Nach Tische lesen's die Fürsten gewöhnlich anders. Offenlich läßt das Persevolk sich nicht ewig durch billige Redensarten beschwächen, sondern fordert endlich sein Recht. —

Soziales.

Unzulässige Lohnbeschlagnahme.

Das Lohnbeschlagnahmegesetz und die Lohnbeschlagnahmeverbote finden keine Anwendung, insoweit der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 Mark für das Jahr übersteigt. (§ 4 Ziffer 4.) In der Praxis wird seit einigen Jahren entgegen dem Geiste diese Vorschrift häufig so angewendet, als ob im Gesetz stünde: „insoweit der Monatsbetrag 125 Mark“ oder „insoweit der Tagesbetrag 3,11 M.“ übersteigt. Dieser nach dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des § 4 Nr. 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes unzulässigen erheblichen Beschränkung des Beschlagnahmeverbotes ist das Effener Arbeitersekretariat durch Beschlagnahme gegen einen amtsgerichtlichen Beschluß entgegengetreten, der die Pfändung des monatlich 125 Mark übersteigenden Betrages anordnet. Das Landgericht hat darauf durch folgenden, jetzt veröffentlichten Beschluß diese Beschlagnahme für unzulässig erklärt, zugleich aber einen Ausweg eingeschlagen, dem gleichfalls die gesetzliche Unterlage fehlt. Der landgerichtliche über die Sach- und Rechtslage orientierende Beschluß aus dem Jahre 1905, dem ein gleichlautender unter dem 29. März 1906 gefolgt ist, lautet:

Der angefochtene Beschluß und der Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß vom 8. April 1905 werden aufgehoben. Es wird nachstehender Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß erlassen:

Wegen des Anspruches des Gläubigers aus dem vollstreckbaren Urteile des Königlichen Amtsgerichts in Vorfeld vom 10. Dezember 1904 im Betrage von 24,40 Mark, wegen 36,72 Mark Kosten und Auslagen sowie wegen der Kosten für den erstinstanzlichen Beschluß wird die angeklagte Lohnforderung des Schuldners an die Verwaltung der Gehele „Hagenbeck“ in Essen-West auf Höhe der vorgenannten Beträge insoweit gepfändet und dem Gläubiger zur Einziehung überwiesen, als die Lohnforderung den Betrag von 1500 M. jährlich übersteigt. Der Schuldner hat sich jeder Verfügung über die Forderung, soweit sie gepfändet ist, zu enthalten.

Die Drittschuldnerin darf an den Schuldner allmonatlich nicht mehr als 125 M. auszahlen und hat einen etwaigen Uebererschuß bis zum Schlusse des Kalenderjahres zurückzuhalten. Sofern sich alsdann ergibt, daß der Jahresverdienst des Schuldners 1500 M. übersteigt, ist der überbleibende Betrag von der Summe der zurückgehaltenen Beträge an den Gläubiger auszuzahlen.

Eine Gewähr für die Beschlagnahme kommt nicht in Ansatz; die baren Auslagen hat der Gläubiger zu tragen.

Von Rechts Wegen.

Gründe:

Das Amtsgericht als Vollstreckungsgericht hat wegen der Forderung des Gläubigers nebst Kosten und Auslagen die Lohn-

forderung des Schuldners insoweit gepfändet, als sie 125 Mark monatlich übersteigt.

Eine hiergegen vom Schuldner angebrachte Erinnerung aus § 706 Z. P. O., mit der er Aufhebung des Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses begehrte, weil sein Jahresverdienst weniger als 1500 Mark betrage und daher nicht gepfändet werden könne, ist durch Beschluß des Amtsgerichts vom 8. November 1905 zurückgewiesen worden, weil der erlassene Beschluß den gesetzlichen Bestimmungen entspreche.

Das Amtsgericht führt aus: Bei schwankenden Einnahmen habe eine Berechnung des wirklichen Jahresverdienstes stattzufinden, und es sei an jedem Zahlungstermin soviel zu pfänden, als die Quote des Uebererschusses über 1500 Mark betrage. Erweise sich der endgültige Jahresverdienst als geringer, so könne der Schuldner allerdings das zurückfordern, was unter Außerachtlassung dieses Uebererschusses ihm abgepfändet sei. Ob solches aber der Fall sei, könne jetzt noch nicht ermittelt werden. Gegen diesen Beschluß hat der Schuldner sofortige Beschwerde eingelegt mit dem Antrage:

„den Beschluß aufzuheben und den Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß vom 8. April 1905 außer Kraft zu setzen.“

Der Schuldner ist der Meinung, daß der vom Amtsgericht erlassene Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß den Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmegesetzes widerspreche.

Die sofortige Beschwerde ist nach § 703 der Zivilprozessordnung an sich statthaft und in rechter Form und Frist eingelegt. Sie mußte zu einer Aufhebung der beiden Beschlüsse der Vormtang und zum Erlasse eines anderweitigen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses führen.

Nach § 4 Ziffer 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes ist eine Lohnforderung nur insoweit pfändbar, als ihr Gesamtbetrag die Summe von 1500 M. jährlich übersteigt.

Hieraus ergibt sich schon, daß die Pfändung nur auf den 1500 M. jährlich übersteigenden Betrag erfolgen und der Tenor des Pfändungsbeschlusses nur dahin abgestellt werden darf. Ganz besonders trifft dies aber dann zu, wenn es sich um in ihrer Höhe noch schwankende Einnahmen handelt, die also in einigen Monaten mehr als ein Zwölftel von 1500 M., in anderen Monaten weniger betragen.

Die Schwierigkeit liegt im letzterwähnten Falle darin, in welcher Weise und Höhe an den einzelnen Zahlungsterminen die Beschlagnahme erfolgen soll. Caupp-Stein (Z. P. O. Band 2 Num. 8 Ziffer 1 zu § 850 S. 368), dem sich der Vorderrichter anschließt, will bei schwankenden Einnahmen eine Berechnung des wirklichen Verdienstes für das ganze Kalenderjahr stattfinden und an jedem Zahlungstermine so viel pfänden lassen, als die Quote des Uebererschusses über 1500 M. beträgt.

Diese Pfändungsweise räumt aber die bei schwankenden Einnahmen durchweg und im vorliegenden Falle insbesondere vorliegende Schwierigkeit nicht aus, die darin besteht, daß im voraus noch völlig unbestimmt ist, ob der Schuldner überhaupt ein Jahresverdienst von 1500 M. oder darüber haben wird. Es ist durchaus unmöglich, eine Berechnung eines Jahresverdienstes im voraus anzustellen, der infolge von Krankheit, Ausfällen oder sonstigen Ursachen seiner Höhe nach völlig unsicher ist. Insbesondere kann nicht so verfahren werden, daß der monatlich 125 M. übersteigende Betrag gepfändet wird. Der Vorderrichter gibt selbst die Möglichkeit zu, daß hierbei der Schuldner in die Lage kommen könne, etwas zurückfordern zu müssen, weil sich am Schlusse des Jahres ergebe, daß ihm zuviel abgepfändet sei. Diese Möglichkeit einer Rückempfändung, also einer ungesetzlichen Pfändung muß unter allen Umständen vermieden werden.

Der einzige Ausweg bietet sich dadurch, daß der 125 M. monatlich übersteigende Betrag von dem Drittschuldner bis zum Schlusse des Kalenderjahres zurückbehalten wird, daß a l s d a n n der Jahresverdienst ermittelt wird, was ohne weiteres möglich ist, und daß ein etwa vorhandener Uebererschuß an den Gläubiger ausbezahlt wird. Diesen Ausweg hat das Oberlandesgericht Stettin (Rechtsp. der D. L. G. Band 6 S. 418) gewählt. Das Beschwerdegericht hält ihn für den allein den gesetzlichen Bestimmungen und den Interessen aller Beteiligten entsprechenden und hat ihn daher nach längerem Schwanken in der vorliegenden Frage sich zu eigen gemacht.

Daher rechtfertigt sich die auf die Beschwerde getroffene Entscheidung.

Wegen der Kosten ist nach § 45 des deutschen Gerichtskosten-

gesetzes und § 91 Z. P. O. entschieden worden. Es ist bedauerlich, daß nicht auch gegen diesen Beschluß Beschwerde erhoben ist. Denn er ist, wenigstens günstiger als der angegriffene Beschluß, doch ebenfalls insoweit ungesetzlich, als er die Einbehaltung des 125 M. übersteigenden Monatsbetrages anordnet. Nach dem klaren Wortlaut des § 4 Nr. 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes ist eine Beschlagnahme unstatthaft, wenn ein jährlicher Gesamtbetrag nach dem Betrage nicht zu fordern oder nicht tatsächlich verdient ist. Das zeigt noch deutlicher als dieser die Entstehungsgeschichte des Lohnbeschlagnahmegesetzes, auf die wir bei der großen Wichtigkeit des Lohnbeschlagnahmeverbotes für die Arbeiterklasse und gegenüber der seit einigen Jahren grassierenden häufigen falschen Auslegung dieser Vorschrift ausführlicher eingehen.

Der in der Reichstagsdebatte 1889 dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf wollte die Beschlagnahme nur soweit beschränkt wissen, als der Lohn nicht zum notwendigen Unterhalt des Schuldners selbst und der von ihm nach gesetzlicher Vorschrift zu alimentierenden Familienmitglieder erforderlich sei; billiges richterliches Ermessen sollte im Einzelfall die Höhe der Notdurft festsetzen. Dieser Vorschlag fand die Billigung der Kommission und des Reichstags nicht. Man wollte zukünftigen Lohn von der Beschlagnahme gänzlich ausschließen. Nur eine Ausnahme machte die Kommission (und nachher das Plenum): es sollten der Gehalt und die Dienstbezüge der im Privatdienst dauernd angestellten Personen, soweit der Gesamtbetrag 1200 M. (beziehentlich nach der Zivilprozessnovelle vom 30. Januar 1877 1500 M.) jährlich übersteigt, der Beschlagnahme unterliegen. Ein dauerndes Dienstverhältnis in diesem Sinne sollte jedoch nur angenommen werden, wenn es mindestens auf ein Jahr bestimmt oder bei unbestimmter Dauer eine mindestens dreimonatige Kündigungsfrist hätte. Nr. 4 des § 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes lautete:

4. Auf den Gehalt und die Dienstbezüge der im Privatdienst dauernd angestellten Personen, soweit der Gesamtbetrag die Summe von 1500 M. jährlich übersteigt, als dauernd in diesem Sinne gilt das Dienstverhältnis, wenn dasselbe gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig mindestens auf ein Jahr bestimmt oder bei unbestimmter Dauer für die Ausübung einer Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten einzuhalten ist.

Diese Fassung ließ klar erkennen, daß der Lohn in der Regel übersteigenden Beträge der Beschlagnahme unterliegen sollte. Die Handhabung der Praxis entsprach auch dieser Auffassung. Die Fassung des Gesetzes führte häufig dazu, die Vorschriften zu umgehen; es wurde bei tatsächlich jahrelang dauernden Dienstverhältnissen mit hohen Bezügen eine kürzere Kündigungsfrist und eine kürzere Vertragsdauer stipuliert, so daß auch gegen 1500 M. bei weitem übersteigenden Lohnbeträgen eine Pfändung oft unmöglich war. Um diesem nicht gewünschten Mißstand entgegenzutreten und da das Bürgerliche Gesetzbuch eine dauernde Anstellung in dem Sinne der früheren Nr. 4 des § 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes nicht kennt, wurde durch die Zivilprozessnovelle vom 17. Mai 1898 (zu § 749 Z. P. O.) und durch den Art. III des Einführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung die jetzige Fassung des § 4, Nr. 4 vorgekommen. Daraus ist im Gegenfalle zu früher, einerseits die Grenze, über welche hinaus die Pfändung gestattet ist, in dem Gesetz selbst auf 1500 M. festgesetzt, andererseits die Pfändung mit dieser Beschränkung auch bei anderen als dauernd angestellten Personen zugelassen worden. (Aus den Motiven.) Es ergibt also auch die Entstehungsgeschichte der jetzigen Fassung, daß der Arbeitslohn innerhalb des Gesamtbetrages von 1500 Mark unpfändbar sein und daß erst über diese Grenze hinaus eine Pfändung zulässig sein sollte. Erreicht der Gesamtbetrag des wirklich verdienten Lohnes, nicht des

Lohnes, der verdient sein würde, wenn das Arbeitsverhältnis ein Jahr dauert, nicht den Betrag von 1500 M. jährlich, so ist der Lohn unpfändbar. Eine entgegenstehende Praxis entspricht nicht dem Gesetz. Auch die Einbehaltung und Zurücklegung des 125 M. übersteigenden Lohnbetrages, wie das Stettiner Oberlandesgericht und das Essener Gericht für zulässig erachtet, entbehrt jeglicher gesetzlichen Grundlagen. Hat jemand zehn Monate hindurch insgesamt 1500 M. verdient, so kann der Lohn der folgenden Monate restlos mit Beschlag belegt werden. Ein Aufsammlen, wie es die mitgeteilte Judikatur will, widerspricht dem Gesetz und dem sozialen Gedanken des Lohnbeschlagnahmengesetzes von 1889.

Gewerkschaftliches.

Wieder ein christlicher Streikbruch.

Nach Ausbruch des Kohlenarbeiterstreiks in München forderte die Leitung der christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder zum Streikbruch auf. Diesem Ruf leisteten aber nur ganz wenige Christliche Folge. Nun erklärt die Leitung der christlichen Gewerkschaften in München in allen bayerischen Zentrumsblättern einen Aufruf:

„Was die christlich organisierten Holzarbeiter Kölns im Jahre 1904 getan haben, das muß jetzt in München wiederholt werden. Das Wort des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Schäfer, soll auch hier gelten: 'Wir werden uns die Anerkennung zu erzwängen wissen!' Die Existenz der christlichen Gewerkschaftsbewegung Münchens steht auf dem Spiel; deshalb: Auf, christliche Arbeiter, (zum Streikbruch) nach München!'

Diese schamlose Streikbrechergesellschaft ist noch schlimmer als die Gelben. Während diese sich offen als Streikbrechertruppe bekennen, täuschen die „Christen“ den Arbeitern vor, sie seien eine Gewerkschaft zum Kampfe gegen das Unternehmertum! Dieser Streich der christlichen Führer wird nun den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften endlich vollends die Augen öffnen und sie veranlassen, ihre Führer den Gelben zu schenken und selbst als Mitglieder den freien Gewerkschaften beizutreten.

Daß die christlichen Arbeiter bei weitem nicht so schlecht sind, als ihre „Führer“ — von ihnen denken, beweist folgender Brief, den der Hauptvorstand des christl. Hilfs- und Transportarbeiterverbandes an den Vorsitzenden der Zentrale Kolbermoor sandte. Der interessante Brief hat folgenden Wortlaut:

Zentralverband der Hilfs- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen u. verw. Berufe Deutschl.
München, 6. Februar 1907.

Herrn A. Gosbed in Kolbermoor!
Deine Karte erhalten und sehe, daß Ihr, trotzdem wir Euch die Fahrt zahlten, überhaupt nicht zur Unterstützung unserer Kollegen nach dem Konsumverein (München) gegangen seid, wo es unsere Aufgabe ist, den Betrieb hochzuhalten, da wir einen Tarif abgeschlossen haben. Es ist leider traurig, daß solche unfähige Vorstände, wie Du selbst, dabei bist, bei so wichtigen Angelegenheiten die Verbandsleitung vollständig im Stiche lassen, noch mehr aber geht Euer Gesinnungslumperei, indem Ihr um ein Judaslohn von den Notwendigkeiten unserer Verbandsbücher ausgeliefert habt und wir mit Euch nichts mehr zu tun haben.

Mit solch unzuverlässigen Leuten, die den eigenen Verband durch Unterstützung der Sozialdemokraten in den Rücken fallen, wollen wir nicht mehr zusammenarbeiten und sind sämtliche Mitglieder von Kolbermoor, soweit sie unseren Anordnungen nicht vollzogen haben, aus dem Verbands ausgeschlossen. Wir haben also zunächst mit Sie als Vorstand wie mit den anderen nichts mehr zu tun und könnt Ihr getrost bei den Sozialdemokraten warm halten.

Franz Weizler,
II. Vorstand.

Der „unfähige“ Vorstand in Kolbermoor und seine sämtlichen Mitglieder sind also aus dem christlichen Verbands ausgeschlossen worden, weil sie an dem gewerkschaftlich betriebenen Arbeiterberrat dieser Unternehmungskategorie nicht auch profitieren wollten. Sie haben eben eine andere Auffassung von den Aufgaben einer Gewerkschaft als der gesinnungsfähige zweite Vorstand Weizler, und deshalb haben sie durch diesen Ausschluß in den Augen anständiger Leute an Ehre und Ansehen nur gewonnen.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Montag wurde in einer Vertrauensmännerversammlung der Bildhauer festgestellt, daß 208 Holzbildhauer von der Ausperrung betroffen sind. Es handelt sich um um Bildhauer, die in Tischlereibetrieben beschäftigt waren, wo sie teils mit den Tischlern gleichzeitig ausgesperrt wurden, teils aus Solidarität mit den Tischlern die Arbeit niederlegten. Der Verein der selbständigen Bildhauer beteiligte sich nicht an der Ausperrung, infolgedessen werden die in Bildhauerbetrieben beschäftigten Gehilfen auch nicht ausgesperrt. Es wird aber streng darauf gesehen, daß in diesen Betrieben keine Arbeiten für solche Tischlerarbeiten angefertigt werden, welche ihre Arbeiter ausgesperrt haben. Besonders kommt hier die Firma Himmel in Frage, deren Betrieb infolge Ausperrung und Arbeitsniederlegung unterbrochen ist und die nun versucht, einen größeren Posten Bildhauerarbeiten in anderen Werkstätten anfertigen zu lassen. Ueberall, wo derartige Arbeiten aufstehen, sollen sie unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Diesmal schickt uns Herr Mahardt selbst eine Verächtung, statt wie sonst irgend einen seiner untergebenen Tischlermeister zu einer solchen zu veranlassen. Er schreibt mit Bezug auf eine Notiz in unserer Sonnabendnummer:

Es ist nicht wahr, daß ich in einer Tischlermeisterversammlung ausgeführt habe, die Differenz in den Angaben beider Organisationen über die Zahl der Ausgesperrten erkläre sich daraus, daß die Arbeitgeber die seit Weihnachten entlassenen, die Arbeiter aber die vom 14. Januar arbeitslos gewordenen Arbeiter zählen.

Es ist auch nicht wahr, daß ich gesagt habe, die Ausperrung habe schon zu Weihnachten, also 3 Wochen vor Ablauf des Tarifvertrages, begonnen.

Wir hatten die tatsächlichen Angaben der Notiz der „Volkzeitung“ entnommen. Dieser scheint Herr Mahardt keine Verächtung geschickt zu haben. — Was Herr Mahardt im zweiten Teil seiner Verächtung bestritt, haben wir nie als eine Äußerung hingestellt, sondern nur aus dem Vorausgegangenen als Jugendsündchen ertrahiert. Übrigens sollte der Vorwurf des Tarifbruchs Herrn Mahardt nicht so aufregen. Er war es doch, der, während vor dem Gewerbegericht nach Verhandlungen schwebten, die Unternehmer der Holzindustrie mit seiner Namensunterstützung aufforderte, die Arbeiter vor Ablauf des Tarifs auf die Straße zu werfen! Das schafft Herr Mahardt durch seine Verächtung aus der Welt.

Der Stimmungsmache dient ein in der vorigen Nummer der „Volkzeitung“ abgedrucktes längeres Gedicht. Es ist in dem halbwegs vollen Stil der Traktatenspoesie gehalten. Unter der Ueberschrift „Bekanntnis eines Arbeiters“ wird den Lesern vorgebildet, wie ein Arbeiter durch wüste Reden — in der Schenke natürlich — zum hahnenfüßigen Sozialdemokraten geworden ist, der nicht mehr auf Berantw. Redakteur: Hans Weter, Berlin. Inzeratenteil verantw.;

zum Arbeiten hat, von seinem Meister deshalb entlassen wird, und, nachdem er sechs Wochen arbeitslos war, mit seinem Kinde auf die Straße sinkt, betet, und nun wieder ein gottesfürchtiger, löstigeiter und arbeitswilliger Mensch wird, dem es natürlich wohl geht. — Wir sind in der Lage, der „Volkzeitung“ zu ihrem „Bekanntnis eines Arbeiters“ ein Gegenstück zu liefern und zwar das „Bekanntnis eines Arbeitgeberverbandlers“. Unser beehrter Arbeitgeberverbandler hat vor dem beehrten Arbeiter der „Volkzeitung“, der nur in der Phantasie des „Dichters“ existiert, den Vorzug, daß er in mehr als einem Exemplar in Ver... leibhaftig lebt. Also hören wir ihn selber.

Bekanntnis eines Arbeitgeberverbandlers.

Wohl muß' ich mich redlich mühen und plagen,
Doch ging mein Geschäft, ich konnte nicht klagen.
Auch mit den Gefellen — ich hatt' deren neun —
Kommt ich durchaus zufrieden sein.

Da kamen die Herren vom Schutzbund,
Sie haben das Haus mir eingeräumt,
Mit Schornfahrröcken mir zugekehrt
Und mich gegen meine Gefellen verkehrt.
Den Arbeitern — sagten sie — sei nicht zu trauen,
Wenn sie auch jetzt friedlich Schränke bauen,
So gehe doch dahin ihr Sinne und Trachten,
Uns später „einzeln abzuschlachten“.
Jetzt sei es Zeit, den Gefellen zu zeigen,
Daß uns die größere Macht zu eigen,
Wenn wir die Arbeiter jetzt entlassen,
So sprengen wir ihres Verbandes Kassen,
Und sei ohne Geld erst ihr Verband,
Dann äßen die Arbeiter uns aus der Hand. —

O Narr, daß ich auf die Reden gehört,
Mit denen man nur den Sinn betört,
Fünf meiner Gefellen sperre ich aus,
Die andern vier gingen dann selber hinaus.
Jetzt steht meine Werkstatt seit Wochen leer
Und mir ist der Kopf von Sorgen schwer.
Wo sonst so lustig die Späne flogen,
Da ist jetzt Trübsal eingezogen.

Schon seh' ich, wie sich meine Kunden verlaufen
Und bei meinen Konkurrenten laufen,
Den großen Herren vom Schutzbund,
Deren Lager gefüllt sind bis zum Rand,
Die uns Kleinmeister in den Kampf getrieben,
Um selber Fische zu fangen im Trüben.
Bei den Herren wird das Geschäft nicht gestört,
Doch wir, die auf ihren Lokus gehört
Und mit ihnen in den Kampf gezogen,
Wir sind ja fürchterlich betrogen.

Ich weiß seh' ich, wie die Arbeiter trachten,
Uns Meister einzeln abzuschlachten,
Jedoch das Eine mir sicher ist:
In Massen würd' uns der Kapitalist
Und freut sich, sieht er uns qualvoll sterben.
Er weiß ja doch, er wird uns beerben.
Folgt ich den Großen, dann bin ich verloren,
Dann hab' ich den Henker mir selbst erkoren.
Ich will nicht mehr mit dem Schutzbund ziehn,
Denn jetzt seh' ich's ein, das ist mein Ruin.
Bald hätt' mich der Meitegeier am Stragen,
Dum hab' ich mich mit den Gefellen vertragen,
Hab' ihnen zum Frieden gereicht die Hand. —
Vom Arbeitgeber-Schutzbund
Hab' ich mich für alle Zeit empfohlen,
Mag ihn meinewegen der Teufel holen.

Der Streit der Werkzeugmacher ist aufgehoben. In der letzten Versammlung der Ausständigen wurde die Weiterführung des bereits 17 Wochen andauernden Streiks als aussichtslos bezeichnet. Infolgedessen faßten die Anwesenden den Beschluß, den Streik aufzuheben. Die meisten der ausständigen Werkzeugmacher sind daraufhin wieder zu den früheren Bedingungen an ihre alten Plätze in den Spezialbetrieben zurückgekehrt.

Ächtung, Herren-Maschine! Wegen Maßregelung des Vertrauensmannes ist die Firma Heinz, Franz, Marktgraben 67, gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Bei der Daimler Motoren-Gesellschaft zu Marienfelde besteht schon seit einiger Zeit eine recht unbehagliche Spannung zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebsleitung. Erst unlängst legte der gesamte Arbeiterausschuß daselbst sein Amt nieder, weil dessen Mitglieder von dem Direktionsvertreter in brüsker und unwürdiger Art behandelt worden waren und offensichtliche Maßregelungen „unliebsamer“ Personen vorgenommen wurden. Kürzlich ist der Direktor nun noch einen guten Schritt weiter gegangen. Er benutzte einen Raschindeseffekt als willkommenen Vorwand, um plötzlich circa 100 Arbeiter zu entlassen. Gleichzeitig erfolgte aber auch wieder die Entlassung mehrerer Obleute und früherer Subkommissionsmitglieder des Arbeiterausschusses unter den fadenhörnigsten Gründen. Das Ersuchen verschiedener Arbeiterkategorien, bis zur Behebung des Raschindeseffekts doch in verkürzter Arbeitszeit arbeiten zu lassen und Entlassungen zu vermeiden, wurde schroff abgelehnt. Augenscheinlich stützte sich der Direktor hierbei auf den Widerwillen einer Anzahl Kirch-Dunderscher Gewerksvereiner gegen die verkürzte Arbeitszeit. Hatten diese Verbände durch einen ihrer Obleute doch rund heraus erklären lassen, das Schicksal der entlassenen Arbeitskollegen könne sie nicht soweit berühren, daß sie zu deren Gunsten etwa mit einer verkürzten Arbeitszeit und damit gleichzeitig auch mit einem geringeren Verdienst vorlieb nehmen würden. Mit einer Arbeitszeit von sechs oder sieben Stunden und dem dadurch entsprechend reduzierten Verdienst könne heutzutage niemand auskommen. Die Entlassenen müßten eben sehen, wie sie ohne Arbeit durchkämen. Das sei nun einmal nicht anders; jeder sei sich selbst der Rache. Es war dies die übliche Verächtung Kirch-Dunderscher „Solidarität“. Hinsichtlich der gemäßigten Obleute aber erklärte Herr Direktor Sprange, er halte jetzt die Zeit für gekommen, um den Betrieb von den friedliebenden Elementen zu säubern, denn diesen schreibe er es zu, daß sich kürzlich der „Vorwärts“ in einer abfälligen Kritik mit verschiedenen „Meinungen“ Unterlassungen in sanitärer und sonstiger Beziehung seitens der Leitung des Marienfelder Daimler-Werks befahte und so das Ansehen des Werkes in der Öffentlichkeit herabsetzte.

Mit diesen Vorwommnissen beschäftigte sich nun am Montag im „Alten Assanier“ zu Marienfelde eine stark besuchte Betriebsversammlung der Daimlerschen Arbeiter. Die verschiedenen Redner waren mit sämtlichen Anwesenden der Meinung, daß es dem Direktor mit seinen selbstherrlichen Maßnahmen lediglich darauf ankomme, einen Streik zu provozieren. Im vorigen Jahre ist dort nämlich zwischen der Betriebsleitung und der Lohnkommission der Arbeiter eine Vereinbarung über die zu zahlenden Akkordsätze zustande gekommen. Die auf Grund dieser Vereinbarung geltenden Akkordverdienste erschienen dem Direktor jetzt aber als zu hoch. Nach Äußerungen von Betriebsangehörigen plant er deshalb zum 1. April eine teilweise recht erhebliche Reduzierung der Löhne. Zwar hat der Herr Direktor beim Abschluß jener Vereinbarungen den nunmehr entlassenen Subkommissionsmitgliedern eine Verlängerung der Abmachungen auf weitere zwei Jahre in Aussicht gestellt. Jedoch scheint es den Arbeitern, als habe er sich seines damaligen Versprechens durch die ebenso einfache wie bequeme Art entledigen wollen, daß er jene Kommissionsmitglieder jetzt rechtzeitig auf's Plaster warf. Neben den verschiedenen Vertrauensleuten erklärte auch der erste Bevollmächtigte Cohen vom Metallarbeiterverband, daß die Arbeiter das Manöver der Betriebsleitung sehr wohl durch-

schauen und sich zu einer ihnen unglückigen Zeit nicht provozieren lassen. Wenn der Direktor der Meinung ist, daß die Daimler-Werke zu Marienfelde zu teuer arbeiten, so möge er die Ursachen hierzu in der teilweisen Unfähigkeit und technischen Unzuverlässigkeit der Anordnungen verschiedener Abteilungschefs suchen, nicht aber in den angeblich zu hohen Löhnen der Arbeiter; denn diese sind nicht höher wie in anderen ähnlichen Betrieben des Motorwagenbaues. Als eine recht unerfreuliche Tatsache wurde es in der Versammlung auch bezeichnet, daß die durchschnittliche Höhe von nicht weniger als 4500 M. pro Jahr erreicht haben. Angeblich sollen diese Strafgehälter zu Unterstützungszwecken für die Arbeiter verwandt werden. Nach den Mitteilungen der Kommissionsmitglieder sind aber nur etwa 200 bis 400 M. jährlich als Unterstützungsgelder zur Auszahlung gelangt. Ueber den Verbleib der „Rest“ summe ertheilte der Direktor bei einer Nachfrage des Arbeiterausschusses nur sehr ungenügende Auskunft; eine Einsichtnahme in die Bücher aber verweigerte er rundweg. Die Versammelten waren einmütig der Ansicht, daß es zwar auf die Dauer in dem Betriebe so nicht weiter gehen könne. Vor der Hand aber sei es ungewöhnlich, energische Gegenmaßnahmen in Anwendung zu bringen. Dessen aber könne die Direktion versichert sein: Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht.

Deutsches Reich.

Ein politischer Gewerkschaftskampf.

Unter den Nachwehen der Hottentottenwahlen hat auch der Deutsche Löffelverband etwas zu leiden. In Giesensbrügge bei Soldin wurde der Vertrauensmann der Löffel der dortigen Ofenfabrik, der auch zugleich Kassierer des Soldiner Wahlvereins ist, wegen der hervorragenden Anteilnahme der dortigen Löffel an der Wahlagitiation hinausgemergelt, und das, nachdem er 14 Jahre ununterbrochen in der Fabrik tätig gewesen ist. Seine Kollegen, welche sich solidarisch erklärten und die Wiedereinstellung verlangten, erhielten von der Direktion ebenfalls die Entlassung. Die Löffel der menschenfreundlichen Fabrik befinden sich nun im Streik um die Anerkennung der politischen Organisations- und wegen der Zurücknahme der Maßregelung ihres Vertrauensmannes. Zu bemerken ist noch, daß die Giesensbrügger Ofenfabrik ein „Aktienunternehmen“ ist, an dem zirkel ein Schoßaktionäre beteiligt ist, meistens Soldiner Kleinrentner und Kleinunternehmer. Die Antwort der Soldiner Arbeiterschaft auf die Brutalität dieser kleinen bescheidenen Schornfahner kann nur sein die intensive Propagierung der Konsumvereine. — Auch der Vorsitzende des Soldiner Wahlvereins, der bei einem dortigen kleinen Tischlermeister beschäftigt war, ist entlassen worden. — In dem auch nicht weit entlegenen Städtchen Neudamm befindet sich ebenfalls eine Ofenfabrik, und betrachteten es auch die hierin beschäftigten Löffel als Ehrenpflicht, anlässlich der Reichstagswahl für unsere Partei Propaganda zu machen. Da diese Gewerkschaft schon seit Jahren im Winter nur bei bedeutend verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden, hielten sie es für angebracht, während der Wahlperiode 10—14 Tage völliig auszusehen, um sich desto rüchhaltiger der Wahlagitiation widmen zu können. Der Erfolg der Agitation war ein guter, allein in Städtchen Neudamm quollen am Wahltag 99 sozialdemokratische Stimmen aus der Kne. Das hat aber die Fabrikleitung verschmüpft. Als die Löffel nach getaner hahlarbeit am Tage nach der Wahl wieder die Arbeit aufnehmen wollten, erklärte die Leitung, daß es nun ihr „noch nicht passe“ und sie ließ die Genossen nach für die Wahlwoche aussetzen. Das hat den Genossen nun weiter nicht wehe getan, sie folgten der „höheren Weisung“, in dem schönen Bewußtsein, für ihre Partei gute Arbeit geleistet zu haben. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner aber sind Loren, wenn sie vermögen, mit solchen kleinlichen Kadelstischen unserer Sache Abbruch tun zu können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bibel oder Babel?

Berlin, 12. Februar. Seine Majestät der Kaiser empfing heute die Präsidenten und eine Abordnung hervorragender Mitglieder des schlesischen und des rheinländisch-westfälischen Vereins des souveränen Malteser-Ritterordens, um die Ernennungsbulle nebst den Insignien eines Großkreuzes und Ehrenbailis des Ordens entgegenzunehmen. Der Vorsitzende des Vereins der schlesischen Malteser, Ehrenbaili Graf Praxma, überreichte Seiner Majestät die Insignien mit einer Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführte:

In der gegenwärtigen Zeit ist es nicht mehr der Halbmond, der die christliche Welt bedroht, wohl aber ein noch gefährlicherer Feind — der Geist des Unglaubens, des Amsurzes, der Leugnung der göttlichen und jeder menschlichen Autorität. Gegen diesen den ritterlichen Kampf zu führen, zum Schutze von Thron und Altar ist die vornehmste Pflicht des altherwürdigen Johanniter Malteser-Ordens, auch des evangelischen Zweiges desselben!

In der Antwort des Kaisers heißt es:
Wenn auch im Wandel der Zeiten die Tätigkeit und der Wirkungsbereich des altherwürdigen Ordens eine Einschränkung erfahren haben, die alten Rittertugenden behalten immer ihre Bedeutung, und gerade in unseren Tagen ist jeder einzelne ritterlich gesinnte Mann von unschätzbarem Werte für die Allgemeinheit. Ihr Gelübde bürgt mir dafür, daß Sie alle auch in dem Kampfe gegen den menschenfeindlichen Geist des Unglaubens und des Amsurzes sich als wahre Ordensritter erweisen werden.

Berschüttet.

Eisenach, 12. Februar. (B. S.) Drei schlesische Bahnarbeiter, die in dem benachbarten Salzungen mit Abgrabungen von Erde beschäftigt waren, wurden von den abstürzenden Erdmassen verschüttet und konnten nur noch als Leichen hervorgeholt werden.

Sieben Personen verbrannt.

Stuttgart, 12. Februar. (B. S.) Im nahen Bergenthal brach in einem Familienhaus Feuer aus. Sieben Personen wurden verbrannt. Man nimmt an, daß sie in den Flammen umgekommen sind.

Genickstarren-Epidemie.

Glasgow, 12. Februar. (B. T. S.) Heute sind hier 11 Personen an Genickstarren gestorben und 10 erkrankt. Im Ganzen befinden sich im Hospital gegenwärtig 71 an Genickstarren erkrankte Personen.

Die neue Schiffskatastrophe.

New York, 12. Februar. (B. T. S.) Der Kapitän des gesunkenen Dampfers „Laramont“ erklärte einem Vertreter der „Associated Press“, er habe zwischen 150 bis 200 Passagiere an Bord gehabt, nur acht hätten sich gerettet. — Wie sich herausstellt, ist ein Teil der Passagiere ertrunken und ein anderer Teil in der grimmigen Kälte in den Rettungsbooten oder in den eigenen Planken erfroren. (S. Vermischtes.)

New York, 12. Februar. (B. T. S.) Nach den letzten Meldungen wurden von den 150 bis 200 Personen an Bord des Dampfers „Laramont“ 19 Personen gerettet.

New York, 12. Februar. Neunzehn Ueberlebende vom Dampfer „Laramont“ sind heute auf fünf Booten und vier aus Trümmern zusammengezeichneten Fischen, auf denen sie auch ein Tote mit sich führten, auf Bloß Island angefangen, nachdem sie in schwerem Sturm und hochgehender See furchtbare Kämpfe bestanden hatten. Paul Singer & Co., Berlin SW. Dienstag 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. Dienstag, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Arnim-Griewen.

Die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt beim Titel „Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen und Pommern“.

Wichtigste Rede zur Beratung die Denkschrift über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen und Pommern im Etatsjahr 1905.

Abg. Habel (natl.): Durch die neuen Handelsverträge sind den landwirtschaftlichen Produkten angemessene Preise gesichert worden, aber die Landwirtschaft hat jetzt schwer zu leiden unter dem Arbeitermangel.

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Griewen: Die An siedelung von Landarbeitern ist das wichtigste Mittel, der Leutenot zu feuern.

Abg. Graf Wröben (kon.): Die Leutenot auf dem Lande ist groß. Oft können die Besitzer nicht einmal zum Ackerbau zu erhalten, und deshalb wird die Regierung allen Versuchen, die Hilfe herabzumindern, entgegenzutreten!

Abg. Graf Wröben (kon.): Die Leutenot auf dem Lande ist groß. Oft können die Besitzer nicht einmal zum Ackerbau zu erhalten, und deshalb wird die Regierung allen Versuchen, die Hilfe herabzumindern, entgegenzutreten!

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Griewen führt aus, daß bereits in den letzten Jahren die innere Kolonisation in größerem Umfange vorgenommen worden sei.

Abg. Dr. v. Woyne (frl.) vermißt eine methodische Znangriffnahme der inneren Kolonisation in der Provinz Hannover.

Abg. Goldschmidt (fr. Bg.): Die Leutenot auf dem Lande ist, wie der verstorbene Abgeordnete Hirsch einmal treffend sagte, ein Schlüssel zum Schicksal der Leute.

Abg. v. Bodelberg (L.): Die Landarbeiterverhältnisse brauchen den Vergleich mit den Verhältnissen der südlichen Arbeiter nicht zu scheuen.

Das Koalitionsrecht können wir mit Rücksicht auf die Realitäten den Landarbeitern nicht geben.

Die verspätete Wahlrede des Abg. Goldschmidt war kein gutes Omen dafür, daß wir im Reichstag mit seiner Partei zusammenarbeiten sollen.

Abg. Wylling (fr. Bg.) bedauert, daß die Rechte die sachlichen Ausführungen des Abg. Goldschmidt fortgesetzt unterbrochen hat.

Abg. Dr. Heilig (L.) führt aus, daß die Wohnungen der Bauern im Osten nicht besser seien als die der Arbeiter.

Abg. Arsch (L.): Die Reife Probe des Koalitionsrechts der Landarbeiter sollten wir dem Reichstag überlassen. Mit dem Worte aus hohem Munde über die Landarbeiterwohnungen sollten die Freisinnigen nicht immer treiben; der hohe Herr hat sicher weniger Arbeiterwohnungen gesehen als wir!

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Der Titel sowie der Antrag Bachmann werden angenommen.

Beim Titel: „Ausbau der hochwassergefährdeten Gebirgsflüsse in Sachsen“ bekräftigt.

Abg. Vaensch-Schmidt (frl.) eine möglichst zweckmäßige Ausgestaltung der in Sachsen geplanten Stauweihre.

Abg. Stull (L.) hebt hervor, daß an der Glager Reife noch nicht abzusehen sei, trotzdem seine Heimatgemeinde erhebliche Beiträge zu dem Bau hat.

Der Titel wird angenommen, ebenso der Rest des Etats.

Darauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. (Stat der Forsten und Domänen.) Schluß 5 Uhr.

Die Tagung des britischen Parlaments.

London, 9. Februar. (Fig. Ver.)

Am 12. d. M. tritt das Parlament zu einer Tagung zusammen, an die große Erwartungen geknüpft werden. In seinem Einberufungsschreiben erklärte der Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman, daß das Unterhaus sich mit „Gegenständen von ernster Bedeutung“ zu beschäftigen haben werde.

Diese Ankündigungen werden allgemein dahin gedeutet, daß die Regierung eine Vorlage einzubringen gedenke, die den Zweck verfolge, das Vetorecht des Oberhauses einzuschränken, da bei den jetzigen Vorrechten der Lords eine liberale Regierung infolge der geringen Zahl der liberalen Lords an eine ernste Reformitätigkeit nicht denken könne.

Ob diese Mutmaßung richtig ist und wie weit die Reform gehen wird, darüber dürfte die Thronrede Aufschluß geben, mit der das Parlament am Dienstag eröffnet wird.

In den Kreisen der Arbeiterpartei ist man über diese Aussichten wenig erbaud. Vor einigen Tagen sprach Sir Har die in seinem Wahlkreis Merthyr Tydvil (Wales) über die Arbeiten der kommenden Session und berührte auch die Oberhausfrage.

Heber den Zweck der erwarteten irischen Vorlage ist manches bekannt. Es dürfte sich nicht um Schaffung eines irischen Landtages handeln, sondern um Ausdehnung der lokalen Selbstverwaltung. Den Grasschaften und Gemeinden Irlands wird größere Selbständigkeit gewährt werden, und vielleicht erhalten sie auch die Verwaltung eines Teiles der irischen Finanzen.

Es ist möglich, daß eine kurze Schulvorlage eingebracht wird, um die konfessionellen Schulen unter die Aufsicht der Gemeinde zu stellen. Das Oberhaus hat kein Recht, Vorlagen, die nur einen finanziellen Charakter haben und vom Unterhause angenommen wurden, zu verwerfen.

Die liberale Regierung gedenkt ferner den bauerlichen Grundbesitz (Small Holdings) in England zu fördern. An Krondomänen gibt es in England (also ohne Wales, Schottland und Irland) 70 750 Acres landwirtschaftlichen Boden, wovon jetzt 4000 Acres bebaut sind.

Die Arbeiterpartei ein Amendement einbringen: mit der Verstaatlichung von Grund und Boden einen Anfang zu machen und genossenschaftliche Ackerbaufolonien unter Aufsicht der Municipalitäten einzurichten.

Schließlich wird eine Vorlage betreffend die Vereinheitlichung der Lokalsteuern (Equalisation of Rates) der Londoner Gemeinden erwartet. Die 29 Gemeinden, aus denen sich die Grasschaft London zusammensetzt, haben verschiedene Lokalsteuern.

Am Vorabend der Eröffnung des Parlaments tritt die Arbeiterfraktion zu einer Sitzung zusammen, um ihren Führer für die Session zu wählen. Der allgemeinen Stimmung nach zu urteilen, hätte Sir Har die die beste Aussicht, die Führerschaft zu erhalten.

Sozialpolitikern eine Niederlage zu bereiten. Der Wahlkampf ist ungenau intensiver. Die reaktionären Lügenfabriken arbeiten unter Hochdruck und überfluteten den Zeitungsmarkt mit Verleumdungen, die bereits zu einer Verleumdungsklage gegen den „Standard“ führten.

Am April findet die koloniale Konferenz der Vertreter des britischen Reiches in London statt, bei welcher Gelegenheit es auch zu Tarifierungsdebatten kommen wird. Möglicherweise werden die Tarifreformer ihr Programm auch im Parlament zur Sprache bringen, um eine für die koloniale Konferenz günstige Stimmung zu schaffen.

Aus der Thronrede haben wir noch einer Wolffschen Depesche folgende Stellen hervor: Ich freue mich, sagen zu können, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten andauernd freundliche sind.

Die Aufmerksamkeit des Parlaments wird auf Maßnahmen gelenkt werden, durch welche das Volk von Irland mehr als bisher zur Führung seiner heimischen Angelegenheiten herangezogen und auch sonst das Regierungssystem in administrativer und finanzieller Hinsicht verbessert werden soll.

Aus der Partei.

Das Partei-Archiv wiederholt seine Bitte um Uebersendung aller eigenen und gegnerischen Flugblätter der beendeten Reichstagswahl. Aus einer großen Reihe von Kreisen ist die Ueber sendung noch immer nicht erfolgt.

40 Jahre Mitglied des Reichstags war, wie die „Frankische Tagespost“ festgestellt hat, am gestrigen 12. Februar Genosse August Webel. Unter den 397 Abgeordneten, die bei diesen Wahlen vom deutschen Volke in den Reichstag entsandt wurden, ist bloß einer, das Mitglied der Zentrumspartei, Graf Gompech, der auf eine ebenso lange parlamentarische Wirksamkeit zurückblicken kann.

Den Genossen Bollmar hat ein Gericht, das in München und auch in anderen bayerischen Orten umging, sieben lassen. Glücklicherweise ist das Gericht völlig unbegründet; Genosse Bollmar befindet sich vielmehr, wie die bayerische Parteipresse meldet, verhältnismäßig wohl und wollte noch am Montag das „Rote Kreuz“ verlassen.

Den Genossen Bollmar hat ein Gericht, das in München und auch in anderen bayerischen Orten umging, sieben lassen. Glücklicherweise ist das Gericht völlig unbegründet; Genosse Bollmar befindet sich vielmehr, wie die bayerische Parteipresse meldet, verhältnismäßig wohl und wollte noch am Montag das „Rote Kreuz“ verlassen.

Vom Fortschritt der Presse. Aus Breslau wird uns vom 13. Februar gemeldet:

Eine Agitation für die „Volksmacht“ am Sonntag brachte in Breslau allein 750 neue Abonnenten.

Die „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. hat infolge des Zuwachses an Lesern während des Wahlkampfes ihre Abonnentenzahl auf über 30 000 gebracht.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat im Januar 1700 neue Leser gewonnen und hat jetzt einen Abonnentenstand von 17 350.

Die „Hamburger Echo“, das erst vor wenigen Monaten die Vollendung der 50 000-Auflage meldete, hat jetzt eine Auflage von 58 500.

Die „Altenburger Volkszeitung“ hat im Januar 1000 Abonnenten gewonnen.

Von den Organisationen. Einen erfreulichen Aufschwung konnte der sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis (Zelpzig-Land) in seiner halbjährlichen Generalversammlung am 10. Februar konstatieren. Er besteht aus 61 (58 am 1. Juli) Ortsvereinen. Der Mitgliedsbeitrag betrug am 31. Dezember 17 276 (14 046).

systematischen Agitation für unser Parteiorgan, die „Leipziger Volkszeitung“, gearbeitet. Der Abonnentenstand beträgt in diesem Wahlkreise 46 000.

Die Ortsgruppe Stadt Dortmund des Sozialdemokratischen Vereins im Wahlkreis Dortmund-Süd hat im Wahlkampfe 310 neue Mitglieder gewonnen.

Lebensliste. In Lengsfeld (Sachsen) starb ein Veteran der Partei, der Genosse Franz Schrick, der schon in seiner frühesten Jugend als Mitglied des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ für die Befreiung des Proletariats kämpfte, die schwersten Zeiten unserer Partei mit durchlebte und wacker seinen Mann gestellt hat, wenn es galt, den sozialistenschandgeheulischen Bestimmungen ein Schnippchen zu schlagen. In den letzten Jahren hat ihn ungünstiger Gesundheitszustand daran gehindert, in der früheren Weise für die Partei tätig zu sein, die Treue aber hat er ihr bis zum Tode gehalten.

Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen, so lautet der Titel einer Broschüre von Parvus, die 1898 im Verlage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ gegen die Tirpitzsche Marinevorlage erschien. Nicht nur die zweifellos wieder bevorstehende neue Flottenvorlage, sondern vor allem die gegenwärtige Debatte über Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen lassen diese außerordentlich instruktive Broschüre geradezu aktuell erscheinen, so daß wir für die Agitation wieder nachdrücklich auf sie aufmerksam machen müssen.

Eine Lüge mehr. Durch die bürgerliche Presse ging dieser Tage eine Meldung aus Leipzig folgenden Inhalts:

„Nach Unterschlagung einer größeren Geldsumme flüchtete der Kassierer des sozialdemokratischen Ortsvereins Bortig, Tischler Albert Braune.“

An dieser Meldung ist kein wahres Wort. In Bortig ist weder ein Kassierer Albert Braune bekannt — der dortige Vereinskassierer heißt Kurth —, noch weiß man etwas von einer Unterschlagung von Vereinsgeldern. Das stimmt natürlich die bürgerliche Presse nicht. Sie verleihtet frisch drauflos in der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleibt.

Ein Opfer bürgerlicher Hege. Die bürgerliche Presse meldet: Der sozialdemokratische Stadtverordnete Vieler in Bernburg, der von den Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt wurde, hat sein Stadtverordnetenmandat mit der Begründung niedergelegt, daß er aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei.

Dazu schreibt unser dortiges Parteiorgan, das „Volksblatt für Anhalt“: „Mit Rücksicht auf den früheren Stadtverordneten Vieler hätten wir die Angelegenheit am liebsten übergegangen. Das Ansehen unserer Partei erfordert aber, nachdem die Angelegenheit in die bürgerliche Presse gekommen ist, wenigstens das eine festzustellen, daß die Austrittserklärung des aus dem sozialdemokratischen Verein nicht auf einen Gegensatz zu unserer Partei, sondern auf die Rücksicht auf das Existenz zurückzuführen ist. Es ist also Terrorismus der Gegner, der dieses Opfer gefordert hat, wobei wir aber ununtersucht lassen wollen, ob sich im vorliegenden Falle nicht hätte ein Ausweg finden lassen, damit den Feinden der Arbeiterklasse ein solcher Triumph, wie er in der bürgerlichen Presse zum Ausdruck kommt, erspart blieb.“

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Der ungeeignete Sozialdemokrat. Der Kreisaußschoß von Rain hat die Wahl des sozialdemokratischen Gastwirts Meiser in Dethleum zum Beigeordneten die Befähigung verlagert mit der Begründung, daß ein Sozialdemokrat ungeeignet sei, das Amt eines Beigeordneten zu bekleiden.

Am Freitag wurde vor dem Verwaltungsgerichtshof des Herzogtums Gotha über die Nichtbestätigung des Genossen Christ in Waltershausen zum Senator verhandelt. Das Gericht beschloß, die Klage kostenpflichtig abzuweisen, da die Nichtbestätigung zu Recht bestehe. Das Gericht machte sich die Ausführungen des Regierungsvertreters zu eigen, wonach Genosse Christ nicht befähigt werden dürfe, weil die Sozialdemokratie eine durchaus revolutionäre Partei sei. Es hat auch in Betracht gezogen, daß der Nichtbestätigung eventuell die Gesetze nicht respektieren werde.

Ein Sozialdemokrat darf nicht lächeln! Einem Einwohner von Schmöln, der der Ansicht ist, daß man sehr wohl als Feuerwehrmann seines Nächsten Gut und Leben schützen und retten und dabei doch seiner politischen Überzeugung leben könne, wird das Zerknirschliche dieser Anschauung vom Herrn Gemeindevorstand in folgendem gelungenen Schreiben mitgeteilt:

An Herrn

Schmöln,

Da sie sich öffentlich bei der Reichstagswahl als freiwilliger Feuerwehrmann als Agitator bekannt haben, hat der Gemeinderat beschlossen, daß das Kommando Sie nicht weiterhin als aktiven Mann behandelt, da Sie doch selbst die Folgen gekannt haben, indem der Herr Hauptmann in der Versammlung darauf aufmerksam gemacht hat, keine öffentliche Politik zu betreiben, um Ihnen weitere Unannehmlichkeiten zu „erleichtern“, wofür Sie die Sachen noch vor Sonnabend abgeben, damit das Kommando nicht zu beschließen braucht, in diesem Fall könnten später wieder eintreten, indem hier eine „hinter Tür offen steht.“

Mit Gruß, Rodig, Gemeindevorstand.

Also, weil der Mann Sozialdemokrat ist, darf er kein Feuer mehr löschen. Auch ein Standpunkt.

Die Mannheimer Staatsaktion gegen ein Karnevalsblatt. Die Mannheimer „Vollstimme“ teilt mit, daß der verhasste Verantwortliche des Karnevalsblatts der „Vollstimme“, des „Schnuppstabs“, der Genosse G. Appel, am selben Tage wieder freigelassen wurde. Die Beschlagnahmeaktion ist aber mit großem Eifer in der ganzen Stadt bei allen Händlern durchgeführt worden, doch hat die Behörde nicht viel erreicht. Die „Vollstimme“ meint von dem inkriminierten Artikel, man müsse die Punkte der betreffenden Notiz und ihre ganze Tendenz in geradezu unangenehmer Weise vernehmen, um nicht zu merken, daß darin lediglich gewisse byzantinische Tendenzen unserer Kommunalverwaltung geahndet werden sollen, die im Jahre des Stadtjubiläums einen geradezu bedenklichen Charakter anzunehmen drohen. An Stelle des beschlagnahmten Doppelblatts hat die „Vollstimme“ bereits ein zweites, den „Schmalzer“ herausgegeben.

Im Mehring-Dimanprozeß ist, wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, auf den 18. Februar Termin angelegt. Der als Richter abgeordnete Assessor Dr. Nöbe wird den Vorhalt führen, da die erste Kammer des Landgerichts den Einwand der Befangenheit, der gegen diesen Richter erhoben worden ist, zurückgewiesen hat.

Wenn man ankauft! Im November v. J. berichtete die „Sächs. Arbeiterz.“ aus Oberbach bei Böda über eine empörende Dreifachigkeit einiger Fabrikantenhandlanger. Als die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes H. Heibel und Linke vor der Fabrik von Böda sich in Oberbach Handzettel verteilten, die Einladungen zu einer Textilarbeiterversammlung enthielten, wurden sie von dem Fabrikpötrier und einigen anderen Angestellten der Fabrik gewaltsam an der Verteilung gehindert, überwältigt und längere Zeit im Portierhause eingesperrt. Zweifellos waren die so behandelten Mitglieder des Textilarbeiterverbandes rechtswidrig ihrer Freiheit beraubt, außerdem war an ihnen noch Mordtat unter erschwerenden Umständen begangen worden. Außerdem hatte man anderen Zettelverteilern die Blätter gewaltsam entziffen, also geraubt.

Diese Sache wird nun ein gerichtliches Nachspiel haben, d. h. vorerst nicht für die Bergewaltiger, nein, für die Genossen H. Heibel und Linke. Sie sind angeklagt, daß dem Verteilen der Einladungen „den Verkehr beengt und gehindert zu haben.“ Außerdem wurde Genosse H. in eine Geldstrafe von 10 Mark genommen, weil er „nach

seinem eigenen Geständnis“, die 2000 Einladungszeitel zu der Versammlung nicht mit dem Namen und Wohnort des Verlegers oder Verfassers hatte versehen lassen.“

Von einer Anklage gegen die Handlanger der Fabrikanten aber hört man noch nichts. Ob sie überhaupt nicht angeklagt werden? Auch möglich unterm gleichen Recht!

Amtsmissbrauch. Auf dem Gebiete der Versammlungspolizei kommen in Bayern mancherlei Ungehörlichkeiten vor. Wie wir neuerzeit berichteten, hat der Bezirksamtsassessor Meier in Tirschenreuth, der — wider den Wortlaut des Vereinsgesetzes — eine geschlossene Mitgliederversammlung einer Gewerkschaft überwachte, seine Aufzeichnungen am Vertisch zum besten gegeben und dann einem katholischen Geistlichen überlassen. Dieser benutzte sie zur Abfassung eines gehässigen Berichtes in einem Zentrumsblatte. Dieses Gebahren des Assessors hatte Genosse Segitz in Versammlungen, die er in der Oberpfalz abhielt, geahndet und als Amtsmissbrauch bezeichnet. Es wurde darauf Untersuchung eingeleitet, aber nicht etwa gegen den Assessor, sondern gegen Segitz wegen Verleumdung. Das Landesgericht Weiden beschloß jedoch die Einstellung des Verfahrens, das Oberste Landesgericht wies die dagegen erhobene Beschwerde ab. In dem landgerichtlichen Beschloß wurde dem Assessor eine kräftige Nase verabreicht. Es heißt darin, daß er die stenographischen Aufzeichnungen nur zu dem Zwecke gemacht habe, um sie bei der Ausarbeitung des von seinem Vorgesetzten, dem Bezirksamtsmann, verlangten amtlichen Berichtes zu verwenden, sie seien daher wie der Bericht selbst als amtliche Schriftstücke zu betrachten, deren Veröffentlichung mit dritten, nicht beamteten Personen unstatthaft sei. Bekanntlich ist der Bürgermeister von Kulmbach mit amtlichen Versammlungsberichten noch viel schärfer verfahren, indem er sie an eine Unternehmerversammlung ausdienterte. Die Beschwerde gegen ihn wurde von der Regierung verworfen, weil der Bürgermeister „nur seine Pflicht erfüllt und dem sozialen Frieden habe dienen“ wollen. Wegen des Vorwurfs des Amtsmissbrauchs hat er eine ganze Reihe von Strafanträgen gestellt. Da es doch noch Gerichte gibt, die in solchen Dingen strenger denken, als die Verwaltungsbehörden, so dürfte es sich empfehlen, gegen den Bürgermeister Anzeige bei Gericht zu erheben.

Strafkosten der Presse. Genosse Robert Grösch von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ soll als Verantwortlicher des „Volksfreund“, des Kopfblattes der „Arbeiterzeitung“, den Inhaber einer chemischen Fabrik Dr. Ohm in Weihen beleidigt haben. Ein Kontorist des Legations hatte nach und nach mehrere Diebstähle und Urkundenfälschungen zum Schrecken seines Prinzipals begangen. Bei der Feststellung der Veruntreuungen wurden auch die Gehaltsverhältnisse des jungen Mannes erörtert, und es stellte sich heraus, daß er die Diebstähle in einer Zeit begangen hatte, wo er im ganzen zwanzig bis dreißig Mark Monatsgehalt bezog. Da nun bei Erwähnung dieser Tatsache im „Volksfreund“ nicht gesagt wurde, daß der junge Mann das veruntreute Geld „zu einem leichtsinnigen Lebenswandel“ benutzte habe und weil ferner die Spitze der „Der Fall auf der Anklagebank“ trug, fühlte sich Dr. Ohm beleidigt. Das Schöffengericht in Weihen verurteilte unseren Genossen zu 150 Mark Geldstrafe. Ein Amtsstad bleibt es aber trotzdem, mit 20 und 30 Mark Monatsgehalt auszukommen! Inbes, das veruntreute Geld soll der Mann zu einem leichtsinnigen Lebenswandel benutzt haben — wie es in der Urteilsbegründung hieß!

Aus Industrie und Handel.

Die Sieger gräßen.

Den Industriearbeitern ergeht es wohl. Sie verdienen hohe Löhne. Folglich können sie auch höhere Lebensmittelpreise zahlen. Das ist der Agrarier Spruchlein, und selbst die zahme Vertretung von Arbeiterinteressen in der Zentrumskammer ist den Herren vom gestrigen Strohbüsch ein Greuel. Hinzu mit der demokratischen Clique aus dem Zentrum! Diesen Schlächtruf schmetterte in der gestrigen Bändlerversammlung im Circus Busch der agrarische Dresseur Wöde in die Manege hinein. Und er erntete freudiges Beifallsgewitter. Sie wollten bessere Löhne zahlen können, auch mit solcher Begründung wurden die agrarischen Zollforderungen verteidigt. Jetzt hat man die Deute eingebracht und verlangt Schutzmahregeln gegen höhere Löhne. Die Löhne seien schon bis zur Höhe der Unerlöschlichkeit gestiegen, und es beginne bereits ein — Arbeitermangel sichtbar zu werden. — Die Landarbeiter ständen wohl vor den hohen Löhnen! — Die Landwirtschaft stehe vor einer Krise, wenn das so weiter gehe. Also schon wieder mal eine Krise! Man versteht die Klage. Sie ist das Vorbild zu dem agrarischen Programm: Aufstellung der Regierung zu Volkstagen, Erziehung des Handels durch weitere Verschlechterung des Vorsehengesetzes und Einführung von Schiffsabgaben, Einschränkung der Freizügigkeit usw. Die Bändler waren immer schon groß in der Tugend der Weisheit mit der Vorsilbe „in“. Der Wahlaußschuß hat sie darin noch bekräftigt. Jetzt gerade sind es elf Jahre her, daß Wilhelm II. den Antrag König als Strotzweiser bezeichnete. Es lag wohl etwas Bohne darin, als Kauten-Oertelchen gestern seine Nummer im Circus Busch mit dem Rufe schloß: Ayo Caesar, virores salutant! (Kaiser, die Sieger gräßen dich!) Die Sieger gegen die Kanalfründe und gegen die Strotzweiser! Die Agrarier fühlen sich vollständig als Herren der Situation. Wenn man die agrarische Presse liest, dann muß man bald zu dem Glauben kommen, niedrige Lebensmittelpreise seien schlimmer wie die Pest und Cholera. Besonders viel Wasser machen die Agrarier von dem Rückgang der Schweinepreise. Gerade als ob das eine unerdliche Gnade für den Konsumenten sei. Wichtig ist ja: die Schweinefleischpreise sind gefallen. Aber das bedeutet noch längst nicht eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Preise der übrigen Fleischsorten, sowie anderer Agrarprodukte sind im Vergleich zu dem Preisniveau im Anfang vorigen Jahres gestiegen. Wir machen über die Preisverschiebung nach den amtlichen Berichten der städtischen Markthallendirektion folgende Aufstellung:

pro 50 Kilogramm	Preise am		pro 1907	gegen 1906	plus +	in
	1. Februar 1906	2. Januar 1907				
Rindfleisch I	62—65	70—75	+ 8—10	12,9—18,3		
	II	54—60	64—69	+ 9—10	15,0—18,5	
	III	45—52	58—63	+ 10—11	20,8—21,1	
	IV	38—40	50—56	+ 10—12	21,7—31,5	
Kalbfleisch I	80—88	92—100	+ 8—12	10,0—18,8		
	II	63—78	80—90	+ 12—17	15,4—27,0	
	III	53—63	65—75	+ 12—15	22,6—28,8	
Schweinefleisch I	63—75	67—78	+ 0—2	0,0—3,0		
	II	50—65	52—65	+ 0—7	0,0—11,8	
Butter I	66—76	56—65	+ 10—11	14,4—15,2		
	116—118	122—126	+ 6—8	5,1—6,8		
	II	112—116	118—122	+ 6	5,1—5,3	
Eier (per Schod.)	108—112	114—117	+ 5—8	4,4—5,5		
	4	4—5	+ 1	0,0—2,0		

Demnach ist der Preis für Schweinefleisch um 14,4 bis 15,2 Proz. gefallen. Außerdem ergibt sich noch für Hammelfleisch eine Preisverminderung um bis 11,8 Proz. Damit ist die Herrlichkeit des Preisfalls zu Ende. Dafür haben die Konsumenten eine ganze Reihe Preissteigerungen hinnehmen müssen, die im Durchschnitt stärker sind als die erfolgten Preisniedrigkeiten. Bis über 30 Proz. gehen die Steigerungen hinauf! Und gerade die geringeren Sorten der Rindfleisch und Kalbfleisch sind am allerhöchsten von

den Preisausschlägen betroffen worden. Dazu treten dann noch die gestiegenen Preise für Butter und Eier.

Schmerzhaft stecken die Agrarier die Deutegroschen ein, schimpfen auf den begehrlischen Arbeiter und machen sich mit gut gespielter Ernst läufig über die Wohlfahrt, die mit der nationalen Phrasen sich haben für die Agrarier und Rückschrittler einzufangen lassen.

Die wertvolle Unterstützung!

Der bekannte Scharfmacherverband hat nach der Wahl an den Reichstanzler ein Glückwunschschreiben gerichtet. Fürst Bülow hat darauf mit einem langen Schreibbrief geantwortet, der mit folgendem Postus schließt:

Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehen werde, habe ich gern entgegengenommen. Dabei vertraue ich auch weiterhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der Verbündeten Regierungen zur Herstellung sozialer Verhältnisse und zur Wüldierung der wirtschaftlichen Gegenläge die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird.

Mit vollkommenster Hochachtung bin ich
des verehrlichen Direktoriums
ergebener
Bülow.

Der Dank für die große Bereitwilligkeit der Scharfmacher bei der Sozialpolitik und die Erwartung der weiteren wertvollen Unterstützung des Zentralverbandes ist bezeichnend für den Kurs, der gesteuert werden soll. Vor einem Jahre wurden im Reichstage die Verhältnisse in der Großindustrie zur Sprache gebracht. Die Schilberungen der sozialistischen Redner riefen geradezu Sensation hervor. Die Regierung wurde aufgefordert, Untersuchungen anzustellen. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Stahlindustrieller beschäftigte sich in einer Sitzung, die am 24. Februar vorigen Jahres stattfand, mit der Angelegenheit. Nach bekanntem Muster wurde das Vorhandensein von Mißständen bestritten. In der folgenden Resolution wurde der Regierung gesagt, was von ihr erwartet werde:

Die Nordwestliche Gruppe hat die vom Reichstage empfohlene Erhebung betreffend die Verhältnisse der Arbeiter in der deutschen Großindustrie in keiner Weise zu scheuen. Eine solche Erhebung würde zweifellos klarstellen, daß die von seiten der Sozialdemokraten behaupteten Mißstände in der niederrheinisch-westfälischen Großindustrie nicht existieren und dazu beitragen, die offenbar von jener Seite gewollte Irreführung der öffentlichen Meinung zu verhindern, die gelegentlich des niederrheinisch-westfälischen Vergarbeiteraufstandes zum Schaden der deutschen Industrie in so großem Umfange gelungen ist. Die niederrheinisch-westfälische Großindustrie sieht der genannten Erhebung im Hinblick auf die in ihr herrschenden geordneten Arbeiterverhältnisse mit voller Ruhe entgegen.

Der „Vorwärts“ bemerkte dazu:

Wenn die Herrschaften nicht schon die Gewißheit haben, daß die Untersuchung nach dem bei Erhebung der Verhältnisse im Bergbau bestebten Schema vorgenommen wird, dann werden sie schon noch unruhig werden. Soll die Enquete der Regierung einwandfrei sein, dann darf sich die Feststellung der Arbeitszeit nicht auf Befragung beschränken, es müssen die Werkstattführer, die Maschinenführer und die Lohnlisten vorgelegt werden. Erst dann darf man die Gewißheit haben, daß nicht, wie zurzeit auf „Nebe Unser Frey“ der Versuch gemacht wird, die Behörde durch Quasokturen irre zu führen. Solche Korrekturen sind im Prozeß gegen die genannten Gesellschaften wegen Uebertretungen der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gerichtlich festgestellt worden! Diese Tatsache mag der Regierung schon ein Beweis dafür sein, daß Mißtrauen und scharfes Insehen am Plage ist! Daß die im Reichstage von unseren Genossen angegebenen Arbeitszeiten der Wirklichkeit entsprechen, ist im „Vorwärts“ — Dezember 1904 — schon auf Grund vorliegender Hunderte von Lohnlisten nachgewiesen worden. Die Erklärung der Unternehmer spricht für — schlechtes Gewissen! Sie ist zweifellos darauf berechnet, die öffentliche Meinung zu führen und die Regierung zu beeinflussen. Wenn dieser nur das geringste an der Meinung der Arbeitererschaft gelegen wäre, müßte sie jetzt schleunigst mit aller Energie die Untersuchung betreiben, andernfalls darf sie sich nicht wundern, aus Arbeiterkreisen die Meinung zu vernehmen, sie stehe mit den Industriegewerkschaften unter einer Decke und wage nicht, die tatsächlichen Verhältnisse aufzudecken. Den Eisenkönigen ist es ja vielleicht gleichgültig, was die Arbeiter von der Regierung denken, wir erwarten aber, daß die letztere wenigstens in diesem Punkte ihr Ansehen wahrt.

Unsere Erwartungen sind getäuscht worden. Man hat nicht mehr von der Sache gehört. Man weiß nicht, ob die Untersuchung eingeleitet worden ist und das Resultat für die Öffentlichkeit taugt, oder ob die Regierung sich durch die Resolution hat bestimmen lassen, von der geforderten Untersuchung Abstand zu nehmen und sich der Dank Bülow's auf diese wertvolle Mitarbeit bezieht. Der Reichstanzler ist mit dem Scharfmacherverband zufrieden und dieser mit ihm. Das sagt genug.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Stegist, Donnerstag, den 14. Februar, 8^{1/2} Uhr, bei Bahrendorf, Schloßstr. 117: Vortrag.

Wilmersdorf, Donnerstag, den 14. Februar, 8^{1/2} Uhr, im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112: Vortrag. Herr Davidsohn „Die Frau im modernen Gedicht“.

Eingegangene Druckschriften.

„Zwischenzeitliche Postillon“. Nummer 4 ist erschienen. Der bewährte Künstler M. E. liefert wieder das vierfarbige Titel und das Schlußbild. Im ersten Hefchen Bülow und Peters den Schatten des Adolfs von „Aras“, Modestiere, im anderen sehen wir den Nationaldeutschen Volkst, brauchen sein Volk im schmerzlichen Kampfe, aber er hat keine Zeit für das. Von den mittleren Bildern haben wir zwei noch besonders hervor: Karneval 1907, und: Zwei Gevone, von G. V. — E. H. eröffnet den Text mit dem trostlichen Gedicht: In die Gevone. Ein Reizebericht a la Münchhausen bekräftigt Deutsch-Schmeiß. — Ernst Knaur fandte das in englischer Sprache gehaltene Gedicht „Schlagende Beiter“, über dem Reichs Schmitts Signette mit den bräunenden glühenden Schwaben steht. — Bemerkung, ein Drei-Strappler von 2. H. — Württembergische Offenheit. — Wie sich der brave Unterzian Michael Wederle einen Orden verdient. — Mahnung. (Geb.) — Der Lebensgang der Völker. — Parabolischer Strahlenlamp. (Geb.) — Der verlegte Künstler (Gebicht von Oberhard Weitzer) u. a. m.

Witterungsbericht vom 12. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenh.	Temper. in C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenh.	Temper. in C
Entenbe	759	6	4 heiter	-5	Daprun	761	6	3	2
Damberg	756	6	5 hebel	0	Beitzsburg	770	6	3	2
Derlin	759	6	3 wolken	-6	Seitz	741	6	3	2
Franken	758	6	1 hebel	-5	Bardeben	745	6	3	2
Wangsa	763	6	4 heiter	-15	Baris	763	6	3	2
Wien	765	6	3 wolken	-7					

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Februar 1907.
Zunächst vielwolke heiteres Frühlingswetter mit ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Erwärmung und Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge.
Verlust Weitzers.

Briefkasten der Redaktion.

Die luxuriöse Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskassette-Geschäfte, Turmzugang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. R., Köpenick. Eine Beleidigung kann in dem von Ihnen Geschilderten nicht liegen. Schwerlich wird Strafantrag gestellt werden. — P. B. 17. Ihr Schwiegervater kann mit seinem Eigentum zu seinen Lebzeiten machen, was er will. Die Kinder braucht er nicht fragen. 2. Wenn ein dahingehendes Testament besteht, ja, 3. Jeder muß einen

Paß haben, Kostenpunkt ungefähr 3 Mark. 4. 1,10 Mark pro Monat. 5. Und nicht bekannt. 6. Ohne Zustimmung der Gesellschaft ist die Aufhebung des Vertrages nicht möglich. — S. R. 88. Der Mann ist dazu nicht berechtigt, wenn Sie wollen, können Sie klagen. — S. B. 99. Der geschiedene dem 30. Mai und 5. Juni 1898 geboren ist, muß mindestens 610 Mark nachweisen, um Altersrente erhalten zu können. Ist er später geboren, so hat er für jede Woche eine Marke mehr nachzuweisen. — P. B. 108. Sind Sie minderjährig, so ist der etwa von Ihnen geschlossene Vertrag ungültig. Haben Sie einen Vertrag als Minderjähriger unterschrieben, so ist er für Sie gültig. — J. S. 207. Ja. — G. M. 106. Sie können den Bier auf Verhütung der besagten Uebelstände verklagen. — Streit 5. Der Hauswirt kann wegen rückständiger oder für die künftige Zeit zu zahlende Miete die Möbel einbehalten.

— S. 26. Eine Berufung gegen das Urteil hätte bei dem von Ihnen geschiedenen Sachverhalt leider keine Aussicht auf Erfolg. — P. 999. Kropfanlage, die zurzeit untauglich macht, aber möglicherweise vollkommen beseitigt werden wird. — C. B. Schw. 30. Bei dem Vormundschaftsgericht müßte die Stellung eines neuen Vormundes und die Genehmigung zur Heirat nachgeprüft werden. — Bahrenhofer. Einem. — Ziegler 100. Lassen Sie Ihren Sohn in die Handelsmarine eintreten. Eine Einhalt, wie Sie sie meinen, können wir nicht. — W. 27. Sie als Ehemann sollten für das von Ihrer Frau besetzte Buch nicht. Ihre Ehefrau ist zur Zahlung verpflichtet, wenn sie bei der Unterschrift großjährig war. Unendlich häufig haben wir darüber gewarnt, sich solche Dinge auszusprechen zu lassen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 13. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Sgl. Cernhaus. Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Sgl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Deutsch. Romeo und Julia. Festung. Rosmerdohm. Weiden. Cousin Bobby. Vorzug. Die lustigen Weiber von Windsor. Nachmittags 3 Uhr: Gänsefisch. Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wagner-Theater.) Jugend. Schiller-Theater Charlottenburg. Pesto. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Adieu Theresia. Sein Nihil. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Berliner. Der Hund von Baskerville. Neues Schauspielhaus. Herthas Hochzeit. Kleines. Eine triviale Komödie für seriöse Leute. Neues. Meißner Porzellan. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Susarenfieber. Zentral-Theater. (Operette) Anfang 8 Uhr. Künstlerblut. Donnerstag: Künstlerblut. Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Adieu, Theresia. Dienstag: Sein Nihil. Lorzing-Theater. Belle-Alliancestr. 7/8. Mittwoch, 13. Februar, nachm. 3 Uhr: Märchenvorstellung: Gänsefisch. Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber v. Windsor. Abonnement gültig! Donnerstag: Der Waffenschmied. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Heute nachmittags 3 Uhr: Schäferschicksale (kleine Preise): Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes. Donnerstag: Herr Vetter aus Texas. Freitag: Beneß Herr Hüner. Zum ersten Male: Der Hund von Baskerville.

Deutscher Amerikanischer Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Der große Lacherfolg! Der Sorgenbrecher. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Ueber'n großen Teich. WINTERGARTEN. Letzte Woche. Saharet. Otto Reutter und das neue Programm. W. Noacks Theater. Richtung: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Zum letzten Male: Der Vampyr. Schwank in 5 Akten von D. Adolph. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag Benefiz Adolf Munkel: Im Hause der Sünde. Etablissement Neue Welt. Hasenheide 108/114. Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Sodom und Gomorrha. Schwank in vier Akten. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf von 10-1 Uhr im Theater. Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Kottbuscher Tor. Heute abend 8 Uhr: Anna Müller-Lincke. Gesangs- u. Soubrette o. Metropol-Theater in Berlin. Leonard Haskel der beliebteste Volkskünstler. Max Franklin Truppe. 15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Passage-Theater. Heute Mittwoch, den 13. Februar, zum 9. Male: Mal was Anderes! Hoffe von Leop. St. Josefina Oora, Georg Kaiser, Martin Bandix, Ernst Kottauer. Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten. Folies Caprice. Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Im Café Abelles. Ein Klavierkonzert. Anfang 8 Uhr. Bordverkauf 10-2 Uhr am der Theaterkasse und bei Berthelm. Kasino-Theater. Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Ledige Leute. Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann. Vorher das vollständig neue erfolgreiche bunte Februarprogramm. Sonntag 4 Uhr: Wutter Gräbert. Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr: Wiederbeginn der Spezialitäten-Vorstellungen mit einem ausserordentlichem Programm. Prater-Theater. Kastanien-Allée 7-9. Abends 8 Uhr: Die Waise aus Lowood. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Morgen: Die Elfe vom Erlenhof. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Richard Keller. Am 10. Februar verschied plötzlich mein lieber Sohn, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Dies geht tiefbetruft an August Keller nebst Familie. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 14376

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Am 10. Februar starb plötzlich unser treues Mitglied, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Partitibodenleger Anton Dockal am 9. Februar verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. (Filiale Groß-Berlin.) Todes-Anzeige. Am 11. d. M. nachts 1 1/2 Uhr ist unser langjähriges Mitglied, der Kollege Konitzer Hermann Tiller gestorben. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, mittags 12 Uhr, vom Trauerhause Köhlerstraße 68a aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. 14285 Die Sektionsleitung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde. Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh: Blei, Zinn, Kupfer.

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Susarenfieber. Zentral-Theater. (Operette) Anfang 8 Uhr. Künstlerblut. Donnerstag: Künstlerblut.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Adieu, Theresia. Dienstag: Sein Nihil.

Lorzing-Theater. Belle-Alliancestr. 7/8. Mittwoch, 13. Februar, nachm. 3 Uhr: Märchenvorstellung: Gänsefisch. Abends 7 1/2 Uhr: Die lustigen Weiber v. Windsor. Abonnement gültig! Donnerstag: Der Waffenschmied.

Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. Heute nachmittags 3 Uhr: Schäferschicksale (kleine Preise): Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes. Donnerstag: Herr Vetter aus Texas. Freitag: Beneß Herr Hüner. Zum ersten Male: Der Hund von Baskerville.

Deutscher Amerikanischer Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Der große Lacherfolg! Der Sorgenbrecher. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

WINTERGARTEN. Letzte Woche. Saharet. Otto Reutter und das neue Programm. W. Noacks Theater. Richtung: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Zum letzten Male: Der Vampyr. Schwank in 5 Akten von D. Adolph. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag Benefiz Adolf Munkel: Im Hause der Sünde. Etablissement Neue Welt. Hasenheide 108/114. Gastspiel Bernhard Rose-Theater. Sodom und Gomorrha. Schwank in vier Akten. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf von 10-1 Uhr im Theater. Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Kottbuscher Tor. Heute abend 8 Uhr: Anna Müller-Lincke. Gesangs- u. Soubrette o. Metropol-Theater in Berlin. Leonard Haskel der beliebteste Volkskünstler. Max Franklin Truppe. 15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Passage-Theater. Heute Mittwoch, den 13. Februar, zum 9. Male: Mal was Anderes! Hoffe von Leop. St. Josefina Oora, Georg Kaiser, Martin Bandix, Ernst Kottauer. Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten. Folies Caprice. Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Im Café Abelles. Ein Klavierkonzert. Anfang 8 Uhr. Bordverkauf 10-2 Uhr am der Theaterkasse und bei Berthelm. Kasino-Theater. Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Ledige Leute. Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann. Vorher das vollständig neue erfolgreiche bunte Februarprogramm. Sonntag 4 Uhr: Wutter Gräbert. Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr: Wiederbeginn der Spezialitäten-Vorstellungen mit einem ausserordentlichem Programm. Prater-Theater. Kastanien-Allée 7-9. Abends 8 Uhr: Die Waise aus Lowood. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Morgen: Die Elfe vom Erlenhof. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Richard Keller. Am 10. Februar verschied plötzlich mein lieber Sohn, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Dies geht tiefbetruft an August Keller nebst Familie. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 14376

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Am 10. Februar starb plötzlich unser treues Mitglied, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Partitibodenleger Anton Dockal am 9. Februar verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. (Filiale Groß-Berlin.) Todes-Anzeige. Am 11. d. M. nachts 1 1/2 Uhr ist unser langjähriges Mitglied, der Kollege Konitzer Hermann Tiller gestorben. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, mittags 12 Uhr, vom Trauerhause Köhlerstraße 68a aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. 14285 Die Sektionsleitung.

Dankfagung. Für die außerordentlich reiche Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Restaurateurs Karl Barnowski sage ich allen daran beteiligten Vereinen und Bekannten hierdurch meinen aufrichtigsten Dank. 14406 Berta Barnowski nebst Tochter.

Zentralverband der Schmiede (Zahlstelle Berlin.) Bureau: Stralauerstr. 48. Telefon: Amt 1, 7779. Donnerstag, 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17: Ordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1906. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften. 3. Revision der Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften. 4. Entwürfe und Beschlüsse. 176/4 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Kollegen, wir erwarten in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung vollständigen Besuch. Die Ortsverwaltung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater) Wittwoch, abends 8 Uhr: Jugend. Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Im bunten Rock. Freitag, abends 8 Uhr: Im bunten Rock.

Schiller-Theater Charlottenburg. Wittwoch, abends 8 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. Donnerstag abends 8 Uhr: Minna von Barnhelm. Freitag, abends 8 Uhr: Jugend.

Schwarzer Adler. Friedrichsberg. Bezirkspreiser Nr. 8. Mittwoch, den 13. Februar 1907, in dem mit einer prachtvollen Alpendekoration geschmückten Gesamttriumph: Großes Bock-Jubiläum- und Trubel-Fest unter Mitwirkung der Willy Walde-Sänger. Gebr. Arnhold. Großartige Ueberraschungen.

Zirkus Busch. Wittwoch, den 13. Februar 1907, abends 7 1/2 Uhr. Gala-Abend. Um 8 1/2 Uhr: Fortkämpfung der Engl. Box-Kämpfe. Ehrenpreis: Hr. Silberner Bock. Ausgestellt bei Herrn Gebirder Friedrichsberg. Unter den Linden 28. Als drittes Paar nach auswärts Joe Edwards (London - Berlin) und Rob. Schoemann (Königs). Neu! Neu! Manillo - Maritz - Truppe Uroboten. The Novellos (Jubler in Europa). Um 9 1/2 Uhr: ROM. Hr. Orig.-Mange-Ausstattungs-Bantomime in 7 Bildern. Bel. hervorzuheben: Die Todesfahrt über die zersprengte Brücke. Radium-Ballett. Voranzeige! Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sender-Konkurrenz.

Zirkus Schumann. Heute Wittwoch, den 13. d. Mtd., abends präz. 7 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre. Gala-Programm und nur kurzes Schauspiel. Die größte u. schönste aller existierenden Gruppen Mr. Richard Sawades einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte Raubtier-Gruppe, bestehend aus Königsigern, Löwen, Hirschen, Kragenshären usw., alles wirkliche Pracht-Exemplare. Außerdem: Die neu engagierten Spezialitäten. Um 9 Uhr zum 68. Male: Das größte Pracht-Ringen-Spektakel

St. Hubertus. Passage-Theater. Heute Mittwoch, den 13. Februar, zum 9. Male: Mal was Anderes! Hoffe von Leop. St. Josefina Oora, Georg Kaiser, Martin Bandix, Ernst Kottauer. Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten. Folies Caprice. Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Im Café Abelles. Ein Klavierkonzert. Anfang 8 Uhr. Bordverkauf 10-2 Uhr am der Theaterkasse und bei Berthelm. Kasino-Theater. Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Ledige Leute. Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann. Vorher das vollständig neue erfolgreiche bunte Februarprogramm. Sonntag 4 Uhr: Wutter Gräbert. Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr: Wiederbeginn der Spezialitäten-Vorstellungen mit einem ausserordentlichem Programm. Prater-Theater. Kastanien-Allée 7-9. Abends 8 Uhr: Die Waise aus Lowood. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Morgen: Die Elfe vom Erlenhof. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Richard Keller. Am 10. Februar verschied plötzlich mein lieber Sohn, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Dies geht tiefbetruft an August Keller nebst Familie. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 14376

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Am 10. Februar starb plötzlich unser treues Mitglied, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Partitibodenleger Anton Dockal am 9. Februar verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. (Filiale Groß-Berlin.) Todes-Anzeige. Am 11. d. M. nachts 1 1/2 Uhr ist unser langjähriges Mitglied, der Kollege Konitzer Hermann Tiller gestorben. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, mittags 12 Uhr, vom Trauerhause Köhlerstraße 68a aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. 14285 Die Sektionsleitung.

Dankfagung. Für die außerordentlich reiche Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Restaurateurs Karl Barnowski sage ich allen daran beteiligten Vereinen und Bekannten hierdurch meinen aufrichtigsten Dank. 14406 Berta Barnowski nebst Tochter.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater) Wittwoch, abends 8 Uhr: Jugend. Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe. Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Im bunten Rock. Freitag, abends 8 Uhr: Im bunten Rock.

Schiller-Theater Charlottenburg. Wittwoch, abends 8 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller. Donnerstag abends 8 Uhr: Minna von Barnhelm. Freitag, abends 8 Uhr: Jugend.

Schwarzer Adler. Friedrichsberg. Bezirkspreiser Nr. 8. Mittwoch, den 13. Februar 1907, in dem mit einer prachtvollen Alpendekoration geschmückten Gesamttriumph: Großes Bock-Jubiläum- und Trubel-Fest unter Mitwirkung der Willy Walde-Sänger. Gebr. Arnhold. Großartige Ueberraschungen.

Zirkus Busch. Wittwoch, den 13. Februar 1907, abends 7 1/2 Uhr. Gala-Abend. Um 8 1/2 Uhr: Fortkämpfung der Engl. Box-Kämpfe. Ehrenpreis: Hr. Silberner Bock. Ausgestellt bei Herrn Gebirder Friedrichsberg. Unter den Linden 28. Als drittes Paar nach auswärts Joe Edwards (London - Berlin) und Rob. Schoemann (Königs). Neu! Neu! Manillo - Maritz - Truppe Uroboten. The Novellos (Jubler in Europa). Um 9 1/2 Uhr: ROM. Hr. Orig.-Mange-Ausstattungs-Bantomime in 7 Bildern. Bel. hervorzuheben: Die Todesfahrt über die zersprengte Brücke. Radium-Ballett. Voranzeige! Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sender-Konkurrenz.

Zirkus Schumann. Heute Wittwoch, den 13. d. Mtd., abends präz. 7 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre. Gala-Programm und nur kurzes Schauspiel. Die größte u. schönste aller existierenden Gruppen Mr. Richard Sawades einzig dastehende, wunderbar dressierte gemischte Raubtier-Gruppe, bestehend aus Königsigern, Löwen, Hirschen, Kragenshären usw., alles wirkliche Pracht-Exemplare. Außerdem: Die neu engagierten Spezialitäten. Um 9 Uhr zum 68. Male: Das größte Pracht-Ringen-Spektakel

St. Hubertus. Passage-Theater. Heute Mittwoch, den 13. Februar, zum 9. Male: Mal was Anderes! Hoffe von Leop. St. Josefina Oora, Georg Kaiser, Martin Bandix, Ernst Kottauer. Ferner: Die glänzenden Februar-Spezialitäten. Folies Caprice. Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Im Café Abelles. Ein Klavierkonzert. Anfang 8 Uhr. Bordverkauf 10-2 Uhr am der Theaterkasse und bei Berthelm. Kasino-Theater. Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Ledige Leute. Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann. Vorher das vollständig neue erfolgreiche bunte Februarprogramm. Sonntag 4 Uhr: Wutter Gräbert. Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs. Sonnabend, 16. Februar, abends 8 Uhr: Wiederbeginn der Spezialitäten-Vorstellungen mit einem ausserordentlichem Programm. Prater-Theater. Kastanien-Allée 7-9. Abends 8 Uhr: Die Waise aus Lowood. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Morgen: Die Elfe vom Erlenhof. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr. Reichshallen-Restaurant Bockbier-Fest.

Richard Keller. Am 10. Februar verschied plötzlich mein lieber Sohn, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Dies geht tiefbetruft an August Keller nebst Familie. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 14376

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis. Am 10. Februar starb plötzlich unser treues Mitglied, der Schüler Richard Keller im 29. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Richard Keller gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Partitibodenleger Anton Dockal am 9. Februar verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. (Filiale Groß-Berlin.) Todes-Anzeige. Am 11. d. M. nachts 1 1/2 Uhr ist unser langjähriges Mitglied, der Kollege Konitzer Hermann Tiller gestorben. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, mittags 12 Uhr, vom Trauerhause Köhlerstraße 68a aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. 14285 Die Sektionsleitung.

Dankfagung. Für die außerordentlich reiche Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Restaurateurs Karl Barnowski sage ich allen daran beteiligten Vereinen und Bekannten hierdurch meinen aufrichtigsten Dank. 14406 Berta Barnowski nebst Tochter.

Für Damen und Herren!
Volkstümlicher Vortrag
 mit Lichtbildern
 Donnerstag, den 14. Februar,
 abends 8 1/2 Uhr, in den Pracht-
 sälen des Steins,
 Frankfurter Allee 151/52
 von

Dr. phil. O. Kaplick.

Thema: Die sogen. Männer-
 krankheiten und Frauenleiden,
 deren Übertragung und Verlauf,
 sowie ihre Heilung nach einem be-
 sonderen Verfahren. — Wie
 schützt man sich vor diesen Krank-
 heiten? — Was ist gegen Kinder-
 losigkeit und Nervenschwäche an-
 zuwenden?

Höchst wichtig zu wissen für
 Frauen und Männer, für
 Kranke und Gesunde!

Nach dem Vortrage: Frage-
 beantwortung.

Eintritt 30 Pf.

Dr. phil. O. Kaplick,
 Berlin N. 4, Borsigstraße 18 I.
 (Sprechzeit täglich, auch Sonntags,
 9-3).

Neue Welt
 Seitenhefte 108-114.

Täglich: Münchener
Bockbierfest.

Muckl's neueste Schlager

Elite Tiroler Meistersinger.

Lina vom Heede
 Jodlerkönigin

Originellster Bock-
 jubel Berlins.

Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.



Gustav Behrens
 Theater,
 Berlin O.,
 Frankfurter
 Allee 85.

Das einzig bestehende

Elite-Februar-Programm.

24 Nummern.

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, in Verches Festsälen (am Kundell):

Bezirks-Versammlung für Friedrichshagen und Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen P. M. Groppe über: „Fortritte im Verkehrtwesen.“ 2. Wahl eines Kassierers für Friedrichshagen. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Jahresbericht der Ortsverwaltung.
 112/15

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenhäger Hof“, Rosenhägerstraße 11-12:

Anßerordentliche Branchenversammlung der Stellmacher.

Tagesordnung:
 1. Der neueste Kriegszustand der „Vereinigung Deutscher Wagenfabriken“ und welche Stellung nehmen wir hierzu ein? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Niemand lasse sich von dem Besuch der Versammlung abhalten.
 Die Branchenkommission.

Branche der Maschinenarbeiter.

Am Sonnabend, den 23. Februar 1907, in „Kellers Festsälen“, Kopenstrasse:

Großer Wiener Maskenball.

Drei Musikkapellen. Großartige Ueberraschungen.

Anfang 8 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pfennig.

Billets sind in den bekannten Zahlstellen und bei Pankow, Gubenstr. 12 zu haben. [1906] Das Komitee.

Stukkateure!

Donnerstag, den 14. Februar, abends pünktlich 8 Uhr:

Anßerordentliche Generalversammlung

bei Meier (früher Franke), Sebastianstraße 39.

Tagesordnung: 1. Der Ablauf unseres Lastvertrages. 2. Diskussion. 3. Antrag Steglitz und Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches; auch Lokalorganisierten nicht gegen Vorzeigen ihres Mitgliedsbuches die Teilnahme frei.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes. 173/7

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4. Nr. 4787

Freitag, den 15. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig (Stichwahl). Statutenberatung. Nur die Kollegen dürfen sich an der Wahl beteiligen, die die Beiträge bis zur zweiten Woche 1907 gefleht haben oder denen die Beiträge gestundet sind.

Die Ortsverwaltung. 124/9

124/9

Die Ortsverwaltung.

Bezirks-Versammlungen:

Steglitz: Freitag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstraße 17.

Tages-Ordnung:
 Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig. (Stichwahl.)

Süd-West: Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Kassenlokal, Lankestraße 5.

Pankow: Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Helwig, Meynstr. 4.

Nord-Ost: Montag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Neusch, Wismstraße 12.

Süd-Ost: Montag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Dalg, Skafingerstraße 51/52.

Süden: Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123.

Tagesordnung in allen Versammlungen: Wahl des Bezirksführers und Stellvertreters.

Küchenmöbelbranche! Donnerstag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Versammlung der in den Küchenmöbelfabriken ausgesperrten Maler und Anstreicher.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Succurs: C. 54, Stelutstr. 38. Ortsverein Berlin. Fernspr. Amt III Nr. 3100.

Sonntag, 17. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Königstadt, großer Saal, Schönhauser Allee 10-11:

General-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Revisionsbericht, Bericht des Ausschusses.
 2. Wahl des gesamten Vorstandes, eines Revisors, der Hilfskassierer, Ausschussmitglieder und Kontrollreue.
 3. Vorträge des Ausschusses.
 4. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand. J. U.: Heinrich Metzke. 129/2*

Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE



ALEXANDERPLATZ

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit der Vorrat reicht

4 Tage für Lebensmittel.

Früchte-Conserven		Colonialwaren		Früchte		Gemüse - Conserven	
	1/2 Dose 1/2 Dose		Pfund 5 Pfund		Dutzend 25 Pf.		1/2 Dose 1/2 Dose
Melange-Früchte	85 —	Pflaumen getrocknet	18 85 Pf.	Apfelsinen	25 Pf.	1 ^a Bruchspargel ohne Köpfe	55 33 Pf.
Aprikosen 1/2 Früchte	1 15 63 Pf.	Pflaumen getrocknet	22 Pf. 1 10	Dutzend	35 45 60 Pf.	Prima Bruchspargel III	80 45 Pf.
Kirschen rot ohne Stein	1 00 55 Pf.	Pflaumen getrocknet	28 Pf. 1 30	Messina-Apfelsinen	Originalkisten 150 Stück 625	Prima Bruchspargel Ia	1 10 60 Pf.
Sauerkirschen mit Stein	64 37 Pf.	Calif. Pflaumen getrocknet	38 Pf. 1 10	Mandarinen	Pfund 35 Pf.	1 ^a Riesenbruchspargel	1 30 70 Pf.
Pflaumen süß-sauer	70 40 Pf.	Gemischtes Backobst III	33 Pf. 1 55	Schalmandeln	Pfund 90 Pf.	1 ^a Stangenspargel mittelstark	1 10 60 Pf.
Pflaumen süß 1/2 Frucht	55 33 Pf.	Gemischtes Backobst II	45 Pf. 2 10	Traubenrosinen	Pfund 85 Pf.	1 ^a Stangenspargel stark	1 35 73 Pf.
Birnen Bergamott	80 45 Pf.	Gemischtes Backobst I	58 Pf. 2 75	Feigen Imperial locoum	Pfund 65 Pf.	1 ^a Stangenspargel extrastark	1 70 90 Pf.
Preisselbeeren ca. 5 Pfd. 1 05	68 —	Ringäpfel	48 Pf. 2 30	Feigen Prima Erbegli	Pfund 40 Pf.	Schoten u. Carotten I	75 43 Pf.
Preisselbeeren ca. 10 Pfd. 3 10	—	Schnitnudeln	35 Pf.	Datteln	Carton 35 Pf.	Junge Carotten	48 29 Pf.
Reineclauden	80 45 Pf.	Bandnudeln	35 Pf.	TEE, neueste Ernte		Perl-Brechbohnen	38 24 Pf.
Stachelbeeren	70 40 Pf.	Maccaroni	35 Pf.	Pfund I II III IV V VI		Kohlrabi in Scheiben	24 — Pf.
Senfgurken mit Glas	85 —	— KAFFEE gebrannt —		Mischung I II III IV V VI		Spinat	45 28 Pf.
Zuckergurken mit Glas	1 05 —	Mischung I II III IV V VI	Pfund 83 90 Pf. 1 05 1 15 1 35 1 55	Mischung I II III IV V VI	Pfund 1 15 1 80 2 20 2 70 3 50 4 20	Pfefferlinge	48 29 Pf.
Kürbis mit Glas	95 —					Bayr. Steinpilze in eig. Saft	1 30 70 Pf.

Cervelat-u. Salamiwurst Ia, Pfd. 1 25	Pa. Gänsepökelfleisch Keulen Rücken per Pfund 72 60	Zwiebelleberwurst Pfund 52 Pf.
Thüringer Cervelatwurst in Blasen Pfund 1 65	Pa. Pomm. Gänsebrüste extra Qualität Pfund 1 80	Westf. Bauernwurst Pfund 95 Pf.
Ia Mettwurst Pfund 90 Pf.	Pa. Gänsebrüste Pfund 1.50	Hausschlachte Rotwurst in Fettdarm Pfund 70 Pf.
Delicatessleberwurst Pfund 70 Pf.	Gänse-Rollkeulen geräuchert Pfund 1.40	Pr. Rotwurst, angeräuchert Pfund 52 Pf.
	Offene Gänsekeulen geräuchert Stück 75 Pf.	

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Mittwoch: Zahlabend. Wir ersuchen alle diejenigen Genossen, welche noch im Besitz von Sammelkarten sind, heute mit denselben abzurechnen.

Groß-Lichterfelde. Wir machen die Vereinsmitglieder aufmerksam, daß die Zahlabende von heute ab in folgenden Lokalen stattfinden: Für den Westen bei Reisen, Chaussee 104, und bei Passogga, Chaussee 55 (nicht bei Traeger); für den Osten im Kaiserhof, Kranoldplatz.

Treptow-Baumhulweg. Parteigenossen! Wir ersuchen Euch, zuevordem Neuaufstellung des Bibliothekskatalogs die entliehenen Bücher usw. bis Sonnabend, den 18. Februar cr., bei den Bibliothekaren Genossen Gramenz und Schüler abzuliefern.

Köpenick. Der Zahlabend findet heute abend für die Reichsvorstadt bei Wilhelm Zeidler, für die Altstadt bei Gustav Müller, für die Damm-Vorstadt bei Fritz Schüler und für die Köpenicker Vorstadt bei Karl Seidel statt.

Neuenhagen. Den Genossen zur Nachricht, daß der Zahlabend am heutigen Mittwochabend stattfindet.

Kaulsdorf. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Rees Zahlabend statt. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Zu dem am Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Ramlow, Schönholz 11, stattfindenden Stiftungsfest verbunden mit Kabarett-Abend der Dretzilda Margarete Balkotte sind auf dem heutigen Zahlabend noch einige Billets bei den Bezirksführern zu haben. Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß die entnommenen Billets ebenfalls heute zu bezahlen und nicht verkauften Billets zurückzugeben sind.

Oranienburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 13. Februar, der Zahlabend in den bekannten Lokalen stattfindet. Die Genossen werden ersucht, sich daran vollständig zu beteiligen.

Berliner Nachrichten.

„Betimpelungsversuche.“

„Ueber das Ergebnis der Reichstagswahlen kann nur die Regierung frohlocken, nicht wir Liberalen!“ So klagte im zweiten Wahlkreis Berlins in einem freisinnigen Bezirksverein der Tempelhofer Vorstadt der Stadtverordnete Kreitling, der dort am Montag seinen Zuhörern auseinandersetzte, welche Lehren der Liberalismus aus den Reichstagswahlen zu ziehen habe.

Herr Kreitling ist offenbar auch einer von jenen „Riesmachern“, die aller Welt erzählen, der Liberalismus sei trotz seinem Gewinn an Mandaten doch wieder nur der „Geneppte“. Er traf aber durchaus die Stimmung der Zuhörer, und in der Diskussion wurde ihm bestätigt, daß die Regierung die Liberalen nur habe „betimpeln“ wollen. Herr Kreitling kann und will nicht frohlocken, weil er weiß, daß infolge des bedeutenden Mandatverlustes der Sozialdemokratie die gesamte Linke des Reichstages jetzt noch schwächer als vorher ist. Er fürchtet, daß die Regierung ihre Nachstellung ausnützen werde. Sie werde nicht nur durch eine erhebliche Vermehrung der Flotte, ohne die sie ihre Kolonialpolitik nicht durchführen könne, der Bevölkerung neue Steuern auferlegen. Um diese Pläne durchzuführen, werde sie wahrscheinlich auch dem Zentrum neue Zugeständnisse machen, neue Zugeständnisse an die Volkverdrummung. Der „Riesmacher“ bemerkte trübselig, dann sei es „ganz sicher, daß die Sozialdemokratie wieder Oberwasser kriegen und bei den nächsten Reichstagswahlen mit sehr viel mehr Mandaten in den Reichstag zurückkehren werde“.

Da kann er recht haben. Um aber dieses Entschlechte zu verhüten, solle der Liberalismus, so führte der Referent aus, nunmehr „Anschluß nach links“ suchen und sich bemühen, die verständigen Elemente der Arbeiterschaft zu gewinnen. In der Wahlkitation haben die Liberalen das dadurch erreichen zu können geglaubt, daß sie die Sozialdemokratie mit den Waffen des Lügenverbandes bekämpften. Sie haben uns in der unflätigsten Weise beschimpft, auch hier in Berlin. Das hat aber nicht gehindert, daß die Gesamtzahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen noch weiter gestiegen ist. In Berlin auf reichlich 1/4 Million, im ganzen Reich auf 3 1/2 Millionen. Herr Kreitling empfahl am Montag ein anderes Verfahren. „Wir müssen“, sagte er, „den Arbeitern zeigen, daß wir nun auch was für sie tun wollen.“ Er erzählte, er selber sei Mitglied des Aufsichtsrates einer Gesellschaft. Da sei Gewinnbeteiligung der Arbeiter eingeführt, und die habe sich bisher ganz gut bewährt. Er riet, in diesem Punkt noch weiter zu gehen, und erörtere den Plan einer Spar- und Prämienkasse, die dem Arbeiter eine um so höhere Vergütung der von ihm eingezahlten Beträge gewähren soll, je länger er in demselben Betrieb ausdauert. Voraussetzung ist aber, daß der Arbeiter hübsch artig bleibt und sich nicht mit Organisationen einläßt, die dem Arbeitgeber unangenehm sind. Wenn er sich von solchen Organisationen fernhält, dann genießt er auch den Vorzug, daß er bei Aussperrungen nicht mit ausgesperrt wird. Herr Kreitling fügte schmunzelnd hinzu, daß sei ein Vorteil nicht nur für die betreffenden Arbeiter, sondern ebenso auch für die Unternehmer, die sich dadurch einen Stamm treuer Arbeiter schaffen und mit ihnen den Betrieb auch während der Aussperrung aufrecht erhalten können.

Also Zuckerrut und Beißche sind die Mittel, mit denen auf gewerblichem Gebiet die Arbeiterklasse gefügig gemacht werden soll. Aber auch auf politischem Gebiet scheint man sich mit Plänen zu tragen, von denen Verwirklichung der Liberalismus eine Zurückgewinnung der „verständigen Elemente“ erwartet. Als in der Diskussion eine fraktionelle Einigung der drei liberalen Gruppen als notwendig bezeichnet wurde, stimmte der Referent zu, und er erklärte bei dieser Gelegenheit, er werde alle Bestrebungen unterstützen, die auf Wiederherstellung der alten Fortschrittspartei abzielen. Gemeindeführer Herr Matthes, gleich Kreitling ein Wortführer der Liberalen im zweiten Kreis, sprach die Hoffnung aus, jetzt werde sich sogar wieder ein Zusammengehen der Liberalen mit der Sozialdemokratie ermöglichen lassen. Die Sozialdemokratie habe so sehr den „Kajenjammer“, daß sie vielleicht bereit sein werde, auf die Brücke zu treten, die der Liberalismus ihr baue.

Der Kajenjammer scheint bei den Liberalen stärker zu sein als bei uns. Daraus erklärt sich dann auch das Anlehnungs-

bedürfnis, das sich da drüben einstellt. Uebrigens war es dieser Herr Matthes, der den oben angeedeuteten Ausdruck tat, die Regierung habe die Liberalen nur „betimpeln“ wollen. Er fügte aber hinzu: „Wir lassen uns nicht betimpeln.“ Er und seine Freunde scheinen zu glauben, daß der Liberalismus mit der geplanten „Betimpelung“ der Arbeiter mehr Glück haben werde.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 14. Februar 1907, nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend: die Festsetzung von Fluchtlinien für einen neuen Straßenzug zwischen der Königgräber- und Lennestraße in der Verlängerung der Vossstraße. — Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen in den Etatsetat 49 für 1907, und den Ankauf eines Schulgrundstückes an der Genter Straße. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungsarbeiten über: 34 Rechnungen, die Verantwortung der zu den Jahresabschlüssen der Stadthauptkasse für die Etatsjahre 1903 und 1904 gestellten Anträge, sowie über die Jahresabschlüsse für das Etatsjahr 1905, betreffend die Hauptauftragsgasse, die städtischen Gaswerke und die Kanalisationswerke und Rieselfelder. — Berichterstattung über die Anträge von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Beschaffung usw. von zwei Automobilen für Zwecke der städtischen Verwaltung, und die Anschaffung von Kraftwagen auf den Straßenbahnen für die Mitglieder der beiden städtischen Behörden. — Vorlagen, betreffend: die erfolgte Bauabnahme des neuen Andreas-Realschulbaus in der Köpenickerstraße 75/76, — den Etat der Kasernenverwaltung der städtischen Werke für das Etatsjahr 1907 — und den Abschluß eines Kaufvertrages über ein Grundstück in Lisdorf. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend: schnellere Beiseitigung der Schneemassen bei größeren Schneefällen. — Vorlagen, betreffend: die Anlegung einer Gartenanlage auf dem Comeniusplatz — die Wiederherstellung von Beiträgen der Drechslerinnung zu den Unterhaltungskosten der Berliner Tischlerschule — die Abänderung der Fluchtlinien an der Ecke der Neuen Friedrich- und Stralauerstraße aus Anlaß des Neubaus des Verwaltungsgebäudes der städtischen Gaswerke — den Bau der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien sowie die nachträgliche Bewilligung eines vorschubweise zur Verfügung gestellten Betrages von 10 000 M. für die Kosten weiterer Vorarbeiten — die Abänderung der Straßenanlage behufs Verlängerung der Pultitzstraße über den Bahnhof Moabit bis zur Straße 30, Abteilung VIII des Bebauungsplanes, sowie zur Fortsetzung einer Fluchtlinie vor der Einmündung der abzuändernden Verlängerung der Pultitzstraße in die Straße 30, Abteilung VIII des Bebauungsplanes, — die Erbauung einer Ueberführung der verlängerten Pultitzstraße über den Bahnhof Moabit und einer im Zuge der Föhrenstraße über den Spandauer Schiffsahrtskanal führenden Straßenbrücke.

Die Wasserfrage für die Grundstücke in der Straße Am Tempelhofer Berg gestaltet sich, wie in der Montag stattgehabten Sitzung des freisinnigen Vereins der Halleschen Vorbezirke zur Sprache kam, immer schwieriger, und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Angelegenheit zu einem günstigen Resultat führen dürfte. Ein gegen die Aktiengesellschaft für Grundbesitz einzuleitendes Enteignungsverfahren würde sich sehr in die Länge ziehen, und, wie aus Stadtverordnetenkreisen mitgeteilt wurde, auch nur dann vom Magistrat angestrengt werden, falls die interessierten Kreise eine Entschädigungspflicht gewährleisten. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß seitens der Eigentümer der Grundstücke bis zum 30. Juli d. J. der Nachweis einer geeigneten Wasserführung zu den Häusern, wie ihn das Polizeipräsidium fordert, gegeben werden kann, wenn nicht auf gutlichem Wege eine Einigung mit der Gesellschaft für Grundbesitz erzielt wird. Man habe sich mit dem Projekt getragen, die Leitungsröhren aus dem Straßengelände zu verlegen und sie durch die Vorgärten der in Betracht kommenden Grundstücke zu ziehen. Hierbei aber sei ein neuer Verstoß entstanden. Ein Kaufmann G. macht jetzt ein Verstoßrecht auf diese Terrains geltend und verlangt für dieselben eine ungewöhnlich hohe Summe. Die ganze Sachlage sei eine so verwickelte, daß es nicht möglich wäre, gegenwärtig festzustellen, wer nun der wirkliche Besitzer der Terrains sei. So behaupten die Besitzer der in Betracht kommenden Häuser, daß sie die Vorgärten laut Vertrag mit den bebauten Grundstücken gekauft hätten. Aus dem Grundbuche ist dies aber nicht sofort mit Sicherheit festzustellen. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz verlangt aber für die Abtretung des völlig wertlosen, unbebauungsfähigen Geländes die Summe von 25 000 M. Die Herstellung von Brunnenanlagen sei aus technischen Gründen nicht möglich; die Döse der Grundstücke sind zu eng, und auf der Straße gestattet die Baugesellschaft nicht die Brunnenbohrungen. Außerdem würden die Brunnen bei der Höhenlage des Geländes nicht genügenden Wasserdruck geben. Stadtverordneter Kreitling und Justizrat Dr. Guttmann erteilten den Interessenten den Rat, sich mit der Gesellschaft für Grundbesitz zu einigen und den Magistrat zu ersuchen, eine Beihilfe zu den aus der Einigung entstehenden Kosten zu bewilligen.

Die Straßenhändler gegen den groben Unfug-Paragrafen. Eine Protestversammlung der Berliner Straßendruck- und Buchhändler beschloß am Montag abend in Voelkers Festhällen mit den neuerlichen Maßnahmen der Berliner Polizei gegen die Händler. Wie mitgeteilt wurde, hat der Polizeipräsident in diesem Jahre infolge einer Erneuerung eingeführt, als auf der Rückseite der Gewerbescheine für die Druck- und Buchhändler diejenigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen verzeichnet sind, die auf den Straßenhändler Bezug haben. Nun befindet sich darunter aber auch der § 300 Abs. 11 des Reichsstrafgesetzbuches, der sogenannten groben Unfug-Paragrafen. Dies hat unter den Straßenhändlern die Befürchtung auskommen lassen, daß gegen sie noch mehr als bisher mit diesem Paragrafen vorgegangen werden soll. In der Montagabendversammlung wurde darüber Klage geführt, daß vielfach besonders beim Handel mit politisch nicht genehmen Schriften der grobe Unfug-Paragrafen von der Polizei herangezogen werde, um den Händler die Ausübung seines Berufes zu erschweren, wenn nicht ganz zu verhindern. Einstimmig wurde zum Schluß folgende Resolution angenommen: „Die heute in Voelkers Festhällen versammelten Druck- und Buchhändler nehmen Kenntnis davon, daß unter den gesetzlichen Bestimmungen über den Straßenhändler, die das Polizeipräsidium auf den diesjährigen Gewerbescheinen zum Abdruck gebracht hat, sich auch der grobe Unfug-Paragrafen befindet. Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß dieser bedenkliche Paragrafen auch für die Händler in Anwendung gebracht werden soll, sobald es sich um den Handel mit Druckschriften handelt, die der Polizei nicht genehm sind.“ — Ferner wurde beschlossen, eine Petition in gleichem Sinne dem preussischen Abgeordnetenhaus einzurichten.

Zur Regelung der Lehrgeschäfte. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals in den Berliner Gemeindefschulen trat am Montag zusammen. Der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Kirchner und die beiden Stadtschulräte Dr. Michaelis und Dr. Fischer vertreten. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Annahme der vorgelegten Magistratsvorlage vom 30. November v. J. mit zwei Abänderungen zur Annahme vorzuschlagen. Danach würde das Grundgehalt, die

Mietenschädigung, wie in der Vorlage vom 30. November vorgehen, unverändert bleiben. Es bleiben auch die zehn Alterszulagen; nur die erste nach sieben Dienstjahren wird von 150 M. um 50 M. auf 200 M. erhöht, dagegen die Alterszulage nach dem 17. Dienstjahre von 300 M. um 50 M. auf 250 M. erniedrigt. Dieser Vorschlag des Ausschusses entspricht dem bekannten Antrage von Cassel-Rosenow vom 13. Dezember v. J. und unterscheidet sich nur dadurch von diesem, daß nach dem 17. Dienstjahre statt 300 M. nur eine Zulage von 250 M. gegeben wird.

Wer kann unbesoldeter Kommunalbeamter werden? Auf Veranlassung des Stadtverordneten-Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten ist eine Zusammenstellung derjenigen Bestimmungen gedruckt worden, die bei den Vorschlägen zur Wahl von unbesoldeten Gemeinde- bzw. Staatsbeamten zu beachten sind. Da in Berlin rund 27 000 unbesoldete Kommunalämter vorhanden, wovon jährlich gegen 5500 neu zu besetzen sind, so haben diese Bestimmungen allgemeines Interesse. Mit Ausnahme der Armenkommissionen ist zunächst für alle übrigen Ämter bei der Wahl die preussische Staatsangehörigkeit Vorbedingung. Zum Mitgliede einer Armenkommission kann dagegen jeder Deutsche — auch Frauen — mit einem Mindesteinkommen von 900 M. vom 21. Lebensjahre ab gewählt werden. Die Mitglieder der Berufungskommissionen (Entlohnungsämter) und der Veranlagungskommissionen sowie der Unterkommissionen müssen 25 Jahre alt und Preußen sein, bevor sie berufen werden können. Die Mitglieder des Bezirksausschusses und der Schiedsmänner müssen mindestens 30 Jahre alt und alle übrigen mindestens 24 Jahre alt sein. Auch müssen sie sämtlich mit Ausnahme der Mitglieder der Steuerkommissionen ein Einkommen von 900 M. haben. Bei letzteren genügt ein Einkommen von 600 M. Das Vorschlagsrecht besitzen in den meisten Fällen die Stadtverordneten. Das Vorschlagsrecht, soweit ein solches besteht, liegt in den meisten Fällen in den Händen des Magistrats, und nur bei den Schiedsmännern hat der Präsident des betreffenden Landgerichts es auszuüben. Von den 27 000 unbesoldeten Beamten werden rund 15 000 gewählt und die übrigen zur Hälfte gewählt und zur Hälfte ernannt, und zwar durch den Finanzminister bzw. den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen und die Steuerdirektion.

Ein übereifriger Schuldirektor. Bürgerliche Blätter berichten:

Wegen Nichtbeteiligung an der Kaisergeburtstagsfeier ist der Quartaner Hoffmann, Sohn des bekannten sozialdemokratischen Stadtverordneten Hoffmann, von der 4. Städtischen Realschule in der Dierckelmeierstraße verwiesen worden. Er ist wie sein Vater Dissident und war deshalb von dem Religionsunterricht dispensiert worden. Da er wie im Vorjahre auch diesmal die Kaisergeburtstagsfeier nicht besuchte und auf Befragen erklärte, daß er auf Veranlassung seines Vaters zu der „religiösen“ Feier nicht erscheine (es wird ein Gebet gesprochen), so nahm der Leiter der Anstalt, Direktor Professor Langer, Veranlassung, die Aufsichtsbekörde, das königliche Provinzialschulkollegium, um Verhaltungsmaßregeln für diesen Fall zu bitten. Die Antwort traf alsbald ein und lautete, daß der Schüler Hoffmann sofort von der Anstalt zu entlassen sei, da er sich durch sein Verhalten außerhalb der Schulgehege gestellt habe. Eine patriotische Schulleiter sei keine religiöse, ein Dispens von dieser sei nach Lage der Sache nicht statthaft. Wie wir erfahren, trifft die Sache im wesentlichen zu. Genosse Hoffmann hat gegen die Verweisung seines Sohnes den Beschwerdebeweg beschritten.

Schon wieder ein Dampfer gesunken. In der gestrigen Nacht ist der bei Fürstentum im Winterlager berankerte Schleppdampfer „Karl“ plötzlich aus unbekanntem Ursprung gesunken. Es ist dies nun schon das dritte derartige Fahrzeug, welches in diesem Winter an der Ankerstelle untergegangen ist. Bei der gleichartigen der Schiffsalastropfen erscheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß das Sinken der Fahrzeuge durch böswillige Beschädigungen der Rielwände herbeigeführt wurde. Hierüber dürfte jedoch erst Klarheit zu schaffen sein, sobald es gelungen ist, die gesunkenen Dampfer wieder zu heben.

Zwei Lebensmüde. Mit Hilfe des Mordgiftes hat gestern das 20jährige Dienstmädchen Ida John im „Hotel zum Fischen“ in der Köpenickerstraße 97 ihrem jungen Leben ein Ende bereitet. Die J. hatte sich in einen jungen Mann verliebt, doch war nicht die geringste Aussicht für eine eheliche Verbindung vorhanden. Aus Gram hierüber vergiftete sie sich mit Arsen und starb auch bald an den Folgen des Giftes. — Am Fensterkreuz erhängt hat sich der Kaufmann Bed in dem Hause Mauerstraße 13. Da der Selbstmörder bei der Entdeckung der Tat noch schwache Lebenszeichen von sich gab, wurden sowohl ein Arzt als auch die Samariter der Feuerwehr herbeigerufen. Die Bemühungen, B. am Leben zu erhalten, waren jedoch erfolglos.

Auf der „Schlitterbahn“ verunglückt. Vom Schicksal schwer verfolgt wird der 49jährige Maurer Karl Gärtner aus der Puhlfelderstraße 40. Vorgefunden war G. nach zweimonatlichem Krankheitslager wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden und heute morgen wollte er zum ersten Male wieder zur Arbeit gehen. Als er vor seinem Wohnhause den Bürgersteig passierte, geriet er auf eine Schlitterbahn, glitt aus und zog sich bei dem Sturze einen schweren Oberschenkelbruch zu. Anstatt zur Arbeitsstätte wurde der Bedauernswerte nun in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Diebstähle en masse werden vom gestrigen Tage berichtet: Ein recht „schwerer“ Diebstahl wurde auf dem Grundstück der Elektromotorgesellschaft am Schiffbauerdamm 21 ausgeführt. Von dort stahlen Einbrecher acht Jemmer Kabelleitungen im Werte von 650 Mark. Unbemerkte schleppte die Bande die schwere Beute davon. — Ein ähnlicher Diebstahl wurde in der Maschinenfabrik von Lomaschewsky am Michaelsträßchen verübt. Eine Umbrecherbande lud auf einen Handwagen mehrere Jemmer Kupferblech und fuhr ungehindert mit der wertvollen Beute davon. Die betroffene Firma ist durch den Diebstahl um 700 Mark geschädigt worden. — Wertvolle Beute machten auch Einbrecher, die in die Wohnung des Gastwirts Hoffmann, Grenzauerstr. 28, eindrangen. Es fielen ihnen für 700 M. Wertgegenstände in die Hände. — Weniger Erfolg hatten Diebe, die der Schankwirtschaft von Matella in der Alten Jakobstr. 64a eine nächtliche „Visite“ abstatteten. Die ganze Beute bestand aus einem Automaten, einer Harmonika, einer Tischdecke und 100 Zigarren. — Mehr „Glück“ hatten dagegen Einbrecher, die in der Wohnung der Rentiere Metlich, Eisenacherstr. 79, einen Diebstahl verübten. Sie erbeuteten eine größere Anzahl von Brillanten und anderen Wertgegenständen. — Für 600 M. Wurst- und Fleischwaren erbeuteten Langfinger in der Dellatefenshandlung von Lüders in der Brunnenstr. 60.

Ein schwerer Straßensank trug sich gestern gegen Abend am Bahnhof Alexanderplatz zu. Dort wurde durch einen Automobilomnibus der Linie 8 (Wilhelmstraße — Straußberger Platz) ein etwa zehn Meter hoher Eckständer der Straßenbeleuchtung umgestürzt. Der schwere eiserne Obertheil der Laterne fiel einem gerade vorübergehenden jungen Mann auf den Kopf und zerschmetterte dessen Schädeldede. Mit lautem Aufschrei flog der Mann zur Erde und blieb blutüberströmt liegen. Straßenspassanten schafften den Verunglückten nach der Anfall-

Station in der Reibstraße, von wo aus er nach Anlegung von Verbänden nach dem Friedrichshain-Krankenhaus gebracht wurde. An seinem Auskommen wird gezweifelt. Da er bis zum Abend die Besinnung überhaupt noch nicht wieder erlangt hatte und auch keinerlei Papiere bei sich trug, so konnte das Nationale des Bedauernswerten noch nicht festgestellt werden. Den Führer des Automobilomnibusses trifft keine Schuld, da der Unfall durch das Schlendern seines Wagens verursacht wurde.

Zeugen gesucht. Personen, welche die am 25. Januar, abends von 11—11 Uhr vor dem Lokal „Dachsbau“ am Schleifischen Tor durch die Polizei vorgenommenen Verhaftungen beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse bei Gustav Abel, Cuxstraße 13, vom 2 Treppen abzugeben.

Zeugen gesucht. Am 19. November 1906 abends gegen 6 Uhr soll ein Tischlergeselle in der Pringenstraße unweit der Ecke der Dresdenstraße einem anderen jugendlichen Tischlergesellen, der ihm aus der Richtung der Dresdenstraße her entgegen kam, in den Unterleib gestochen haben, so daß jener zu Boden stürzte. Demnächst soll er einen älteren Herrn, der ihn zur Rede stellte, heftig beleidigt haben, so daß dieser seinen Klemmer verlor. Der erwähnte Tischlergeselle ist wegen dieses Vorfalls, den er selbst wesentlich anders darstellt, angeklagt. Personen, die das fragliche Merkmal beobachtet haben, werden gebeten, sich schriftlich schriftlich zu melden bei Oskar Kraetz, Tischler, Berlin SO. 33, Faldensteinstraße 34 bei Frau Vogel.

In einem Straßenbahnwagen der Linie 34 liegen gelassen hat ein Handlungsgeselle am 9. d. Mts. vollgeladene Tabakblätter im Werte von 100 M., die er nach dem Tabakparverein „Norden“ in der Brunnenstraße bringen sollte. Da der Angestellte den Betrag von seinem geringen Gehalte ersetzen muß, glaubt er durch einen öffentlichen Hinweis den eventuellen Finder zur Rückgabe zu bewegen. Der Hinweis, in dem sich die Karten befanden, war mit vollständiger Geschäftsadresse versehen, eventuell kann auch Mitteilung an H. Schar, Tegelerstr. 51, gemacht werden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Dorotheenstraße 78/79 in einer Wohnung Feuer aus, dem Bett, Möbel usw. zum Opfer fielen. Die Feuerwehr mußte kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Nachts um 2 Uhr brannte in der Stephanstraße 60 ein Kohlenladen. Gestern früh um 7 Uhr hatte der 9. Zug in der Möckernstraße 104 zu tun, wo durch Zerbrechen einer Petroleumflasche Feuer ausgebrochen war. Eine Stunde später brannte in der Oranienstraße 28 ein Lumpenlager. Der 11. Zug wurde nach der Bellealliancestraße 3 gerufen, wo in einem Spänelager Feuer ausgebrochen war. Vor dem Hause Am Schöneberger Ufer 30 brannte ein elektrisches Automobil. Wegen eines Fußboden- und Kalkenbrandes wurde der 20. Zug nach der Fischerstraße 3 III gerufen. Regale, Kleider, Hausat, Wäsche, Betten u. a. brannten Landbergerstraße 29. In der Potsdamerstraße 54 mußte wegen der großen Gefahr für die Passanten Eis vom Dach entfernt werden. Ferner hatte die Wehr in der Eisassersstraße 8, Blankenfelderstraße 10, Korridorstraße u. a. Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonne.

Donnerstag abend 9 Uhr, Dresdenstr. 45: Vortrag des Kreisarztes Dr. Wehner über: „Die Erkrankungen des Nervensystems durch Unfälle.“ Gäste willkommen. Danach Mitglieder-Versammlung nur für Mitglieder. Geschäftliches und Verschiedenes.

In Lichtenberg: 4. Abteilung, Übungsstunde. Vortrag über Vergiftungen. Vortragende: Herr Dr. Hirschfeldt. Daran anschließend praktische Übungen. Übungsort ist bei Pielenhagen, Schanzenstr. 60.

Am Sonntag präzis 6 Uhr Dresdenstr. 45: Lichtbilder-Vortrag.

Vorort-Nachrichten.

Es bleibt bei der Räumung der Dachgeschosse in den Vororten. Durch Verfügung der Landräte von Teltow und Niederbarnim sind, wie wir vor einiger Zeit bereits unter Nieder-Schönhagen mitteilten, die Hausbesitzer in den Vororten, wo die landhausmäßige Bebauung vorgeschrieben ist, aufgefordert worden, zum 1. Januar resp. 1. April die Dachgeschosse, welche sie allgemein zu Wohnungen eingerichtet hatten, zu räumen, weil deren Vermietung nach der Bauordnung nicht angängig ist. Auf verschiedene Beschwerden ist nun vom Regierungspräsidenten zu Potsdam folgende Antwort eingegangen: „Ich bin nicht in der Lage, die Herren Amtsvorsteher zur Zurücknahme der Verfügung zu veranlassen, durch welche die mit den hauspolizeilichen Vorschriften in Widerspruch stehende Vermietung von Wohnräumen in Dachgeschosse untersagt wird, gez. in Vertretung v. Jagow.“

Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung in einer ausgedehnten Debatte mit dem Entwurf einer neuen Kanalisationsgebühren-Ordnung. Schon vor einem Jahre war vom Magistrat eine diesbezügliche Vorlage gemacht worden, die sich darauf begründete, daß in Schöneberg die Kanalisationsgebühren nach einer alten Methode berechnet würden. Die Hausbesitzer Schönebergs hätten dadurch einen großen Vorteil, gehörten sie doch zu denen, die die niedrigsten Gebühren von den benachbarten Gemeinden zahlten. Die Herren Hausbesitzer, die über die Majorität in der Stadtverordnetenversammlung verfügen, verstanden es ausgezeichnet, die Sache möglichst weit hinauszulassen; sie sprachen auch den Mietern das Recht ab, bei der Vorbereitung der Gebührenordnung mitzureden. Die sozialdemokratische Fraktion wurde gänzlich aus der zur Vorbereitung eingehenden gemischten Deputation ausgeschlossen. Das Produkt dieser langwierigen Beratungen lag nun der Stadtverordnetenversammlung in zwei Sitzungen vor und wurde am Montag mit einer kleinen Majorität angenommen. Der Bericht des Magistrats und der Bericht des Ausschusses betonten in ihrer Begründung besonders, daß sie davon Abstand genommen hätten, die Mieter auch noch zur Zahlung von Gebühren heranzuziehen. Von unseren Parteigenossen Bäuml und Friß wurde treffend darauf hingewiesen, daß die Hausbesitzer es sehr wohl verstanden, die Lasten auf die Mieter abzuwälzen, ja die Erfahrung hat gelehrt, daß vielfach noch darüber hinausgegangen werde.

Angenommen wurde ferner eine Vorlage des Magistrats betr. Erteilung des Zuschlags bei Submissionen. Nach dieser Vorlage bedarf es bei Ausschreibung von Lieferungen oder Leistungen sowie bei Verpachtungen und Vermietungen im Wege der Ausschreibung für die Erteilung des Zuschlags eines Gemeindebeschlusses, wenn von der Stadtverordnetenversammlung für die Lieferungen oder Leistungen Geldmittel nicht bewilligt werden oder die aus der Verpachtung oder Vermietung zu erzielenden Einnahmen nicht festgesetzt sind oder wenn die bewilligten Mittel überschritten oder die festgesetzten Einnahmen nicht erreicht werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es noch große Auseinandersetzungen mit dem Magistrat wegen der mangelhaften Schneefahrt. Von verschiedenen Seiten wurde darüber Beschwerde geführt, daß die verkehrsreichsten Straßen zu wenig berücksichtigt werden.

Die Weiterberatung des Etats mußte vertagt werden, da um 10 Uhr die Verschlussfähigkeit der Versammlung eingetreten war. Hierbei machten die Vertreter der Minderheit der Mehrheit den Vorwurf, daß letztere absichtlich die Verschlussfähigkeit herbeiführe.

Rixdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung tagt am Donnerstag dieser Woche, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Gymnasiums in der Kaiser Friedrichstraße. In öffentlicher Sitzung sind folgende Gegenstände zu beraten: Anlage der verlängerten Rogat- und ihrer Nebenstraßen — Bildung eines Grundbesitzervereins — Verwendung des Mehrüberschusses der Gasanstalt aus dem Jahre 1905 — Einrichtung eines Omnibusverkehrs mit Treptow — Ratsteller-Vachtvertrag. Die anschließende geheime Sitzung beschäftigt: Pensions-

sachen und Anstellung von Beamten — Ehrenbeamten-Wahlen — Verkauf eines Grundstücks.

Wilmersdorf.

Die Gemeindevertretung beschloß am Montag zunächst den Beitritt zum deutschen Städtebund. Für die Vertretung Wilmersdorfs an dem vom 23. September bis Mitte Oktober im Reichstagsgebäude tagenden hygienischen Ausstellungen wurden 3000 M. bewilligt. Es sollen dort die Modelle und Pläne der Wilmersdorfer Kläranlage und Kanalisation ausgestellt werden. Für den Ausbau der Sanitätskassen wurden 350 M. angelegt. In der 5. Gemeindegemeinschaft sollen zwei Klassenzimmer vorübergehend gemietet werden; es wurden hierfür 500 M. bewilligt.

Köpenick.

Bei den vorigen Woche stattgefundenen Stadtverordneten-Erwahlungen wurde in der 3. Abteilung Genosse J. S. r. a. l. mit 978 Stimmen gewählt. Ein bürgerlicher Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Die 2. Abteilung wählte mit 197 Stimmen den Kandidaten der Bezirksvereine Gutmaiermeister L. u. S. t.; auf Rentier G. r. i. s. h. entfielen 51 Stimmen.

Tegel.

Die Kreisstadtwahl im Bezirk X (Tegel), die infolge der ungünstigen früheren Wahl notwendig wurde, fand am Montag statt. Von den 84 abgegebenen Stimmen fielen 16 auf den Schöffen Reichelt-Tegel und 18 auf den Amtsvorsteher Münster-Birkenwerder. Dieser ist somit gewählt. Bei der letzten Wahl war Amtsvorsteher Weigert-Tegel mit 17 Stimmen gegen 16, die auf den Amtsvorsteher Münster fielen, gewählt worden. Infolge der Ungültigkeitserklärung verzichtete ersterer auf seine Kandidatur für die jetzige Wahl.

Reinickendorf.

Ein Oyster seines Leichtsinns wurde gestern der 27-jährige Schloffer Bertha, als er gegen 7 Uhr abends die Residenstraße passierte. Dort kam ihm in ziemlich schneller Fahrt ein Privatautomobil entgegen gefahren und B. sprang kurz vor dem Kraftwagen auf den Fahrdamm, die Arme ausbreitend, als ob er das Automobil aufhalten wolle. Der Wagenführer minderte sofort die Fahrgeschwindigkeit und versuchte gleichzeitig, dem O. auszuweichen. In demselben Augenblick aber trat der Schloffer zur Seite, glitt aus und geriet unter die Räder des Autos. B. wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Die Ausweisung Bestrafter.

Ueber das Thema der polizeilichen Ausweisungsbefugnis gegenüber Strafgefangenen wurde in der Februarmonats-Sitzung des Vereins zur Verbesserung der Strafgefangenen in Berlin diskutiert. Regierungsdirektor (vom Polizeipräsidium) Dr. Lindenau führte hierzu aus: Es ist ja wohl kein Zweifel, daß die große Öffentlichkeit für die Frage der Ausweisung neuerdings erst wieder durch den Köpenicker Hauptmann interessiert worden ist. Ich bin von meiner Behörde beauftragt, über die Punkte, die in dieser Frage in der Diskussion geltend gemacht werden, zu berichten. Die in der juristischen wissenschaftlichen Literatur gemachte keine Teilung, ob es sich bei der Ausweisung um eine Straf- oder Sicherheitsmaßregel handle, kann hier unberücksichtigt bleiben. Für uns ist von praktischem Wert nur die Frage: Können wir durch die Ausweisung bestraffter Personen deren Mißfall verhindern? Wir wissen heute, daß das Verbrechen nichts anderes ist als eine der zahlreichen anderen sozialen Erscheinungen. Es ist ein Produkt aus der Individualität des Menschen und aus dem Milieu, das ihn umgibt. Der Det ist einer der wichtigsten Faktoren. Die Einflüsse, die der Außenwelt des Menschen auf seine verbrecherische Tätigkeit ausüben, lassen sich nach meiner Ansicht in einer Stufenfolge zusammenfassen, die sich nach folgenden Gesichtspunkten aufbaut: flaches Land, Kleinstadt, Großstadt und Weltstadt. Die Kriminalstatistik lehrt nun, daß Bevölkerungsdichtigkeit die Kriminalität vermehrt und stärkt, daß also die Weltstadt ein erhöhter Kriminalitätsfaktor ist. Wir betrachten die Ausweisung nicht als eine reaktionäre Maßregel, sondern als eines der brauchbarsten Mittel zum Schutze der Einwohner. Im übrigen sind im Jahre 1905 nur 600 und im vorhergehenden Jahre gar nur 400 bestrafte Personen aus dem Landespolizeibezirk Berlin ausgewiesen worden. Es sind das nur etwa fünf Prozent der Vorbestraften, die abjährlich nach Berlin strömen. Unsere Polizei verfolgt das Grundprinzip, diesen Zustrom nach Möglichkeit zu verhindern, um dann die Ausweisungen auf ein Minimum beschränken zu können. Die heutige Gesetzeslage in der Ausweisungsbefugnis reicht vollständig aus und ist nicht so dringend reformbedürftig, wie vielfach behauptet wird. In der Debatte traten verschiedene Redner diesen Anschauungen entgegen. Strafanstaltsdirektor Dr. Finkelnburg erklärte, daß er durch den Vortrag in keiner Weise von der Rotwendigkeit der Ausweisungen überzeugt worden sei. Er verwies auf Düsseldorf, Oberfeld und eine ganze Reihe anderer Großstädte, wo eine Ausweisung überhaupt nicht mehr bestünde, da man dort die praktische Wertlosigkeit einer solchen Maßregel erkannt habe. Vielfach werde dort sogar die Stellung unter polizeiliche Aufsicht ignoriert. Pastor Waldow bekannte sich ebenfalls als Gegner der Ausweisungen und zwar sowohl mit Rücksicht auf die entlassenen Sträflinge wie auch auf die Gemeinden. Er nannte dieses Abschließen von Verbrechern nach anderen Gemeinden geradezu einen sozialen Mord und ein völlig verfehltes Mittel.

Da die Ausweisung geeignet ist, über die Ursachen der Verbrechen zu täuschen, die Macht der Bureaucratie und bürokratischer Willkür zu mehren, die Zahl der Verbrechen zu häufen und Verbrecher als Polizeipolizei zu züchten, so dürfte die letzte Stunde dieser verfehlten, nutzlosen, grausamen, inhumanen und antisozialen Maßregel noch lange nicht geschlagen haben. Wer annahm, daß ein Fall wie der des „Hauptmanns von Köpenick“ selbst die für bestehendes Unrecht vorliegenden Momente nicht aufzuheben geradzugehen sei, unterschätze das Beharrungsvermögen der rückständigen und widerwilligsten Institutionen in Preußen-Deutschland. Bei der Gelegenheit mag mitgeteilt werden, daß der Vorsitzende in der Strafkammerverhandlung gegen den Schuhmacher Voigt („Hauptmann von Köpenick“) Landgerichtsdirektor Diez vom Landgericht Berlin II nach Leipzig als Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft am 1. April übersiedeln soll.

Um welche Dognellen Reineide geleistet werden,

zeigt eine gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts II verhandelte Angelegenheit. Wegen Reineides hatte sich der Arbeiter Friedrich Dübbrück, wegen Anstiftung zum Reineide der 64-jährige August Wartenberg zu verantworten. Beide Angeklagte wohnen in Mühlenbeck. Wartenberg war von dem Sendarm Schneider wegen Geberbergeben angezeigt worden. Er hatte am zweiten Pfingstfesttage an den Angeklagten Dübbrück und zwei andere Gäste, die bei ihm Karten spielten, Schnaps verkauft, ohne die Konzession zum Ausschank von Branntwein zu besitzen. Die Anzeige bezugte auf den Ausschank, die Dübbrück und die beiden anderen dem Sendarm gemacht hatten. Sie erhielten dann Vorladung vor den Amtsvorsteher in Französisch-Buchholz und dort lauteten ihre Aussagen völlig anders, denn sie behaupteten nun, daß Wartenberg ihnen den Schnaps nicht verkauft, sondern geschchenkt habe. In der dann folgenden Verhandlung wider Wartenberg vor dem Schöffengericht Pantow erklärten nur noch Dübbrück als Zeuge, da die beiden anderen ihre Saisonarbeit in Mühlenbeck inzwischen ausgegeben hatten und nach ihrer Heimat in Oppruchen zurückgekehrt waren. In dem ersten Termin leitete der jetzige Angeklagte Dübbrück den Zeugen ein und sagte aus hier aus, daß der Schnaps ihnen nicht verkauft worden sei. Der Termin wurde vertagt. Im zweiten Termin wiederholte er diese Aussage und erst als ihm Richter und Verteidiger vorhielten, daß

er sich doch nicht unglücklich machen solle und daß die anderen in Oppruchen weilenden Zeugen bei ihrer kommissarischen Vernehmung schon beschworen hätten, daß der Schnaps verkauft worden sei, gab er die Möglichkeit zu, daß er sich irre. — Aus diesen Vorgängen ist die jetzige Angelegenheit entstanden. Der Angekl. Dübbrück war gestern in vollem Umfange geständig, einen Reineid geleistet zu haben, und beschuldigte den Mitangeklagten Wartenberg der Anstiftung. Dieser habe sofort auf ihn eingewirkt, ihm nicht Schaben zuzufügen und deshalb beim Amtsvorsteher die Unwahrheit zu sagen. Er habe dann wiederholt Schnaps spendiert, und als der schöffengerichtliche Termin sich näherte, habe er wiederum Schnaps zum besten gegeben und ihn überredet, bei seiner vor dem Amtsvorsteher gemachten Aussage zu verbleiben. Der Angeklagte Wartenberg bestritt diese Beschuldigung. Auf Grund der Reineid-Anzeige beantragte Staatsanwalt Dr. Baumgarten das Schuldig gegen beide Angeklagte. Die Geschworenen bejahten bezüglich des Dübbrück nur die Schuldfrage nach sachlässigem Reineid, nahmen aber an, daß § 163 Abs. 2 Str.-G.-B. zutrefte, der besagt:

„Straflosigkeit tritt ein, wenn der Täter, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgt oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und bevor ein Rechtsnachteil für einen anderen aus der (sachlässig) falschen Aussage entstanden ist, diese bei derjenigen Behörde, bei welcher er sie abgegeben hat, widerruft.“

Bezüglich des Wartenberg wurde die Schuldfrage nach Anstiftung hierzu bejaht. Das Urteil lautete demgemäß gegen Dübbrück auf Freisprechung und gegen Wartenberg auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

„Ich bin der Räuberhauptmann von Köpenick.“

Diese Worte rief am 28. November v. J. in der Maschinenstraße ein Mann aus, dessen sonst vorchriftsmäßige Hauptmannsuniform in schroffem Gegensatz zu seinen unter dem Uniformmantel hervorstechenden ölbuchdrückten und schmutzigen Arbeitshosen stand. Der angebliche Hauptmann wurde von einer lärmenden und johlenden Menschenmenge begleitet, die jedesmal, wenn der „Herr Hauptmann“ infolge seines stark angetrunkenen Zustandes eine unansehnliche Bekanntschaft mit dem Straßenpflaster machte, ein Hoch auf den Hauptmann von Köpenick ausbrachte. Schließlich bereiteten Schulleute diesem Spaß durch Festnahme des „Hauptmanns“ ein Ende. Da kommandierte der Angetrunkene im Tone eines Kompaniechefs: „Stillgestanden!“ Da die Beamten diesem Befehle nicht nachkamen, blieb er selbst stehen und mußte schließlich unter Anwendung von Gewalt zur Polizeiwache transportiert werden. Als Träger des bunten Kodes entpuppte sich der Arbeiter Gustav Elwing. Der Pseudohauptmann hatte mit mehreren Arbeitsgenossen in einem Lokale in Schöneberg erhebliche Mengen von Alkohol zu sich genommen und war dann auf den Einfall gekommen, in einer alten Hauptmannsuniform den „Hauptmann von Köpenick“ zu spielen. Wegen groben Unfugs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt mußte sich Elwin gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verantworten. Wiewohl durch den wenig geistreichen, in Alkohollasse vorgetommenen freiwillig erklärten Hofsingelscherz in der wenig belebten Straße niemand Schaden genommen und die „öffentliche Ordnung“ durch sein Verhalten unendlich weniger als durch Studenten-Nadaus an belebten Orten gestört war, erlachte das Schöffengericht wegen des Widerstandes auf 14 Tage Gefängnis und wegen des groben Unfugs auf eine Woche Haft.

Milchfahren am Sonntag.

Der Molkereibesitzer Heidner hatte Sonntag zu der für das Handelsgewerbe nicht freigegebenen Zeit durch seinen kaiserlichen Milch nach Sommerwieschen in der Umgegend Berlins abfahren lassen. Er wurde deshalb in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht verwarf seine Revision und führte aus: Die Zeit, zu der die Abfuhr der Milch erfolgte (Sonntagmorgens 3 Uhr), ist durch die preussische Ausschreibungsanweisung zur Gewerbeordnung für Milchfahren nicht freigegeben. Die Bundesratsverordnungen, die für Molkereibetriebe Ausnahmen an Sonntagsarbeit zulassen, können auch nicht zur Anwendung, denn sie betreffen nur die Tätigkeit im Betriebe der Molkerei, in der Werkstatt. Es liegt auch kein Notfall vor und ebensowenig handelt es sich um Arbeiten im öffentlichen Interesse, sondern nur um solche im Interesse des Angestellten, seiner Abnehmer und der Besitzer der Volute.

Vermischtes.

Der Mord im Effener Stadtwalde, dem, wie seinerzeit gemeldet, die Engländerin Miß Lake am 1. Oktober vorigen Jahres zum Opfer fiel, hat jetzt eine sensationelle Aufklärung gefunden. Der Mörder, der 27-jährige Bureaubeamte Alfred Land aus Breslau, hat sich in der Nacht bei einem in der Nähe des Effener Rathauses patrouillierenden Polizeiergeanten unter der Selbstbezichtigung gestellt, den Mord an Miß Lake verübt zu haben. Er wurde am Vormittag einem außerordentlichen Verhöre unterworfen. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen ist kein Zweifel daran, daß Land tatsächlich der Mörder ist. Land hat sich bis zum 9. Februar in Brüssel aufgehalten, wo er am 31. Dezember gereist sein will; er ist nur nach Essen gekommen, um sich selbst zu stellen, da ihm sein Gewissen keine Ruhe ließ. Nach seinen Angaben hat er in Gemeinschaft mit zwei Unbekannten, die er am Waidwege auf der Chaussee Kellinghausen-Bredenech traf, die ihm auf dem schwarzen Wege entgegenkommende Miß Lake seitwärts in den Wald geschleppt und zu verewaltigen versucht. Infolge der kräftigen Gegenwehr der Ermordeten hat er dieser den Hals so lange zugedrückt, bis sie sich nicht mehr rührte. Land ist vom nächsten Morgen ab ruhig seiner gewohnten Beschäftigung in einem Effener Kontor wieder nachgegangen, so daß an seinem Benehmen nichts auffallen konnte. Von seinen beiden Genossen will er nur die Vornamen kennen. Der eine heißt Karl, ist Schloffer oder Dreher und etwa 20 bis 22 Jahre alt. Der andere heißt Heinrich, ist ohne festes Gewerbe, ein sogenanntes verkommenes Genie, er soll in Wirtschaften auch als Schlangenmensch aufgetreten sein. Er ist 18 bis 19 Jahre alt. Beide Komplizen sollen am 31. Dezember 1906 mit Land von Essen nach Brüssel gefahren und von dort am 2. Januar über Antwerpen nach einem außereuropäischen Lande gegangen sein. — Jede Mitteilung, die auf die Spur dieser beiden Personen führen kann, wird von der Kriminalpolizei in Essen entgegengenommen.

Niebergebrannt ist nach einer Meldung aus Kagenfurt das protestantische Waisenhaus in Baiern. Soweit festgestellt, sind Menschenverluste nicht zu beklagen.

Ueber eine Schiffskatastrophe, bei der eine große Anzahl Menschen ertrunken sein sollen, wird aus New York folgendes telegraphiert: Zwischen Vlod Island und Rhode Island ist der Dampfer „Vardmont“ der Johnnie mit einem Schoner zusammengestoßen und gesunken. Man hegt die Befürchtung, daß von den 150 Passagieren, die der Dampfer an Bord hatte, viele ertrunken sind. Vierzehn Leichen sind bereits aus Meer geschwemmt worden.

Ein Erbstoff von sieben Sekunden Dauer wurde nach Madrid Meldung gestern in Murcia und Umgebung wahrgenommen. Besonderer Schaden wurde jedoch nicht angerichtet, auch wurde niemand verletzt.

Ein Waffengrab. In der Kohlengrube „Petromaricoff“ in Bachmut (Provinz Jekaterinoslaw) ist ein Brand ausgebrochen, bei dem zahlreiche Personen ums Leben gekommen sind. Vierzig Leichen sind bisher geborgen worden.

Deutscher Zentralverband zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die ehemaligen Patienten der Heilanstalt Seebitz (S. H.) werden zu Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, zu einer Besprechung nach dem „Hofenhaler Hof“, Hofenhalerstr. 11/12, eingeladen.

3857L*

Inventur-Ausverkauf

Nur solange Vorrat:
Ein Posten
Wollfilas - Steppdecken.

Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,—, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200) jetzt 6,35
(Seide) - doppelt jetzt 7,35

Einzelne Steppdecken

bedeutend unter Preis.

Tüll-Bettdecken.

weiß, creme, Bettgröße.
1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,65, 4,35
etc.

Gardinen - Reste.

1-6 Fenster, ca. 25 % ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35,
1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.

Vorzieh - Gardinen.

1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw.
goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35
usw.

Ca. 300 Fenster Portieren

in Tuch, Plüsch u. Velvetin
(2 Schals u. 1 Querbeh.)
3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50,
8,25 etc.

Fehlerhafte Plüsch-Teppiche

in allen Größen zu fabelhaft
billigen Preisen, zu 10 Proz.
extra Rabatt.

Plüschdecken

in allen Farben, solange Vorrat.
Stk. 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.

Tuch - Tischdecken

1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

Weissenberg's Teppich-Haus

Gr. Frankfurterstr. 125,
2. Haus v. d. Koppenstraße.
Nach auswärts per Nachnahme.

Neuerscheinungen.

Die Sozialdemokratie im Lichte
der Kulturwissenschaften. Von
Paul Kampffmeyer. Eine Fiktion
durch die sozialdemokratische Be-
wegung und Literatur. Dritte ver-
mehrte Auflage.
Preis 60 Pf.

Zu besserer Ausstattung 1,20 M.

Die Grundbedingungen des
Wirtschaftslebens, Wirtschafts-
wissenschaft und Wirtschaftswesen.
II. Ein Vortrag, gehalten von
Berliner Arbeitern von Eduard
Bernstein.
Preis 20 Pf.

Zu besserer Ausstattung 50 Pf.

Sozialdemokratische Philosophie.
Eine Kritisiererei von Josef Dieggen.
Mit einem Vorwort von E. Dieggen.
Preis 30 Pf.

Zu besserer Ausstattung 75 Pf.

Das Ende des Reichs. Deutsch-
land und Weußen im Zeitalter der
großen Revolution. Von Kurt
Völkner.
Preis brosch. 4 M., geb. 5 M.

Das persönliche Regiment. Neben
und sonstige öffentliche Reden
Wilhelms II. Zusammengefasst von
Wilh. Schröder.
Preis 1 M.

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69,
233/4*
Raben.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zustand,
von 20 Mark an. Moritz Laband,
Oranienburger Straße 4, I.

Cigaretten „gerade so gut“ kosten zweimal so viel.
Keine grössere Befriedigung aller Ansprüche in Bezug
auf Reinheit, Milde und Aroma kann durch irgendeine
Cigarette zu irgendeinem Preis erreicht werden.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Die ideale Mischung, welche im höchsten
Masse alle edlen Eigenschaften feinsten
Türkischen Tabake in nicht zu übertreffender
Weise zur Geltung bringt.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Joseph

Unsere erprobten und bewährten

Spiritus-Glühlicht- Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen

zu unseren Listenpreisen
erhältlich bei

W. Carl Haupt, Tauentzienstr. 14 Georg Küpferling, Augsburger- straße 22 u. Geisbergstr. 27 P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123 Emil Riedel, Potsdamerstr. 52 Albert Rosenhain, Leipzigerstr. 74 R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 55	S. Hermann Arhöld, Alexandrinenstr. 110 H. Kabermann, Prinzenstr. 26 Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60	SO. Wilh. Krusemark, Oranienstr. 305	O. Erich Flosky, Frankfurter Allee 102
NW. A. Ahrens & Co., Alt-Moabit 77	N. Reinhold Becker, Invalidenstr. 164	Charlottenburg. Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59 Eugen Vieltz, Lohmeyerstr. 1	
SW. Richard Hauer, Lindenstr. 81 O. P. Neuwand, Blücherstr. 12 H. Schollwer, Yorkstr. 49			
C. Erich Flosky, Münstr. 2 Martin Gölzow & Co., Seydelstr. 26 Holtz & Links, Landsbergerstr. 58			

Centrale für Spiritus-Verwerthung

G. m. b. H.

—= Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal: =—
Friedrichstr. 96 BERLIN NW. 7, gegenüber dem
Central-Hotel

Automatisches Restaurant,

fein eingerichtet, lebhaftes Gegend, zu verkaufen oder zu verpachten.
Anfragen unter „H. 7 Postamt 81“ erbeten.

Beste Sparanlage!

durch Kauf kleiner Grundstücke in aufblühendem Gebiet, 1/2 Stunde von
Berlin, nahe Bahnhof

□ **H. 55 M. inkl. Straßenpflaster**

gegen bequeme Abzahlungen. Offerten erbeten sub P. 1 an die Ex-
pedition dieses Blattes.

Möbel

Bürgerliche
Wohnungs-
Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung

Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105.

Bäckerei, Konditorei u. Café,

elegant eingerichtet, im
Norden Berlins, unter
günstigen Bedingungen an tüchtigen Fachmann zu
verkaufen oder zu verpachten. Adressen unter „W. 12“ Post-
amt 31 erbeten.

Mit Ihren geringen Reparaturen
können Sie Ihr

Glück machen.

Ordentlichen, nüchternen
Schlossern, Monteuren usw.
geben wir schon bei geringer
Anzahlung

Motorwagen
wodurch sie ein glänzendes Ein-
kommen erzielen, besonders da
jezt die Fahrtrage um 1/3 er-
höht ist. 175/18*

Berliner Automobilhaus- und
Industrie-Gesellschaft m. b. H.,
Berlin W., Uhländstr. 170.

Achtung!

St. Felix Brasil

per Pfd. 1,—, 1,10, 1,20 bis 2,50.

Havana-Grus

per Pfd. 1,—
u. 1,25.

Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.
Vertreter: W. Timpe.

garant. leb. Vinfahrt, franco,
11 Monate alt, russ. Raife,
Farbe nach Wunsch, am Regen 14 St.
inkl. Hahn 96 M. Ad. Straussand,
Waggonstr. 15. 13375

Vinf. unterjacht, unverfälscht 100er
Weiß- u. Rotwein 80 Pf.
pr. Lit. u. 62 Pf. pr. Gl. mit Glas,
Häfer u. 30 Lit. St. v. 12 Pf. an.
Schneide 6 weis. 6 rot. Reingut
Ed. de Waal & Sohn, Koblenz 88.

Cacaol

Das Lieblingsgetränk aller
Kinder!
Das Frühstückgetränk jeder
Familie!
Das Getränk für Alle!

Wer nur 4 Wochen lang regel-
mäßig zum ersten Früh-
stück Cacaol trinkt, wird den un-
vergleichlichen Erfolg in seinem
Wohlbefinden merken. — Kinder
sollen Cacaol früh und nach-
mittags trinken, es gibt kein ge-
sünderes und bekömmlicheres
Getränk als Cacaol.

Wer magenleidend, darmkrank,
appetitlos ist und zu Ab-
magerung neigt, trinke dreimal
täglich Cacaol, ebenso wer nervös
und durch geistige Arbeit etc.
überanstrengt ist. Cacaol stärkt
als natürliches (nicht künstliches)
Kräftigungsmittel die Nerven und
wirkt beruhigend. 3934L*

Alleiniger Fabrikant:
**Wilh. Pramann, Radebeul-
Dresden.**

Man verlange aufklärende Pro-
spekte, Broschüren, ärztliche
Gutachten und 1 Probepaket für
M. 1.— oder M. 0,50 bei:

Haupt-Niederlage:
Otto Kretschmar, Rosenthalerstr. 6/7
— Alleiniger Fabrikant: Wilh.
Pramann, Radebeul-Dresden. —
Generalvertreter: Max Henneking,
Berlin W. 50, Pragerstr. 33. Fern-
sprecher: Wilmsdorf Nr. 2768.

Niederlagen:

A. Schläger & Co., SW., Friedrich-
straße 47.
H. Lietzmann, SW., Königgrätzer-
straße 115.
H. Lietzmann, SW., Königgrätzer-
straße 101.
Max Schüller, SW., Großbeer-
straße 77.
Paul Hennig, SW., Großbeer-
straße 62.
Franz Klawe & Co., W., Mauerstr. 8,
Friedenau, Spandauerstr. 25.
Wilmsdorf, Berlinerstr. 35.
Karl Wobig, W., G. Jägerstr. 24.
W., Pragerstr. 27.
W., Pragerplatz 5.
A. Schläger & Co., W., Mauer-
straße 13-14.
Hans Ritzmann Nfg., Charlottenburg,
Gotho-Park 11.
Walter Haenschel, Schöneberg,
Vorbergstr. 8.
Hugo Kloss, W., Nürnbergerplatz.
Wilh. Friesicke, Charlottenburg,
Kantstr. 135.
Paul Kahle, SW., Lützowstr. 82.
Otto Reichel, SO., Eisenbahnstr. 4.
Gustav Veigt, SO., Wiesenstr. 47.
Emil Roth, O., Königsbergerstr. 11.
A. Doermann, O., Warschauerstr. 75.
W. G. Wierpach, O., Memelerstr. 24.
Paul Rogalla, Friedrichsfelde,
Berlinerstr. 103.
Wilh. Krahe, SO., Wrangelstr. 81.
Otto Borchardt, O., Mühlenstr. 1.
Otto Werk, SO., Lützenstr. 1.
Herm. Timm, SO., Mantauferstr. 106.
O. E. Fink, N., Pankstr. 36.
Franz Klawe & Co.,
N., Weinbergsweg 8,
NW., Waldstr. 11.
Rudolf Fink, NW., Turmstr. 10.
Berthold Krüger, NW., Turmstr. 71.
F. Wiesner, NW., Lessingstr. 8.
Otto Odebrecht, N., Primon-Allee 33.
Gustav Sahn, N., Müllerstr. 155.
Paul Krahe, NO., Palisadenstr. 88.
A. Kloss, NO., Strausbergerstr. 23.
W. Dilling, NO., Rykestr. 8.
Alex. Bischoff, NO., Friedrichs-
bergerstr. 2.

Masken-Garderobe

Karl Ernst,

Schönhaferstr. 105, 1 Tr.
Grüße auswohl!
Billigste Preise!
Vorgeiger dieser Kannonen
erhält 10% Preisermäßigung.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Auf Wunsch Vorführung
in Vereinen jederzeit.
Verbindung mit größter Film-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Dr. Simmel, Prinzen- Str. 41,

Spezialist für
Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.

Phänomen- Zigaretten

Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben

Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

